

— Siebenundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 44.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 6. November 1918.

Inhaltsangabe: Inland: Zu den Erklärungen der Regierungsvertreter im Reichstage in Sachen Polens. S. 1687—1689. — Die polnischen Abgeordneten im Reichstage. S. 1689—1690. — Der Begriff „Polnisches Land“. S. 1691—1693. — Doppeltes Maß. S. 1694. — Gegen die Auslassungen deutscher Blätter und Organisationen zur polnischen Frage. S. 1694—1699. — Ludendorff. S. 1700—1701. — „Gazeta Słaska“ unter Vorzensur. S. 1701. — Die Bankdepositen. S. 1701. — Polnische Vereine in Gnesen und die Behörden. S. 1701. — Die Ordnung der Verhältnisse im Posenschen. S. 1701. — Warnung vor Demonstrationen. S. 1702. — Die Eintrachtspredigt der „Gazeta Grudziądzka“. S. 1703. — Dr. Englich. S. 1703. — Fürst Drucki. S. 1703. — Das Sokolhubiläum. S. 1704. — Zehn Gebote betreffend polnisches Gebiet: Die polnischen Ansprüche. S. 1706. — Die Entente und Polen. S. 1706. — Die nationalen Vertretungen. S. 1706—1707. — Parteipolitiques. S. 1707—1708. — Das neue Kabinett. S. 1708—1713. — Pilsudski. S. 1713. — Die Polen in der Ukraine zur Lage in Warschau. S. 1713—1714. — Polen und Litauen. S. 1714. — Ausland: Der Zugang zum Meere. S. 1715. — Das Zurückziehen der Okkupanten aus dem Königreich. S. 1716. — Liquidation in Galizien. S. 1717. — Österreichs Umgestaltung. S. 1717—1719. — Ostgalizien. S. 1719. — Sozialismus und Bolschewismus. S. 1719. — Die Tschechen fordern die Lausitz. S. 1719. — Depeschenaustausch Joch-Emowski. S. 1720. — Polnische Gesellschaft für Ein- und Ausfuhr. S. 1720.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 245 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. Oktober 1918.

Zur Rede des Herrn Reichskanzlers

sagt das Blatt u. a.:

„.....Wie ein solcher Frieden der Gerechtigkeit nach der Meinung der gegenwärtigen deutschen Regierung in der Praxis würde aussehen sollen, darüber hat der Kanzler absolut nichts Konkretes gesagt. Das bestärkt in der Meinung, daß die erste demokratische Regierung Deutschlands, indem sie diese Idee der Gerechtigkeit heute so warm annimmt, doch keine genaue Anschauung bezüglich der Art und Weise ihrer Anwendung in der Wirklichkeit hat, und damit erklären sich alle Unklarheiten und Widersprüche in ihrer Politik, wie dies am besten die Behandlung der polnischen Sache seitens dieser Regierung beweist.“

„Kurjer Poznański“ vom gleichen Tage sagt:
„Wir Polen warten vergebens darauf, daß diese Grundsätze uns gegenüber in die Tat umgesetzt werden. Wir sehen noch immer nur Verbote und Einschränkungen, die davon zeugen, daß der Geist der vergangenen Epoche beständig noch stärker ist, als der Geist des Rechts, den der Kanzler gerühmt hat. Zweifellos hat sich unter dem Einfluß der Mißerfolge in Deutschland viel geändert. Wer in die Seele eines bekehrten Verehrers des alten Systems eindringen will, der lese die Rede Stresemanns! Aber bis zur Ausführung des Wertes der Gerechtigkeit ist es noch weit. Ohne eine volle Lösung der polnischen Frage, ohne das Wiedergutmachen der unserem Volke zugefügten Unbill, wird sich eine glückliche Zukunft Europas nicht denken lassen. Wir wissen das und warten, stark im Gefühl des Rechts, unbeugsam in der Anhänglichkeit an unsere Ideale“.....

.....„Was in Polen geschieht, durchleben wir Alle mit klopfendem Herzen. Auch hier mußte das künstliche System des Patronats der Mittelmächte zusammenstürzen. Das Königreich und Galizien bilden

heute schon ein Ganzes. Das nationale Kabinett, das so abweicht von allen bisherigen Regierungen von Wiens und Berlins Gnaden — hat den Weg offen zur Weiterführung des Wiederaufbaus Polens.“

„Gazeta Narodowa“ (Posen) vom gleichen Tage:

.....„Der Kanzler hat nicht gesagt, wie sich in Deutschland eine derartige geradezu revolutionäre Änderung in der Denkungsart eines Volkes vollziehen soll, in dem ganze Generationen bereits in den Bismarckschen Ideen erzogen wurden und die jenen nationalen Egoismus geradezu als die Erfüllung des Testaments dieses Mannes betrachtet haben.....“

.....„Erwähnt muß an dieser Stelle werden, daß die Ausdrücke „Polen“, das „Posensche“ nicht ein einziges Mal aus dem Munde des Kanzlers gefallen sind. Das hätte übrigens der unsererseits bereits erwähnten allgemeinen Form seiner Ausführungen widersprochen.“

Aus Nr. 128 des Głos Lubawski (Löbau)
vom 26. Oktober 1918.

**Die Friedensbestrebungen des Kanzlers
und der Reichstagsmehrheit**

werden gewiß — vor der Hand wenigstens — vergebens sein. Auch die jüngste Rede des Kanzlers wird bestimmt auf die Entschließungen Wilsons keinen Einfluß ausüben und umsoweniger die Anschauungen seiner Bundesgenossen — Frankreichs, Englands und Italiens, zu ändern imstande sein, welche die Fortsetzung des Krieges bis zum völligen Siege fordern. Wir wundern uns keineswegs darüber, daß diese Staaten das verlangen; geht es ihnen doch gegenwärtig gut, und sind doch die Alldeutschen unverbesserlich! Worauf aber die letzteren noch ihre Hoffnung stützen, ist schwer begreiflich, es sei denn, sie erwarteten noch ein Wunder; aber heute passieren Wunder nicht so leicht. Und es wäre noch ein größeres Wunder, wenn es gerade den Leuten zuteil würde, die, wie es sich gezeigt hat, entgegen dem christlichen Grundsatz ver-

fuhren und verfahren: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem andern zu!“

Aus Nr. 247 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. Oktober 1918.

Zu der Erklärung des Staatssekretärs des Äußeren über Polen.

„... Herr Solf scheint in die Idee Wilsons unzulänglich eingedrungen zu sein, und er ist sich offenbar der Entwicklung der Verhältnisse im Osten nicht recht bewußt, wenn er gegen die polnischen Forderungen deswegen auftritt, weil sie gewisse Teile der deutschen Bevölkerung umfassen und umfassen müssen. Hier kann man den polnischen Standpunkt mit so vielen Beweisgründen unterstützen, die in erster Linie gerade durch die mehr als hundertjährige preußische Bedrückungs- und Germanisierungs-Politik geliefert worden sind, daß wir keinen Grund haben, ein unparteiisches Urteil zu fällen. Immerhin bilden die Solf'schen Ausführungen im Prinzip einen gewichtigen Schritt vorwärts nach der Richtung hin, daß auch den Polen in Preußen Entscheidungsfreiheit gegeben werden soll. Über die Geschicke der in „unzweifelhaft polnische“ Territorien eingestreuten deutschen Inseln wird die internationale Diskussion entscheiden.“

Aus Nr. 247 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 26. Oktober 1918.

... „Wenn der Herr Staatssekretär ferner nochmals wiederholt hat, daß die deutsche Regierung das Programm des Präsidenten der Vereinigten Staaten „offen und ehrlich“ angenommen habe, so geht daraus mit einfacher Konsequenz hervor, daß es, was Elsaß- und Lothringen sowie Polen betrifft, ohne weiteres klar ist, daß Deutschland mit der Regelung der beiden Probleme während der Friedensverhandlungen einverstanden ist, denn diese Länder sind ja ausdrücklich unter jenen 14 Punkten Wilsons aufgeführt. „Da wir“ — so sagt der Staatssekretär weiter — „das Wilson'sche Programm als Grundlage für das ganze Friedenswerk angenommen haben, so werden wir es nach allen Richtungen hin und in allen Punkten im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit loyal erfüllen.“

In der Fortsetzung seiner Rede hat zwar der Staatssekretär gegen den Redner der polnischen Fraktion polemisiert und dem polnischen Volke die Rechte auf Danzig als auf eine „zweifelloso“ deutsche Stadt bestritten. Aber bei dieser Gelegenheit hat er die bezeichnende Ansicht geäußert, daß nach dem gegenwärtigen Kriege solche Bedingungen zu schaffen seien, die neue Gegensätze im Kriege ausschließen.

Auch das polnische Volk will ja doch nichts Anderes — als nur, daß die Ursache der Streitigkeiten und Zänkereien beseitigt werde, ja noch mehr, der tiefe Bruch zwischen ihm und dem Nachbarstaat. Da nun dieser Staat sich eben auf den Boden der Notwendigkeit der Beseitigung jener Elemente stellt, so muß er folgerichtig den Grundsatz „suum cuique“ anerkennen, und wir können bezüglich des Weiteren ruhig sein. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits und andererseits der Wille zur Beseitigung der hundertjährigen Unbill im Namen des Schaffens von Bedingungen, die die individuelle Entwicklung jedes Volkes begünstigen, werden bewirken, daß die Gerechtigkeit liegen — und daß Polen das finden wird, wonach es sich sehnte, dem es entgegenspricht, beharrlich glaubend, arbeitend, liebend.“

Aus Nr. 247 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. Oktober 1918.

Die deutsche Regierung über die polnische Frage.

Es war die höchste Zeit, daß die Reichsregierung authentisch feststellte, in welcher Weise sie eigentlich die unbedingte Annahme der 13 Punkte des Friedensprogramms Wilsons, die sie schon so oft angenommen hat, auffasse. Eine solche Feststellung war schon deswegen notwendig, weil einflußreiche Kreise Deutschlands, die auch heute noch nicht den Mut haben, die bisherigen Illusionen über den Sieg aufzugeben und die gegenwärtige Lage nüchtern, so, wie sie sich darstellt, zu beurteilen, vom Wilsonschen Programm immer noch etwas abhandeln möchten. Das muß aber im Auslande den Eindruck erwecken, als ob die deutsche Regierungspolitik unklar oder zweideutig sei.

Die Reichsregierung wurde zu ihrer offiziellen Kundgebung durch die Forderungen veranlaßt, die die Vertreter des polnischen Volkes und Elsaß-Lothringens vorgelesen in ihren Reden im Reichstage zum Ausdruck gebracht haben. Der Staatssekretär des Äußeren hat diese Reden bei Beginn der gestrigen Reichstags-sitzung namens der Reichsregierung dahin beantwortet, daß die Regierung das ganze Programm Wilsons ohne jeden Vorbehalt annehme, und daß infolgedessen die Frage der Rückgabe Elsaß-Lothringens und der Vereinigung Polens vor das Forum der internationalen Friedenskonferenz gehöre. Eine solche Konferenz werde die Aufgabe haben, die Bedingungen des allgemeinen Friedens endgültig festzustellen.

Aus dieser Erklärung des Vertreters der Reichsregierung geht deutlich hervor, daß die Regierung mit der internationalen Regelung der künftigen rechtlichen Stellung auch der polnischen Landesteile Preußens einverstanden ist. Der gegenwärtige Standpunkt der Reichsregierung unterscheidet sich also wesentlich von der früheren Haltung dieser Regierung, die noch zu Anfang dieses Jahres rundweg jeden Vorschlag ablehnte, der dahin ging, die Rechte der polnischen Minderheit im preußischen Staate unter den internationalen Schutz zu stellen. Er unterscheidet sich aber auch wesentlich von der Haltung der Presse der sogenannten Mehrheitsparteien. Diese Presse suchte noch in der letzten Zeit dem deutschen Volke einzureden, daß die Hervorkehrung des Wilsonschen Programms für die östlichen Provinzen Preußens keinen praktischen Wert habe. Selbst das sonst liberale „Berliner Tageblatt“ hat allen Ernstes behauptet, daß die Annahme des Punktes 13 des Wilsonschen Programms für Deutschland nur bedeute, in Erwägung ziehen zu müssen, ob es nicht ratsam wäre, die Ausnahmegeetze, die sich gegen die Polen in Preußen richten, weiter aufrecht zu erhalten.

Wir dürfen uns jedoch der Hoffnung hingeben, daß jene deutschen Blätter nach der Erklärung des Herrn Dr. Solf, der den internationalen Charakter der polnischen Frage anerkannt hat, ihre bisherige Haltung einer Revision unterziehen werden. Es würde nämlich schließlich nicht einmal im Interesse dieser Blätter selbst liegen, die Sache dem deutschen Volke anders darzustellen, als sie sich in Wirklichkeit verhält. Deshalb sieht sich sogar die „Deutsche Tageszeitung“ angesichts der Erklärung des Herrn Solf genötigt, einzugestehen, daß diese Erklärung den Verzicht auf die Unantastbarkeit der territorialen Grenzen des Deutschen Reichs bedeute.

Herr Dr. Solf hat sich aber nicht nur damit begnügt, in positiver Weise anzukündigen, daß über das Schicksal der polnischen Landesteile in Preußen der Friedenskongreß entscheiden werde, sondern er hielt es zugleich für angebracht, dagegen zu protestieren, daß in dieser Hinsicht polnischerseits Forderungen gestellt würden, die nach seiner Auffassung zu weit gingen.

Im Zusammenhange damit hat er auf die Frage der Staatszugehörigkeit Danzigs und der Ostseeküste hingewiesen. Er war hierbei offenbar der Ansicht, daß die Ansprüche der Polen in dieser Hinsicht unerfüllbar seien.

Dieser negative Teil der Ausführungen des Herrn Dr. Solf hat nun dem hiesigen katolischen Organ Anlaß gegeben, zu behaupten, daß die ganze Erklärung des Herrn Solf gegen die Polen gerichtet gewesen sei. Deswegen müßten auch die Polen, so schreibt dieses Organ, alle Illusionen in dieser Hinsicht aufgeben. Es scheint jedoch, daß das „Posener Tageblatt“ dadurch, daß es die Politik der Regierung in dieser Weise auslegt und Herrn Dr. Solf Sachen imputiert, die er garnicht gesagt hat, vor allem selbst eine Politik der Illusionen betreibt. Uns selbst kann es ja gleichgültig sein, daß die Katolisten immer noch nicht einzusehen vermögen, was gegenwärtig in der Welt vorgeht. Wir können uns mit ihnen sachlich heute noch nicht auseinandersetzen. Mit dem „Posener Tageblatt“ wollen wir uns aber schon deswegen nicht in eine Polemik einlassen, weil das Niveau dieses Blattes, so oft daselbe die polnische Frage besonders in der letzten Zeit erörterte, immer tiefer gesunken ist. Die Ausführungen dieses Blattes über die polnische Frage haben direkt schon den Charakter einer Straßenpolemik angenommen.

Die Katolisten waren noch vor einigen Jahren der Ansicht, daß die polnische Frage nur auf Grund einer neuen Teilung Polens gelöst werden könne. Heute müssen sie sich schon damit einverstanden erklären, daß das Programm Wilsons realisiert werde. Der Gang der Geschichte ist ein anderer geworden, als sie es gewünscht hätten. Daraus müßten sie eigentlich eine Lehre für sich ziehen. Davon ist jedoch bis jetzt nichts zu spüren.

Aus Nr. 249 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 26. Oktober 1918.

„Wiarus Polski“ hält es auf den Solf'schen Einwurf, daß die Polen rein deutsche Städte wie Danzig nicht fordern dürften, für selbstverständlich, daß darauf von polnischer Seite eine gebührende Antwort erfolgen werde. Das Blatt könne sowohl Danzig wie auch andere Städte an der Weichsel und Rogat trotz ihrer überwiegenden deutschen Bevölkerung nicht als Mittelpunkt des Deutschtums, sondern vielmehr nur als Schmarozerpflanzen auf dem Körper des polnischen Volkes betrachten, dessen Organismus so lebensfähig sei, daß diese Schmarozerpflanzen seine Entwicklung nicht aufzuhalten imstande wären. Trotz allen Geschreis der Katolisten werde Danzig früher oder später so polnisch werden, wie es zu Zeiten des heiligen Adalbert gewesen sei. Es werde von den Polen aus den angrenzenden Kreisen, sowie von den auf das Meer neugierigen Polen des ganzen Weichsellandes von Thorn bis Krakau bevölkert werden. Diese natürliche Entwicklung werde niemand aufhalten können.

Aus Nr. 248 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 26. Oktober 1918.

Das „Posener Tageblatt“ irre, wenn es die Solf'sche Erklärung als einen den Polen versetzten Schlag bezeichne; besser beurteile sie die „Deutsche Zeitung“, die sie eine Preisgabe der Ostmarken nenne. Übrigens spräche die Wilson'sche Erklärung, daß Deutschland die Bedingung 13 aufrichtig und in loyaler Weise erfüllen wolle, sowie die Paderewski gegenüber abgegebene Erklärung, daß für den polnischen Staat die erste Teilung Polens zu Grunde gelegt werden solle, mehr wie deutlich zu Gunsten der polnischen Sache.

Aus Nr. 246 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 27. Oktober 1918.

Dziennik Bydgoski zollt den Solf'schen Ausführungen über das zukünftige Verhältnis des deutschen zum polnischen Volke volle Anerkennung, weist aber den Vorwurf des Abg. Ledebour, daß die Polen rein deutsche Landesteile forderten als durchaus unbegründet zurück, weil die Polen nur das forderten, was ihnen rechtmäßig zustehe. Kein ernsthafter Pole könne Gebietsteile verlangen, die von einer fremden Bevölkerung bewohnt würden, sobald sie sich nicht freiwillig an Polen anschließen wollten. Das Blatt stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es für die Polen umso besser sein werde, je weniger fremde Elemente Polen haben werde, denn eine zwangsweise Angliederung fremder Nationalitäten werde für einen Staat immer verderblich sein. Die Polen wollten weder von Bedrückung noch Annexionen etwas wissen, sondern mit anderen Völkern in Eintracht und Freundschaft leben.

Aus Nr. 244 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Oktober 1918.

In der

Diskussion des Reichstags,

die drei Tage dauern soll, werden alle Angelegenheiten der inneren und äußeren Politik berührt werden. Von unseren Abgeordneten erwarten wir, daß sie auch in der polnischen Sache das letzte Wort sagen und die zweideutige Politik der Regierung entlarven werden, die einerseits die 14 Punkte Wilsons angenommen hat, gleichzeitig aber die freie Meinungsäußerung der polnischen Gesamtheit auf jedem Schritte knebelt. Alle Halbheiten und Gewohnheiten des alten Systems müssen rücksichtslos bekämpft werden.

Aus Nr. 245 des Orędownik (Posen)
vom 24. Oktober 1918.

Der Umstand, daß die polnischen Reichstagsabgeordneten zur Beratung des Textes der letzten Friedensnote der Regierung nicht zugezogen worden sind, veranlaßt den „Orędownik“ zu folgender Bemerkung:

„Will man damit dokumentieren, daß man die Polen als bereits außerhalb des Bereiches der Staaten stehend betrachtet? Wir können keinen anderen Schluß daraus ziehen.“

Aus Nr. 248 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 26. Oktober 1918.

Dem „Dziennik Kujawski“ zufolge ist für die Ausschließung der polnischen Abgeordneten vom Vertrauensvotum für den Reichskanzler der Standpunkt maßgebend gewesen, daß sie sich in innere deutsche Angelegenheiten nicht mischen dürften.

Aus Nr. 249 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 27. Oktober 1918.

Reichstagsverhandlungen.

Wenn die Berliner Regierung sich mit der internationalen Erledigung der polnischen Frage einmal einverstanden erklärt habe, so könne sie sich einer allgemeinen Diskussion darüber nicht widersetzen, sondern sie müßte abwarten, wie der Spruch des internationalen Friedenstribunals gefällt werden würde, an das sich die Abgeordneten Seyda, Stychel und Korsanty unter Darlegung des Werdegangs der antipolnischen Politik in den polnischen Landesteilen mit den Forderungen der Polen wendeten.

Aus Nr. 247 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 26. Oktober 1918.

Von der Rede des Reichstagsabgeordneten Stychel

sagt das Blatt u. a.:

....." Der Vertreter der polnischen Reichstagsfraktion hat deutlich mehrere grundsätzliche Wahrheiten hervorgehoben, die einstmals vielleicht wie Zukunftsmusik geklungen hätten, unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber der Verwirklichung nahe sind."

....." Der polnische Redner berührte auch die Frage des deutschen Chauvinismus, der künstlichen Ansiedelung, des Fälschens der Statistik, aber das gehört nicht unmittelbar zur Sache und ist mehr eine entferntere Frage. Wesentlich war das, daß er das nicht verjährte polnische Recht auf die polnischen Lande betonte und die Notwendigkeit der Zurückgabe dieser Lande hervorhob."

Aus Nr. 248 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. Oktober 1918.

Von der Rede Korsantys

sagt das Blatt:

"In einer solchen Atmosphäre höchster Spannung hielt gestern der Abg. Korsantys eine Rede, welche die polnische Sache in der gegenwärtigen kritischen Zeit kühn und breit faßte. Unser Abgeordneter wußte sich in einem Tone zu halten, der der Lage entsprach, dennoch lehrte er alles das, was die Polen zu verlangen das Recht haben, in klarer und überzeugender Weise hervor. Aufsehen rief es hervor, als der Abg. Korsantys das Lubendorff'sche Telegramm vom 15. September her verlas, in welchem dieser weitgehende Annexionsforderungen gegenüber Polen aufrechterhielt. Korsantys Rede, die von Sympathie für das deutsche Volk als solches durchhaucht war, führte eine schreckliche Abrechnung mit dem preußischen System durch. Das Wiedergutmachen der unerhörten Unbilden, die dieses System den Polen zugefügt hat, muß die Zurückgabe aller geschichtlich und ethnographisch polnischen Lande mit eigener Meeresküste an die Polen nach sich ziehen."

Die pathetischen Proteste verschiedener Alldeutschen, wie der Abgg. Schulze oder Schlee, die wie leibhaftig dem hiesigen „Pos. Tagbl.“ entnommen sind, vermochten die überzeugende Kraft der Ausführungen Korsantys nicht über den Haufen zu werfen. Die Geschichte wird über die Leute, die das gestrige Unrecht verewigen möchten, — zur Tagesordnung übergehen."

Aus Nr. 250 des Wiarius Polski (Bochum)
vom 28. Oktober 1918.

Im Deutschen Reichstag

ist an den beiden letzten Tagen viel über die polnische Frage gesprochen worden. Die Deutschen aller Parteien, die unabhängigen Sozialisten nicht ausgenommen, sprachen gegen die Abtretung Danzigs an Polen, dessen Zusammenhang mit Polen am Donnerstag der Abg. Stychel so überzeugend nachgewiesen hat.

Am Freitag sprach im Namen des Polnischen Klubs Korsantys. Nach dem Bericht deutscher Blätter soll er u. a. gesagt haben, daß Danzig unzweifelhaft deutsch sei.

Wenn Korsantys dies wirklich gesagt hat, so hat er sich sehr unglücklich ausgedrückt. Nicht dazu haben wir Abgeordnete in Berlin, damit sie unsern Gegnern ihre falschen Behauptungen bestätigen. Denn Danzig ist bis jetzt durchaus nicht „unzweifelhaft“ eine deutsche Stadt und ist es nie gewesen. Die ursprüngliche Bevölkerung Danzigs war polnisch und ist nie

ausgestorben, obwohl die Kreuzritter, nachdem sie hinterlistigerweise in die Stadt eingedrungen waren, 10 000 Menschen in grausamer Weise hingemordet haben. Unter der Herrschaft der Kreuzritter und der Preußen kamen immer mehr Deutsche in die Stadt, die die polnische Bevölkerung immer mehr verdrängten, sie durch Verfolgung zwangen, ihr Polentum zu verbergen, und sie mit Hilfe der Kirche und der Schule entnationalisierten. Trotzdem ist das Polentum in Danzig bis auf den heutigen Tag nicht ausgestorben, obwohl es hauptsächlich aus Arbeitern und Handwerkern besteht.

Und diese Danziger Polen sind nicht Fremdlinge aus weiten Gegenden, sondern dort oder in der nächsten Umgebung geboren.

Gingegen sind die Danziger Deutschen, so weit sie gegen die Polen heken, hauptsächlich Elemente, die sich dort aus dem ganzen Reiche zusammengefunden haben. Ihr Vaterland ist dort, wo es ihnen gut geht. Nicht sie sind die berufenen Hausheern Danzigs, sondern die berufenen Hausheern Danzigs sind die polnischen Arbeiter und Handwerker, die in die Vororte verdrängt worden sind.

Wenn über den nationalen Charakter einer Stadt die zugewanderte Bevölkerung entscheiden sollte, dann wäre Warschau, Krakau, Ezenstochau, Lublin, Wilna nicht polnische, sondern polnisch-jüdische Städte, und Polen dürfte nicht Polen sondern Jüdisch-Polen heißen.

Man dürfte dann auch nicht sagen, daß Westfalen und die Rheinprovinz deutsche Provinzen seien, da dort die polnische Bevölkerung in manchen Gemeinden 50 Proz. übersteigt. Darauf hätte man die Deutschen aufmerksam machen sollen, die sich auf das augenblickliche Verhältnis der polnischen zu deutschen Bevölkerung in Danzig berufen.

Ebenso unglücklich war die Bemerkung Korsantys darüber, daß die Polen dem demokratischen Deutschland die Hand entgegenstrecken, wie auch die Versicherung, daß Großpolen und Deutschland auf einander angewiesen seien. Denn Polen verteidigt sich gerade dagegen, daß es auf irgend jemanden angewiesen sein soll, und um welchen Preis die Polen ein Einvernehmen mit dem demokratischen Deutschland erlangen könnten, beweisen die Stimmen der radikalen Sozialisten gegen die Rückerstattung der polnischen Landesteile an Polen.

Sogar der Abg. Ledebour steht auf dem mit den Anschauungen Wilsons nicht übereinstimmenden Standpunkt, daß das bisherige Verhältnis, das durch die Germanisation und die Tätigkeit der Ansiedelung geschaffen worden ist, über die Zukunft der einzelnen Landesteile entscheiden soll.

Wir wissen nicht, ob die deutschen Zeitungen die Worte des Herrn Korsantys genau wiedergegeben haben. Wir haben jedoch keine Veranlassung, daran zu zweifeln, da ein solcher Standpunkt dem aktivistischen Programm entspricht, dessen eifriger Anhänger Herr Korsantys zu Anfang des Krieges war. Er begeisterte sich damals für die galizischen Legionen; für jene hingegen, die in Banne eine Entschließung gegen die Unterstützung Österreich-Ungarns durch Deutschland im Kriege gegen Serbien gefaßt hatten, hatte er nur Worte strengen Tadel und gab ihnen den Rat, die Politik denen zu überlassen, die etwas davon verstehen. Es hat sich erwiesen, daß diejenigen, die in Warschau die Entschließung gegen die Unterstützung Österreichs gefaßt und angenommen haben, bessere Politiker waren, als die Herren in Berlin, denen Herr Korsantys das ausschließliche Recht auf politische Tätigkeit zuerkannte.

In Verteidigung der Unantastbarkeit der Grenzen Deutschlands sprachen sowohl die unabhängigen Sozialisten, als auch Freisinnige, Nationalliberale und Konservative. Der Standpunkt des Zentrums äußerte sich in der Bemerkung des Reichspräsidenten

Fehrenbach gegenüber dem Abgeordneten Korsantý, daß es im deutschen Reichstage nicht gestattet sei, für Abtrennung eines Teils Deutschlands zu sprechen.

Noch eine Bemerkung. Irgend ein Zuruf eines polnischen Abgeordneten, der sich gegen das deutsche Heer richtete, rief am Donnerstag großen Tumult hervor, der beinahe in eine Schlägerei ausgeartet wäre. — Unserer Ansicht nach ist der Augenblick zu ernst, als daß man Politik durch Zurufe betreiben könnte.

Als Delegierte des polnischen Volkes gegenüber dem deutschen Volke können die Polen rücksichtslos auch die weitgehendsten Forderungen aussprechen und sie sachlich verteidigen, ohne auch nur um Haarsbreite auf die natürlichen Rechte, des polnischen Volkes zu verzichten. Aber irgend welche Gehässigkeiten, wenn sie auch noch so berechtigt wären, sind unangebracht. Ein Politiker und noch dazu Abgeordneter mußte starke Nerven haben und schweigen können. . . .

Aus Nr. 478 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 16. Oktober 1918.

Der Reichtum Oberschlesiens.

Die deutsche Regierung hat die 14 Punkte Wilsons vorbehaltlos angenommen. Gemäß Punkt 13 müssen auch die ehemaligen Herzogtümer Oppeln und Teschen dem polnischen Staatsgebiete einverleibt werden, denn diese Lande sind überwiegend von Polen bewohnt. Über Österreich-Schlesien (Herzogtum Teschen) wird in der galizischen Presse ziemlich oft geschrieben; weniger bekannt sind hingegen in Galizien und Kongreßpolen die Verhältnisse des Herzogtums Oppeln, oder des s. g. Oberschlesiens.

Dieses Landes wegen, obwohl es unzweifelhaft polnisch ist, werden wir noch mit den Deutschen einen harten Kampf zu bestehen haben, denn es ist für die deutschen Magnaten und den preussischen Fiskus geradezu ein gelobtes Land. . . .

Die polnische Bauernschaft in Oberschlesien, besteht überwiegend aus armen Häuslern mit 0,5—1 ha Land. Größere Landwirtschaften befinden sich in den Kreisen: Bleß, Ratibor, Oppeln; in den Industriefreien, wie Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz hingegen sind überwiegend kleine Wirtschaften, deren Besitzer noch durch Arbeit in Bergwerken oder in der Fabrik etwas zum Lebensunterhalt hinzuerwerben.

Eine Agrarreform wird in dem zukünftigen polnischen Staate überhaupt unbedingt notwendig sein, doch für die Grenzgebiete wird sie, verbunden mit polnischer Besiedelung, geradezu eine Frage nationaler Existenz bilden. Die riesigen Latifundien der preussischen Magnaten in Oberschlesien werden zum Besten des polnischen Staates enteignet werden müssen, der das Land unter das polnische Volk, das dies Gebiet seit Jahrhunderten bewohnt, parzellieren würde; die riesigen Wälder dagegen, die dort in vorzüglicher Kultur erhalten sind, müssen in den Besitz des Staates übergehen und rationell zum öffentlichen Wohle ausgenutzt werden.

Ein zweiter riesiger Schatz in Oberschlesien, der sich gleichfalls in fremden und zwar ausschließlich preussischem Besitz befindet, sind die höchst wertvollen Steinkohlenlager von der besten Qualität. Die in Galizien verwendete s. g. „preussische“ Kohle, die besser als die „einheimische“ ist, ist gerade ober-schlesische Kohle. Die ober-schlesischen Gruben sind gleichfalls vorwiegend Eigentum derselben Magnaten, die den größten Teil des Landes in Schlesien besitzen, oder sie gehören der preussischen Regierung. Weil also der größte Teil des Landes und die ganze Berg- und Hüttenindustrie deutscher Besitz sind, ist zu erwarten, daß Deutschland darauf bestehen wird, Oberschlesien

sei deutsches Land, und wir werden mit ihm bei Realisierung der Wilson'schen Punkte dieses Land wegen zweifellos manche Schlacht bestehen müssen.

Oberschlesien hat für Polen besonders mit Bezug auf seine Kohlenlager kolossale wirtschaftliche Bedeutung; es genügt zu wissen, daß die ober-schlesischen Lager 61,3 Prozent der Lager des ganzen polnischen Kohlenreviers bilden, zu dem die Kohlenlager des Krakauer Landes, die in Österreich-Schlesien, Oberschlesien und Kongreßpolen (s. g. Dombrowaer Kohlenrevier) gehören. Aber nicht nur bezüglich der Quantität, sondern auch bezüglich der Qualität stellt die ober-schlesische Kohle das beste Material dar, denn sie liegt im Zentrum des polnischen Kohlenreviers, während die Krakauer, Teschener und Dombrowaer „Grenz“-Lager dünner und weniger dicht sind.

Betreffend diesen Kohlenreichtum des ober-schlesischen Landes betonen wir hier noch einmal, daß Polen diese schlesischen Gruben besitzen muß, dies wird über seine industrielle Entwicklung entscheiden. Deutschland verbleiben die riesigen westfälisch-rheinländischen und sächsischen Gruben.

Johann Alps.

Aus Nr. 237 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 19. Oktober 1918.

Die vollen Krippen der ober-schlesischen Kapitalisten.

Gering sind die Löhne der Gruben- und Hüttenarbeiter Oberschlesiens. Not und Elend herrscht in jeder Arbeiterfamilie, denn die Erhöhung der Zulagen steigt nicht in dem Maße der in den gegenwärtigen schweren Kriegzeiten immer größer werdenden Teuerung.

Umso größer sind dafür die Gewinne der ober-schlesischen Hütten- und Grubenbarone. Die ober-schlesischen Industriellen füllen sich die Taschen mit großen Gewinnen. Die Taschen dieser Herren leiden nicht an Schwindsucht. Über die fabelhaften Gewinne ober-schlesischer Kapitalisten gibt nachstehende Aufstellung ein klares Bild.

(Es folgen die Gewinnaufstellungen der bedeutendsten Industriewerke Oberschlesiens aus den Jahren 1916 und 1917.)

Von diesen allgemeinen Gewinnen werden große Summen für Abschreibungen, Kriegaanleihen, Steuern, Tantiemen für die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder, für gelbe Zwecke, wie Gesangsvereine, Sportklubs, Spielschulen, Lesehallen, Kinderschulen, usw. bestimmt. Die Abschreibungen für diese Zwecke betragen:

(Hier folgen die Summen, die in den gleichen Jahren für die oben genannten Zwecke ausgesetzt worden sind.)

Wenn jemand ein Haus baut, muß er auf den Gewinn so lange warten, bis er es fertig hat, er muß sich um die Beschaffung der Gelder plagen und nach Unterbringung der Mieter warten, bis sie ihm die Miete bezahlt haben. Hier geschieht es anders, der erreichte Gewinn bezahlt alles gleich im voraus.

Die Aufstellung der Gewinne der ober-schlesischen Aktiengesellschaften ist nur teilweise, denn es existieren ihrer noch viel mehr. Aber schon das, was hier angeführt ist, zeigt uns, daß die deutsche ober-schlesische Industrie im Gelde schwimmt.

Wenn jedoch der Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangt, dann antworten sie gewöhnlich, sie könnten nicht mehr geben. Die Herren würden sicher anders reden, wenn der ober-schlesische Berg- und Hüttenarbeiter gut organisiert wäre. Besser wird es bei uns in Oberschlesien erst werden, wenn alle Arbeiter in unserer polnischen Arbeiterorganisation organisiert sein werden,

und wenn sie dann, gestützt auf eine starke Organisation, eine gerechte Bezahlung ihrer Arbeit kategorisch verlangen werden. Auf daher aus Werk, Brüder, Arbeiter agitiert unter den Arbeiterkollegen, und fordert sie zum Beitritt in unsere polnische Organisation auf. Jeder polnische Arbeiter müßte sich in der Polnischen Berufsvereinigung organisieren.

Aus Nr. 237 der Gazeta Ludowa (Katowiz)
vom 19. Oktober 1918.

Tatschenpieler.

Verschiedene Marktschreier nehmen seit der Zeit der Absendung der letzten Note an Wilson einen merkwürdigen Standpunkt ein. Vorher konnte man in verschiedenen Zeitungen bombastische Artikel über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, über die Gerechtigkeit gegenüber den bedrückten Nationen usw. lesen. Jetzt, wo die Wahrscheinlichkeit besteht, daß auch uns Polen Gerechtigkeit widerfahren wird, versuchen sie mit Tatschenpielerkünsten zu beweisen, daß in den polnischen Landesteilen Preußens von einer „unzweifelhaft“ polnischen Bevölkerung keine Rede sein könne. Zu diesen Leuten gehört u. a. auch der Redakteur Erich Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“, der als spezieller Kenner polnischer Verhältnisse gilt. In Nr. 526 dieses Blattes versucht er auf Grund amtlicher Statistiken zu beweisen, daß die Bevölkerung in den östlichen Provinzen der preussischen Monarchie dermaßen gemischt sei, daß von einer „unzweifelhaft“ polnischen Bevölkerung keine Rede sein könne.

Wir werden uns hier nur mit seinen Ausführungen über Schlesien befassen, weil uns diese am nächsten angehen. In der Befürchtung, seine Ausführungen könnten zu wenig überzeugend sein, griff Herr Dombrowski zu dem Beweise von den „Wasserpollacken“, obgleich Leute, die dem „Tageblatt“ nahe stehen, selbst manchmal über die Erfindung eines „wasserpollackischen“ Stammes spotteten. Es genügt festzustellen, daß selbst die amtliche Statistik seit langer Zeit die Bewohner Oberschlesiens als „Polen“ führt und nichts von „Wasserpollacken“ spricht, obgleich sie (übrigens mit Unrecht) die Kaschuben, Masuren usw. trennt. Auch die preussische Regierung hat, bevor sich der Hafatismus so vollkommen ausgebreitet hatte, verschiedene Anordnungen und Bekanntmachungen in polnischer Sprache herausgegeben; in der Schule ist polnisch unterrichtet worden, und die geistliche Behörde in Breslau, die niemals im Verdacht der Polenfreundlichkeit stand, erläßt auch heute noch Hirtenbriefe in polnischer, und nicht in „wasserpollackischer“ Sprache. Selbst die Aufrufe für die Kriegsanleihen sind in polnischer Sprache geschrieben, obgleich die „wasserpollackische“ Sprache eine Erfindung der Militärbehörde neuesten Datums ist. Das eine steht fest: Der Dialekt des Volkes in Schlesien ähnelt der literarischen polnischen Sprache mehr, als der Dialekt verschiedener, sich um das „Tageblatt“ gruppierenden „Morizleben“, der deutschen Sprache. Wenn aber Herr Dombrowski sich erdreistet, die polnische Sprache der Schlesiener als „korumpiert“ zu bezeichnen, so ist dies die Höhe jüdischer Frechheit.

Jetzt nun zur Statistik selbst. Herr Dombrowski hat die Zahlen der amtlichen Volkszählung aus dem Jahre 1910 angeführt, welche zeigen, daß es im Regierungsbezirk Oppeln 40,04% Deutsche und 52,96% Polen gegeben habe. Hierzu stellt Herr Dombrowski die Behauptung auf, daß erst vor ungefähr 20 Jahren die „demokratisch-allpolnische

Richtung“ die „Polen“ in Schlesien entdeckt habe. Herr D. hielt es nicht für nötig, die statistischen Zahlen aus den früheren Jahren wiederzugeben, weil sich dies offenbar nicht mit seiner Behauptung decken würde, daß die Polen in Schlesien erst vor 20 Jahren entdeckt worden seien. Die Gewissenhaftigkeit gebietet uns, diesen Mangel zu ergänzen. Im Oppelner Regierungsbezirk gab es nach der amtlichen Statistik:

Jahr	Polen %	Deutsche %
1890	58,23	35,90
1900	56,11	30,63
1905	26,92	37,19
1910	52,96	40,04

Hieraus geht hervor, daß zu einer Zeit, als die Polen in Schlesien angeblich „entdeckt“ wurden, die amtliche Statistik bereits annähernd 60% davon nachwies.

Herr D. vergißt noch eine wichtige Einzelheit: Die amtliche Statistik führt in den polnischen Gegenden noch „zweisprachige“ Leute, was nicht begründet ist, weil jeder Mensch doch nur eine Muttersprache hat. Daß dies auf Kosten der Polen geschieht, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dies geben auch verschiedene deutsche Autoren an. „Zweisprachige“ gab es in Oberschlesien: im Jahre 1890 — 31 724, im Jahre 1900 — 70 296, im Jahre 1905 — 54 094 und im Jahre 1910 — 88 798. Wir sehen hieraus, daß in dem Maße, als die Statistik prozentual weniger Polen führt, mehr „Zweisprachige“ geführt werden.

Hervorgehoben muß noch werden, daß zum Regierungsbezirk Oppeln auch etliche Kreise gehören, wo sich die deutsche Bevölkerung in der Mehrheit befindet, wodurch sich das Gesamtverhältnis für unsweniger günstig stellt. Tatsache ist indes, daß wir in Schlesien eine ganze Reihe von Kreisen haben, in denen die polnische Bevölkerung mehr als 75% der Bevölkerung ausmacht. Zu berücksichtigen sind auch die 70 000 Währen, die doch keine Deutschen sind.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der obereschlesische Industriebezirk alljährlich viele Leute anzieht, was ebenfalls ungünstig auf das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung einwirkt, die doch in erster Linie das Recht hat, über den nationalen Charakter der Gegend zu entscheiden. Sicherlich wird dem Ruhrgebiet niemand den deutschen Charakter absprechen wollen, obgleich dort etwa eine halbe Million Polen, mehrere tausend Holländer, Belgier, Italiener usw. wohnen.

Daß wiederum dem obereschlesischen Industriebezirk vorwiegend deutsche Elemente zufließen, gibt sogar Professor Waldemar Mittschelich in seinem Werk „Die Ausbreitung der Polen in Preußen“ zu. Und was soll man erst zu den Zehntausenden verschiedener Beamten sagen, die gleichfalls nicht über den Charakter des Landes entscheiden können, wie über den Charakter Warschauer nicht jene 6% Russen entschieden haben, die jetzt wie Kampher verflüchtigt sind.

Schließlich klammerte sich Herr D. noch an die Wahlstatistik, indem er ausführte, bei den letzten Reichstagswahlen seien in Oberschlesien 69,2% auf die deutschen, und 30,8% auf die polnischen Kandidaten entfallen. Damit will er beweisen, daß das polnische Volk politisch an Deutschland hängt. Es ist aber bekannt, daß bei den Wahlen nicht ausschließlich Nationalitäten-Rücksichten, sondern auch wirtschaftliche und andere Rücksichten entscheiden. Bis zum Jahre 1903 haben die Polen überhaupt nicht für polnische Kandidaten gestimmt, weil sie glaubten, daß die Zentrumspartei alle ihre Interessen genügend wahrnehme. Dieser

Anficht können auch heute noch viele sein, andere wiederum glauben, die sozialdemokratische Partei würde sie erlösen. Übrigens sagt Herr D. nicht die Wahrheit, denn außer den Kandidaten der Polenfraktion hatten noch die Sozialdemokraten und das Zentrum polnische Kandidaten. Es scheint, daß wir die ganze Angelegenheit Herrn D. am besten wie folgt erklären: So, wie bei den letzten Ergänzungswahlen in Berlin nicht alle Juden für Kempner gestimmt haben, so stimmen auch nicht alle Polen für den Kandidaten der Polenfraktion.

In einer der vorhergehenden Nummern schrieb das „Berliner Tageblatt“, die heutigen polnischen Gegenden seien früher deutsch gewesen und wären erst später polonisiert worden. Als Antwort woltten wir dem „Tageblatt“ die Ansicht eines Deutschen entgegenhalten, damit man uns nicht der Parteilichkeit zeihe. In seiner Broschüre „Die preussische Polenpolitik“ schreibt Herr Wendel gleich am Anfang: Wenn die Alldeutschen die Bedrückungspolitik gegenüber den Polen damit decken wollen, daß sie zu beweisen versuchen, es hätten nicht nur an der Oder, sondern auch an der Weichsel in uralten Zeiten germanische Stämme gewohnt, die in Bärenfällen herumgelungert hätten, so verurteilt sich eine solche Stellungnahme von selbst als profunde Lächerlichkeit. Vielleicht genügt das dem „Berliner Tageblatt“.

Während die angeblichen Anhänger eines gerechten und dauerhaften Friedens sich bemühen, die Polen, die Welt und sich selbst durch Taschenspielertricks zu betrügen, gehen die Fakatisten ohne Umschweife zu, daß Punkt 13 der Wilsonschen Bedingungen auch die polnischen Ländereien im preussischen Teilgebiet betrifft. So schreibt z. B. die fakatistische „Post“ unter der Überschrift: „Demütigung des deutschen Volkes“: „Das deutsche Schicksal Elsaß-Lothringens und der preussischen Provinzen Posen, Schlesien und vielleicht auch Westpreußen ist in die Hände der Machthaber von Washington, London, Paris, Rom und — Warschau gelegt“. Das eine muß man ohne Umschweife einräumen. Wenn die Fakatisten Ungeheuerlichkeiten begehen, so haben sie wenigstens den Mut, zuzugeben, daß bei ihnen Macht vor Recht geht. Verschiedene Demokraten dagegen versuchen das begangene Unrecht durch Taschenspielertricks und Geschichtsfälschungen zu verdecken. Ob man die Welt mit solchen Kunststücken wird täuschen können, ist eine andere Frage.

Aus Nr. 243 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 22. Oktober 1918.

Um den polnischen Charakter des Posener Landes, Westpreußens, Oberschlesiens und des Ermland.

Der 13. Punkt der Friedensbedingungen Wilsons verlangt die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen den Ländern, die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnt sind. Dieser Punkt hat, insofern er sich auf die oben erwähnten, allgemein als der preussische Anteil bezeichneten Landesteile bezieht, Anlaß zu einer Reihe von Protesten und Erklärungen gegeben, die in der deutschen Presse und in zahlreichen alldeutschen Versammlungen zum Ausdruck gekommen sind. In allen diesen Protesten und Erklärungen wird der polnische Charakter jener Landesteile mehr oder weniger ausdrücklich geleugnet. Die Grundlage jener Proteste und Erklärungen bilden die amtliche Volkszählung und die Wahlstatistiken jener Landesteile. Selbstverständlich wird dabei auch alles das ignoriert und verschwiegen, was zugunsten der

polnischen Bevölkerung sprechen könnte. So fällt es in den Statistiken, die in dieser Hinsicht von der deutschen Presse aufgestellt werden, sofort auf, daß in ihnen das numerische Verhältnis der polnischen und der deutschen Bevölkerung in ganzen Regierungsbezirken angegeben wird, obwohl es bekannt ist, daß es in diesen Bezirken Kreise gibt, wo die deutsche Bevölkerung überwiegt, wie auch solche, die fast ausschließlich von Polen bewohnt sind oder wo die Deutschen nur einen geringen Prozentsatz bilden. Dieser geringe Prozentsatz der deutschen Bevölkerung setzt sich überdies aus eingewanderten Elementen, nämlich aus Beamten aller Art, aus Militärpersonen und aus Ansiedlern zusammen. Alle diese Elemente gruppieren sich nur um die Städte jener Landesteile oder um deren Nachbarorte.

Wenn wir uns aber diese Statistik der Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preußens und die geographische Lage dieser Landesteile näher ansehen, so müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung in den westlichen Kreisen der Landesteile, die an der Grenze rein deutscher Provinzen liegen, verhältnismäßig bedeutend oder sogar überwiegend ist. Das ist eine ganz erklärliche Erscheinung. Denn es gibt wohl keinen Staat in der Welt, wo die Grenzbevölkerung, falls der betreffende Staat nicht geradezu an der See gelegen ist, nicht gemischt wäre. Sie rekrutiert sich auch aus den fremden Elementen, die aus den benachbarten Staaten eingewandert sind. Trotzdem würde es aber niemandem einfallen, die Zugehörigkeit solcher Grenzgebiete zu dem betreffenden Staate anzuzweifeln. In den Grenzgebieten der polnischen Landesteile Preußens haben sich die Deutschen im Laufe des ganzen letzten Jahrhunderts um so zahlreicher niedergelassen, als sie hierbei keine Grenzschwierigkeiten zu überwinden hatten und weil die deutsche Regierung selbst eine solche Niederlassung, da sie dabei von vornherein ihre eigenen Tendenzen verfolgte, nachdrücklich unterstützte.

Wenn man aber von diesen wenigen Grenzkreisen der polnischen Landesteile abieht, in denen übrigens bald die deutsche, bald die polnische Bevölkerung überwiegt, so bildet die deutsche Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preußens im allgemeinen nur Inseln und Inselchen inmitten der polnischen Bevölkerung. Gerade das Gegenteil hat aber eines der Berliner Blätter behauptet. Die Berliner Blätter zeichnen sich überhaupt durch eine geradezu auffällige Unkenntnis der in den polnischen Landesteilen Preußens herrschenden Verhältnisse aus, obwohl sie wahrlich Grund und Gelegenheit genug hätten, sich mit diesen Verhältnissen näher bekannt zu machen.

Könnten aber jene deutschen Inseln und Inselchen, die wir inmitten der polnischen Bevölkerung in den polnischen Landesteilen Preußens sehen, den polnischen Charakter dieser Landesteile selbst in Frage stellen, zumal wenn man bedenkt, daß sie sich hauptsächlich aus deutschen Ansiedlern zusammensetzen, die in früheren oder späteren Zeiten dort eingewandert sind und außerdem aus deutschen Beamtenfamilien und aus deutschen Militärpersonen? In einem solchen Falle müßten doch auch die Hunderttausende polnischer Auswanderer, die sich in geschlossenen Gruppen in den Gemeinden und Landbezirken Westfalens und des Rheinlandes niedergelassen haben, mit gleichem Recht den deutschen Charakter dieser beiden Provinzen in Frage stellen. Trotzdem fällt es niemandem ein, dergartiges behaupten zu wollen. Diese vielen Tausende unserer Auswanderer sind eben die autochthone rechtmäßige Bevölkerung der erwähnten deutschen Inseln in den polnischen Landesteilen Preußens. Sie haben ihre Heimat nur unter dem Druck der preussischen Regierung verlassen müssen. Und dieser Druck offenbarte sich darin, daß man ihnen in der L. I. in

allen Werkstätten, die unter der Verwaltung der Staats- oder Kommunalbehörden stehen, den Erwerb unmöglich machte, daß man ihnen auf Grund der Ansiedlungsnovelle den Erwerb von Grund und Boden nicht gestattete und daß man sie auf Grund des Enteignungsgesetzes ihres eigenen Besitzums beraubte. Sie mußten deshalb nach dem Westen auswandern, um sich dort ihr Brot zu verdienen. Heute fehlt ihnen das tägliche Brot auch im Westen. Deswegen erinnern sie sich jetzt von neuem an ihr eigentliches Heimatland, das sie früher ernährte. Sie strömen jetzt nach diesem Heimatlande nicht etwa zu Hunderten, sondern zu Tausenden, um sich von dort gegenwärtig ihre Nahrung zu holen, oder sie lassen sich diese Nahrung aus dem Heimatlande nach dem Westen schicken.

(Es folgen statistische Ziffern aus dem amtlichen Ergebnis der Volkszählung v. J. 1910 betreffend das Zahlenverhältnis der Nationalitäten in den Provinzen Posen, West-, Ostpreußen und Oberschlesien.)

Aus Nr. 123 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 22. Oktober 1918.

Doppeltes Maß.

Wir Polen im preußischen Teilgebiet mußten uns bis dahin stets darüber beklagen, daß uns gegenüber ein anderes Maß angewandt wurde, als gegenüber unseren Mitbürgern deutscher Nationalität.

Mit diesem doppelten Maß haben früher die Galatzisten und die Alldutschen gemessen, die damals die preußische Regierung vollständig beherrschten und dieser Regierung ganz einfach vorschrieben, wie sie den Polen gegenüber auftreten solle.

Heute haben die Galatzisten und die Alldutschen ihren Einfluß auf die Regierung verloren. Sie sind hier machtlos geworden. Trotzdem ist in Deutschland in der Behandlung der Polen keine Änderung eingetreten.

Das deutsche Volk hat jetzt infolge der Umwälzung, die sich in Deutschland vollzogen hat, weitgehende Rechte erhalten. Man hätte also erwarten können, daß die neue Regierung in Deutschland und in Preußen es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten werde, auch alle Einschränkungen den Polen gegenüber und alle antipolnischen Maßnahmen und Gesetze aufzuheben. Die neue Regierung hat aber in dieser Hinsicht bis dahin gar nichts getan. Es wurden nur dem deutschen Volke weitgehende Rechte eingeräumt. Uns Polen im preußischen Teilgebiet hat man nicht einmal Gleichberechtigung zugestanden. Es wird uns gegenüber auch heute noch ein anderes Maß angewandt, und zwar nicht mehr von der galatzisch-deutschen, sondern von einer solchen Regierung, die sich auf das Zentrum, auf die freisinnige und auf die sozialistische Partei stützt.

Das ist aber für uns jetzt schon ziemlich gleichgültig, denn für uns Polen im preußischen Teilgebiet ist ebenfalls die Morgenröte einer besseren Zukunft aufgegangen. Wir haben nämlich schon in der nächsten Zeit grundsätzliche und gründliche Änderungen in unserer Lage zu erwarten. Solche Änderungen können nach unserer Ansicht in einem Augenblick, wo sie überall eingeführt werden, durch niemanden und durch nichts mehr verhindert werden.

Das doppelte Maß aber, das man im preußischen Anteil uns Polen gegenüber in Anwendung bringt, offenbart sich jetzt ebenfalls auf einem viel wichtigeren Gebiete, nämlich auf dem Gebiet der internationalen Politik. Das beweist folgende Tatsache: Von einigen polnischen Blättern wurde neulich bekanntlich ein Aufruf veröffentlicht, der von sämtlichen polnischen Parteien und Wahlorganisationen unterzeichnet war. In diesem Aufruf haben alle diese Parteien und Or-

ganisationen angesichts der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich mit den 14 Punkten Wilsons einverstanden erklärt hatte, ihre Zustimmung zu dem bekannten Manifest des polnischen Regentenschaftsrates ausgesprochen.

Die deutschen Regierungsorgane haben aber aus Anlaß dieses Aufrufs ein großes Geschrei erhoben. Sie klagten uns Polen beinahe schon des Hochverrats an. Dagegen räumen diese Organe den Deutschen in Böhmen das Recht ein, sich von Böhmen loszulösen. Uns Polen, die wir im preußischen Anteil leben, sprechen sie dieses Recht ab. Ebenso sprechen sie den Tschechen das Recht ab, in den neuen böhmischen Staat 3 1/2 Millionen Deutsche einzuverleiben, die die Tschechen auf Grund ihres geschichtlichen Rechts in diesen Staat einschließen möchten.

Darüber äußern sich die deutschen Blätter, wie z. B. die „Vossische Zeitung“ und andere, in folgender Weise:

„In dieser Frage gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder muß hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Geltung kommen, und dann müßte es den Deutschen in Böhmen, insofern sie in ihrem Lande die Mehrheit der Bevölkerung bilden, freistehen, selbst darüber zu bestimmen, welchem Staate sie angehören wollen, oder es müßten die geschichtlichen Grenzen hierüber entscheiden. In letzterem Falle könnte der von Wilson aufgestellte Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht mehr in Betracht kommen.“

Soweit die deutschen Blätter.

Auch wir sind ja der Ansicht, daß hier nur der eine oder der andere Weg möglich ist. Aber die deutschen Regierungsblätter wollen gerade den Polen in Preußen weder das eine noch das andere Recht einräumen. Es sollen also nur die Deutschen alle Rechte haben, — die Polen dagegen überhaupt keine.

Es zeigt sich somit, daß die Deutschen auch jetzt noch nicht imstande sind, sich von ihrer politischen Kurzsichtigkeit zu befreien, die über das deutsche Volk schon so viel Unglück gehäuft hat. Wir haben dieses Unglück stets vorausgesagt. Unsere Prophezeiungen haben sich denn auch jetzt bereits erfüllt. Wir müssen aber auch heute noch von vornherein erklären, daß die Deutschen auch in Zukunft mit unangenehmen Folgen zu rechnen haben werden, wenn sie den Polen gegenüber ihre kurzsichtige Politik fortsetzen. Es ist für sie viel besser, die Freundschaft des polnischen Volkes zu gewinnen, als irgendein Stück polnischen Landes sich anzueignen. Es muß wundernehmen, daß die deutschen Politiker und die deutschen Regierungsorgane sich keine Rechenschaft darüber ablegen.

Die Polen im preußischen Anteil werden nichtsdestoweniger ihre Ruhe und ihre Kaltblütigkeit bewahren. Sie werden ihre Pflichten als Bürger des preußischen Staates bis zum letzten Augenblick erfüllen. Das haben sie ja während des ganzen Krieges getan. Aber sie werden zugleich die Rechte für sich verlangen, die ihnen zustehen.

Aus Nr. 126 des Głos Lubawski (Löbau) vom 22. Oktober 1918.

Die politische Lage.

Die letzte Note Wilsons, der Bescheid auf den Friedensvorschlag der deutschen Regierung, verurteilt die von den deutschen Heeren in Nordfrankreich und Belgien verursachten Verwüstungen und das unmenseliche Behandeln der dortigen Bevölkerung und verlangt auch die Beseitigung der willkürlichen Gewalt. Diese Note hat unter den Deutschen große Unzufriedenheit und unter den Konservativen und Alldutschen geradezu Entrüstung hervorgerufen.

Das oben geschilderte Vorgehen der deutschen Heere betrachten die Konservativen und Alldeutschen als selbstverständlich, als militärische Notwendigkeit. Sie können nicht begreifen, wie Wilson ein solches Vorgehen verurteilen kann; denn Rücksichtslosigkeit, das Mit-Füßen-Treten der Rechte anderer Nationalitäten liegt nun eben in ihrer Natur. Sie haben schon in Friedenszeiten uns wehrlosen Polen gegenüber so gehandelt; sie haben sich Grausamkeiten gegenüber den Negern in Afrika und überall da zuschulden kommen lassen, wo sie die Herren waren. Betrachteten sie sich doch als Herrenvolk und die übrigen Völker als Sklaven, und dementsprechend verfahren sie auch. Denkwürdig sind die Worte des Freiherrn von Hammerstein, der auf die Beschwerden der Polen im preussischen Landtag antwortete: „Wir befehlen, und Ihr müßt gehorchen!“ Denkwürdig sind auch die Worte des Grafen Ballestrem, der Herrn von Tiedemann sekundierte: „Die beste Deckung ist der Hieb!“ Nach diesem Grundsatz haben die Deutschen stets verfahren.

Wie wollen sie daher Wilson verstehen, der verlangt, daß die Verwüstungen in den von den Deutschen eingenommenen oder während des Krieges geräumten Gegenden eingestellt werden sollen? Ist doch diese Forderung nach ihrer Ansicht durchaus verkehrt, ihre Erfüllung fast unmöglich. Es liegt nun eben in der Natur des Krieges und besonders in der Natur gewisser Leute, ihre Bosheit auszugießen, ihrem breiten Gewissen Luft zu machen, — und die Natur ist so leicht nicht zu ändern. Natürlich handeln nicht alle Deutschen so; auch unter ihnen gibt es gerechte Menschen. Und am wenigsten darf man der militärischen Behörde die Schuld dafür beimessen, da sie solche Handlungen streng untersagt.

Aber noch mehr sind die Konservativen und Alldeutschen über Wilson entrüstet wegen seines § 13, worin er ein ganzes, ungeteiltes Polen verlangt. Besonders empört sind sie aber über die Polen, weil diese sich auf jenen Paragraphen berufen und verlangen, was ihnen nach Recht und Billigkeit zukommt und was ihnen Wilson auch zugesteht.

Ein Beweis hierfür sind die verschiedenen Proteste nicht nur von dieser Seite, sondern von seiten aller Deutschen her. Die Deutschen läßt der Gedanke geradezu nicht schlafen, daß der entrissene und Preußen einverleibte Teil Polens wieder an dieses zurückfallen soll. Möge der Russe und Österreicher sein Teil zurückgeben — so philosophieren die Alldeutschen; — daß aber Preußen das tun sollte, ist geradezu unmöglich. Da müßte ja die Welt mit den Weinen nach oben stehen, und es müßte kein Preußen mehr da sein. Solange aber Preußen noch dasteht, sei gar nicht daran zu denken, daß die ihm angeschlossenen Teile Polens wieder an letzteres zurückfallen sollten. Und so sträuben sich denn die Deutschen mit Händen und mit Füßen dagegen, und sie wenden allerhand Kniffe an, um dem vorzubeugen.

Am meisten aber sträuben sich wie gewöhnlich die Konservativen und Alldeutschen, die von ihrer feindlichen Gesinnung gegenüber den Polen her bekannt sind. Sie geraten geradezu in Wut bei dem Gedanken, daß sie die hiesigen, von Polen bewohnten Lande an Polen zurückgeben sollen.

Und darüber darf man sich nicht wundern; denn es ging ihnen hier recht gut. Sie schwammen im Überfluß, schöpften die Sahne ab und gaben uns nur, was ihnen aus der Nase träufelte. Darum wird es ihnen recht schwer fallen, sich dieser Lande zu entäußern. Und so gründen sie auch Vereine über Vereine, obwohl sie an und für sich schon genug solcher haben, um dem Gedanken Wilsons und der Polen entgegenzuarbeiten, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Rückgabe aller Polen geraubten Lande fordern. (Es folgt ein Bericht über die Bildung eines Volksausschusses für nationale Verteidigung in Löbau und

die einschlägige Auslassung des „Berl. Tagbl.“ über derartige Ausschüsse; dann schließt der „Glos Lubawski“:

So schreibt u. a. das „Berl. Tageblatt“. Wir bezweifeln jedoch, daß es imstande sein wird, die Alldeutschen zu überzeugen. Das brächte nicht einmal ein Engel aus dem Himmel fertig.

In Deutschland ist eine Amnestie für politische Gefangene erlassen worden. Auf Grund derselben wurde u. a. bereits der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dittmann entlassen, der i. Jt. zu 5 Jahren Festung verurteilt worden war. In Sachen des sozialdemokratischen Abg. Liebknecht ist noch nichts zu hören.

Aus Nr. 245 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 24. Oktober 1918.

Immer dieselben.

Jeder, der die Auslassungen der deutschen Presse in den letzten Tagen, wenn auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, muß die Beobachtung gemacht haben, daß diese Presse sich sehr viel mit der Lösung der polnischen Frage, aber meistens oder vielmehr fast immer in einem polenfeindlichen Sinne beschäftigt hat.

Es ist ja zu verstehen, daß die Leute, die bis dahin alles Polnische am heftigsten bekämpft haben und die Wiedergeburt Polens auf jede mögliche Weise zu verhindern suchten, nicht leicht und nicht ohne Schmerzen uns das Recht auf eine staatliche Existenz einräumen würden, zumal diese Existenz zugleich mit gewaltigen Verlusten für sie verbunden wäre. Trotzdem müssen wir uns wundern, daß diese Leute die polnische Frage jetzt in einer so einseitigen, und, wir müssen es offen erklären, in einer so ungerechten Weise behandeln. Denn wir vermüssen bei ihnen bei jeder Spur von Verständnis für unsere Lage. Ebenso wenig finden wir bei ihnen den guten Willen, unsere Wünsche, geschweige denn unsere Forderungen als berechtigt anzuerkennen. Sie sprechen nämlich beständig nur von polnischen Annäherungen, von hochverräterischen Absichten der Polen und von ihren unberechtigten Ansprüchen auf „alte deutsche Ansiedlungsgebiete“. Mit keinem Wort, niemals und nirgends wollen sie der geschichtlichen Wahrheit Rechnung tragen.

Wir haben aber schon so viel Vorwürfe über die Undankbarkeit der Polen für die Befreiung Polens vom russischen Joch hören müssen, daß uns eigentlich nichts mehr wundernehmen kann. Trotzdem bleibt aber für uns eine Überraschung der Artikel, den neulich die „Germania“ unter der Spitzmarke: „Polnische Unverschämtheit“ veröffentlicht hat. In diesem Artikel führt die „Germania“ ungefähr folgendes aus: „In das polnische Kabinett sollen jetzt auch Vertreter Galiziens, des Posener Landes und Litauens eintreten. Außerdem hat sich der polnische Regentschaftsrat an die polnischen Fraktionen in Wien und in Berlin mit der Bitte gewandt, Delegierte nach Warschau zu entsenden zwecks Fortsetzung der Aktion, durch welche das in dem Aufruf des Regentschaftsrates an das polnische Volk enthaltene Programm verwirklicht werden soll. Die höchste Staatsgewalt in Polen, die von den Mittelmächten ernannt worden ist, sucht sich also noch zur Zeit der Okkupation mit preussischen und auch mit österreichischen Untertönen, was uns übrigens sonst gar nicht oder nur wenig angehen würde, zu verständigen, um auch sie für die Bildung eines neuen, unabhängigen polnischen Staates zu gewinnen. Diese Verständigung gerade mit Vertretern des „preussischen Anteils“ hat also den Zweck, diesen Anteil mit denjenigen polnischen Ländern zu vereinigen, die durch das deutsche Schwert von der russischen Herrschaft befreit worden sind. Eine solche Handlungsweise müßte die deutsche

Regierung dazu veranlassen, der polnischen Regierung gegenüber, die ihre Existenz ebenfalls dem deutschen Schwert verdankt, eine entschiedene Haltung einzunehmen."

Es fällt schwer, sich in diesen verworrenen und verkehrten Gedankengang hineinzufinden. Denn jeder, der logisch und objektiv zu urteilen versteht, muß doch zugeben, daß die politischen Verhältnisse jetzt eine gewaltige Änderung erfahren haben und daß diese Änderung auch weitere Änderungen in der Politik zur Folge haben mußte. So mußte sich vor allem das Verhältnis des von den Mittelmächten proklamierten polnischen Staates zu den Mittelmächten ändern. Ebenso mußte auch das Verhältnis des polnischen Regenschaftrates zu den Okkupationsmächten sich anders gestalten. Es ist ja möglich, daß die politische Lage sich in Zukunft auch noch anderweitig ändern wird, so daß der Regenschaftrat überhaupt aufhören wird, die Interessen der polnischen Gesamtheit nach innen und nach außen hin zu repräsentieren. In dem gegebenen Augenblick mußte aber der Regenschaftrat, um uns der Worte des letzten polnischen Königs aus dem Jahre 1791 zu bedienen, für jenes Programm eintreten, dessen Lösung „die Integrität, die Einigkeit und die Freiheit (der polnischen Landesteile) war."

Wir selbst gehörten zu den Leuten, die stets mehr als andere den realen Wert des Aktes vom 5. November 1916 hervorhoben. Wir erblickten die Bedeutung dieses Aktes hauptsächlich in den beiden folgenden Tatsachen: Erstens stellt er die Kongreßberatungen vor die vollzogene Tatsache des Bestehens Polens. Zweitens haben durch diesen Akt — und das ist vielleicht noch wichtiger für uns — Preußen und das Deutsche Reich, also unsere Stockgegner, Polen das Recht auf eine selbständige Existenz und auf eine staatliche Einrichtung zugestanden.

Gegenwärtig sind wir Zeugen dessen, daß die Öffentlichkeit in Deutschland ihre eigene Regierung gleichsam desavouiert und daß sie uns das abzuermessen sucht, was diese Regierung uns bereits eingeräumt hat. So, noch mehr, sie greift sogar die polnische Staatsgewalt an, die von der Regierung Deutschlands ernannt worden ist. Wir brauchen da bei wohl nicht besonders hervorzuheben, daß auch die „Befreiung“ Polens von Rußland, die ja fast schon die Form einer Legende angenommen hat, keineswegs in unserem Interesse erfolgt war. Gerade diejenigen, die von einer solchen Befreiung am lautesten sprechen, wissen nämlich am besten, aus welchen Gründen und auf welchem Wege man s. Z. auf deutscher Seite zu einem solchen Entschluß gelangte.

Wenn aber jetzt sogar ein Blatt wie die „Germania“, ein katholisches Blatt, in seinen Ausführungen die Grenzen des Anstandes und einer leidlichen objektiven Beurteilung nicht mehr zu wahren vermag, was kann man da von der übrigen deutschen Presse erwarten, die einen anderen Charakter trägt?

Wir geben hier einige Rundgebungen dieser Presse wieder. So schreibt z. B. die „Vossische Zeitung“: „Die einzige Konsequenz, die sich aus dem Wilsonschen Programm für uns ergeben könnte, wäre die, daß wir die Ausnahmegeetze in Deutschland aufheben, und daß wir die Polen preußischer Zunge (!) anstandslos zur Beteiligung an unserem Schulwesen und an unserer kulturellen Arbeit zulassen.“

In einer anderen Nummer schreibt dasselbe Blatt: „Wir dürfen uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß infolge der Annahme der Wilsonschen Punkte sich auch ein Feld für eine internationale Diskussion über die Staatsangehörigkeit der wertvollen polnischen Landesteile der preußischen Monarchie eröffnet. Damit ist aber das letzte Wort über das Schicksal dieser Landesteile noch nicht gesprochen. Aber schon die Tatsache,

daß eine solche Diskussion möglich ist, ist von außerordentlicher Bedeutung.“

Aus Anlaß des Austrufs der polnischen Parteien und der polnischen Presse, dessen Veröffentlichung vor zehn Tagen verboten wurde, äußert sich auch der „Tag“ in folgender Weise:

„Diese Urkunde scheint nicht dazu bestimmt zu sein, die schlechte Meinung, die man allgemein von der Phraseologie der polnischen Politiker hat, zu ändern. Sie hat aber inhaltlich keine Bedeutung. Sie ist nur von Wichtigkeit wegen ihres dreisten und unverschämten Tons, in dem eine ganz unerhörte Forderung als etwas Selbstverständliches hingestellt wird.“

Der „Tag“ spricht dann weiter noch von den Ansprüchen der Polen auf die Ostsee. Gegen solche Ansprüche würde, so schreibt dieses Blatt, das ganze deutsche Volk protestieren. Schließlich erlaubt sich der „Tag“ die Behauptung für „lächerlich“ zu erklären, daß die Polen während dieses Krieges die „größten“ Opfer gebracht hätten.

Mit einem Gegner, der mit einer solchen Waffe gegen uns kämpft, lohnt es sich wahrlich nicht weiter zu diskutieren. Wir möchten ihn deshalb nur daran erinnern, wie tragisch gerade unser Schicksal schon fast seit vier Jahren ist, wo ein Bruder gegen den anderen mit dem Bajonett vorgehen muß, wo Galizien verheert und das Königreich zerrissen und durch die Requisitionswirtschaft der Okkupationsmächte ganz ausgezogen wurde. Kann dann der „Tag“ noch in gutem Glauben behaupten, daß die Verhältnisse im Königreich Polen geregelt seien, und daß Deutschland in Polen für „zivilisatorische Einrichtungen gesorgt“ habe? Bei solchen Behauptungen müßte das Papier, auf dem sie gedruckt werden, eigentlich vor Scham erröten.

Aber solche Fälschungen der deutschen Presse werden den Gang der Ereignisse nicht mehr aufhalten. Das polnische Volk wird nämlich in Zukunft solche Lebensbedingungen erhalten, wie sie ihm nach Zug und Recht zukommen. Es wird aber dann, durch eigene Erfahrung darüber belehrt, wie drückend und schmerzlich die Knechtschaft ist, nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Es wird vielmehr, selbst schon glücklich, in der Beglückung anderer sein Verdienst suchen. Und dieses Verdienst wird vor allem darin bestehen, daß es die nationalen Minderheiten, die in Zukunft auf polnischem Boden leben werden, auf gerechte Weise behandeln wird.

Aus Nr. 126 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 24. Oktober 1918.

Korrespondenz aus der Stadt.

Die „Gazeta Olsztyńska“ hat in ihrer letzten Nummer geschrieben, daß Deutschland Karthagos Schicksal erleben könne. Weil aber unserem Volke die Geschichte des Altertums nicht bekannt ist, so möchten wir heute unsere Leser darüber aufklären, was man unter Karthago versteht und welchen Sinn unser letzter Vergleich mit den gegenwärtigen Ereignissen hatte.

Karthago bedeutet, aus der alten Sprache ins Deutsche übersetzt, so viel wie Neustadt. Es wurde im Jahre 900 vor Christi Geburt gegründet. Es lag in Nordafrika an der Seeküste, wo heute das zu Frankreich gehörende Algier liegt. Die Stadt hatte sich in der alten Zeit ebenso, wie jetzt Deutschland, zu einem mächtigen Staate entwickelt. Seine Einwohner waren fleißig, und sie sind deshalb zu einem bedeutenden Wohlstand und Ansehen gelangt. Infolgedessen stieg aber auch ihr Übermut. Sie gründeten Kolonien oder Handelsplätze auf den Inseln Sardinien und Sizilien, in Spanien, in Gallien (dem gegenwärtigen Frankreich) und in Nordafrika. Sie schreckten nachher nicht einmal davor zurück, einer solchen Macht, wie Rom, den Krieg zu

erklären. Die Römer waren aber zu jener Zeit für einen solchen Krieg ebensovwenig vorbereitet, wie jetzt die Engländer und die Amerikaner, als Deutschland den Krieg mit ihnen begann. Der Kampf zwischen Rom und Karthago dauerte lange, und er war sehr erbittert. Endlich siegten aber die Römer und zerstörten die berühmte Stadt Karthago im Jahre 146 v. Chr. Der Wilson der Römer namens Kato hatte vor dem Voll Karthagos nicht vergeblich im römischen Senate ständig die Worte wiederholt: „Das stolze Karthago muß vernichtet werden!“ Man sieht heutzutage noch die Trümmer dieser Stadt. Die französischen Gelehrten haben neulich diese Trümmer ausgegraben und dort viele wertvolle Altertümer gefunden. Der Geistliche Dr. Pörtner aus Allenstein hatte während seiner vielen Reisen, die er vor dem Kriege gemacht hat, ebenfalls das Glück, die Trümmer Karthagos zu sehen. Er durfte auf diesen Trümmern über das nachdenken, was heute angeht, dessen, was in der Welt vorgeht, einem jeden unwillkürlich in den Sinn kommen muß. . .

Karthagos Schicksal war infolge des Sieges der Römer besiegt. Die besiegte Stadt hat die Römer um Frieden. Das unerbittliche Rom stellte aber schwere Bedingungen. Zunächst sollte Karthago seine Flotte ausliefern. Karthago nahm, da es sich sonst verloren sah, diese Bedingung an, und die Römer verbrannten die Schiffe der Karthager. Sie verlangten aber darauf, daß die Karthager auch ihre Waffen auslieferten. Die besiegten Karthager erfüllten, da sie um jeden Preis Frieden haben wollten, auch diese Bedingung. Sie lieferten ihre Waffen aus. Da traten aber die Römer noch mit einer neuen Forderung hervor. Sie erklärten ganz einfach den Karthagern: „Damit Ihr uns nicht mehr bedrohen könnt, müßt ihr Eure Stadt verbrennen und Euch in das Innere des Landes ins Gebirge zurückziehen!“ — Das war aber den Karthagern doch zu viel. In ihrer Verzweiflung griffen sie von neuem zu den Waffen. Sie fügten auch an, neue Waffen zu schmieden und neue Schiffe zu bauen. Das war jedoch alles schon zu spät. Sie wurden von neuem besiegt, nachdem sie wenigstens zuletzt noch ihre Ehre gerettet hatten.

Das traurige Los Karthagos hat am letzten Sonntag in unserer Stadt ein deutscher Redner geschildert, als er auf dem Markte an die versammelte Menge eine Ansprache hielt. Er wollte dadurch das deutsche Volk zum weiteren Kampfe und zur Ablehnung der demütigenden Friedensbedingungen Wilsons anfeuern. Er hat in seiner Rede nicht verschwiegen, daß es um Deutschland jetzt schlecht, sehr schlecht stehe, aber er meinte, Deutschland brauche das Schicksal Karthagos noch nicht zu befürchten, denn für Deutschland wäre es jetzt noch nicht zu spät, sich zur Wehr zu setzen.

Jeder Mensch hat das Recht, frei zu sein, sein eigenes Heim zu haben, in diesem Heim mit seiner Familie zusammen zu leben und sich in ihm so einzurichten, wie es ihm gerade gefällt. Hat der Mensch diese Freiheit nicht, sondern muß er anderen gehorchen, dann wird er zum Sklaven. Das ist das größte Unglück für einen jeden Menschen.

Ebenso verhält sich die Sache mit ganzen Völkern. Jedes Volk hat nämlich von Gott das Recht erhalten, frei zu sein, seiner Veranlagung und seinem Willen gemäß sich selbständig zu entwickeln.

Wie also jeder einzelne Mensch danach trachtet, sein eigenes Heim und seine eigene Familie zu haben, so strebt auch jedes Volk danach, über sich selbst zu bestimmen. Es will seine eigene Regierung, seine eigene Muttersprache, seine eigenen Gesetze haben und seine eigenen Sitten bewahren.

Es ist auch der ausdrückliche Wille Gottes, daß jedes Volk für sich selbst existiere und daß es frei sei. Die Menschen suchen sich aber dem Willen Gottes zu

widersetzen. Wie in dieser Welt einer den andern zu unterdrücken sucht, ebenso will ein Volk über das andere herrschen. Jedes Volk will selbst herrschen und andere Völker zu Sklaven machen. So lesen wir schon in der heiligen Schrift, daß die Juden von den Babyloniern zu Sklaven gemacht worden waren. Ähnlich erging es auch anderen Völkern zu allen Zeiten. Es suchte nämlich ein Volk stets das andere zu unterjochen, um es dann unterdrücken zu können. Ich sage, daß die „Völker“ so gehandelt hätten. Aber eigentlich waren die Monarchen die Schuldigen. Sie haben nämlich ihre Völker zum Kampfe gegen andere Völker aufgestachelt und dann jene anderen Völker unterdrückt.

Das sehen wir auch an dem polnischen Volke. Es hatten sich die russische Zarin Katharina, die Kaiserin von Österreich, Maria Theresia, und der König von Preußen die Hand gereicht, um dem polnischen Volke die Freiheit zu rauben. Sie haben Polen unter einander geteilt und das polnische Volk zerstückt. Sie bedrückten dann dieses Volk wie Sklaven. Und diese Bedrückung ging so weit, daß sie schließlich anfangen, den Polen den eigenen Boden zu rauben und abzukaufen. Sie verdrängten die polnische Sprache aus den Ämtern und aus der Schule und verboten den Polen, sich in ihrer eigenen Heimat nach Belieben ein Haus zu bauen. Der Russe hat außerdem Millionen von Polen gemordet und nach Sibirien zu Zwangsarbeiten verschickt. Er hat ihnen ihre Güter genommen, er hat sie auf allen Gebieten geknechtet und aus ihrem Heimatlande verbannt. Die Knechtschaft, in der sich die Polen befanden, war also noch härter, als die babylonische Gefangenschaft der Juden.

Aber ebenso, wie die babylonische Gefangenschaft der Juden ein Ende nahm, wird jetzt auch die Knechtschaft der Polen ein Ende nehmen. Die Polen werden jetzt wiederum ein freies Volk werden. Sie werden für sich existieren dürfen und nicht mehr unter fremder Herrschaft stehen.

Bis dahin ging allerdings die Gewalt über das Recht und die Gerechtigkeit. Jetzt soll aber auch der Schwächere sein Recht finden. Sollte jedoch auch fernerhin ein Stärkerer versuchen, die angeborenen Rechte des Schwächeren zu verletzen, so werden andere ihn daran hindern und den Schwächeren verteidigen. Und wer bis dahin dem Schwächeren Unrecht getan und ihm irgend etwas geraubt hat, der wird ihm jetzt alles ersetzen und das geraubte Gut zurückerstatten müssen.

Während des gegenwärtigen Krieges hat sich wohl gar mancher gesagt: „Es gibt keinen Gott, denn wenn es einen Gott gäbe, dann könnte dieser Gott nicht zulassen, daß die Menschen einander in dieser Weise morden.“ Jetzt stellt sich aber heraus, daß gerade in diesem Kriege Gottes Hand so recht gewaltet hat. Gott hat es ja allerdings zugelassen, daß dieser Krieg entbrannte. Er hat nämlich den Menschen freien Willen gegeben. Diesen freien Willen durfte er ihnen vor ihrem Tode nicht rauben, denn er hat ihnen denselben bis an ihr Lebensende verliehen. So mußte er auch zulassen, daß dieser Krieg entbrannte als Strafe für verschiedene Sünden und gleichsam als Reinigungsfeuer für die Verfehlungen und für die Verblendung der Menschen. Wenn er aber auch zugelassen hat, daß dieser Krieg entbrannte, so hat er ihn doch anders geleitet, als die Menschen es sich gedacht haben. Und darin gerade zeigt sich das Walten seiner göttlichen Vorsehung.

Von jetzt ab soll nämlich nicht mehr die Gewalt über das Recht gehen, sondern es soll jedem Menschen und ebenso jedem Volke, selbst wenn es das schwächste wäre, Recht und Gerechtigkeit geschehen.

Wenn aber dieser Grundsatz von jetzt ab zur Geltung kommen und nach diesem Grundsatz künftighin in der

Welt alles eingerichtet und geleitet werden wird, dann war auch dieser Krieg nicht umsonst geführt, und nicht umsonst ist unschuldiges Blut geflossen. Es ist nämlich geschlossen zur Erlösung und Befreiung aller derjenigen, die bis dahin gelitten haben, und zwar sowohl der einzelnen Menschen, als auch ganzer Völker. Es ist also geschlossen zur Erlösung und Befreiung der ganzen Menschheit.

Ein solcher Fortschritt ist in der Welt noch nie dagewesen.

Es haben sich Wilson und die anderen Staatsmänner in ihren Reden und Aufrufen zwar nicht auf Christus berufen, und sie haben nicht ausdrücklich vom Christentum gesprochen. Aber sie haben im Geiste des Christentums gehandelt, denn Christus ist gerade für die Armen und für die Unterdrückten zur Welt gekommen.

Alle diejenigen, die jetzt verlangen, daß Recht und Gerechtigkeit die Welt regieren, stützen sich also auf das uns von Gott selbst verliehene Naturgesetz. Das ist eine gute Grundlage für den weiteren Aufbau der Menschheit. Es weht aus ihr ein göttlicher und christlicher Hauch. Auf dieser Grundlage läßt es sich hübsch und zuverlässig weiter bauen.

Das Naturgesetz verlangt, daß alles, was zueinander gehört, beisammen bleibe. So gehören auch die Polen zusammen, und deshalb müssen sie ebenfalls alle beisammen bleiben, in gleicher Weise, wie die Mitglieder einer Familie, die zueinander gehören, in dieser Familie zusammenleben.

Ein Geistlicher.

Aus Nr. 248 des Postep (Posen)
vom 27. Oktober 1918.

„An die Deutschen in der Provinz Posen!“

So beginnt ein Aufruf von ungefähr 40 Organisationen, Vereinen und alldeutschen sowie Beamten-Gruppchen mit der „Fortschrittlichen Volkspartei“ als Anhängsel, der in der heutigen Nummer der deutschen Zeitungen erscheint. Der Aufruf beweist, daß hier alles „dajcz“ ist, darum könne Punkt 13 Wilsons auf die Ostmarken keine Anwendung finden. „Kopf hoch!“ Noch steht die deutsche Armee in Feindesland! Heil unserer preußisch-deutschen Heimat-provinz, der Provinz Posen!

Glückliche Leute, die sich so schönen Täuschungen hingeben können! Möge ihnen das zur Gesundheit gereichen!

Aus Nr. 245 der Prawda (Posen)
vom 29. Oktober 1918.

Der alldeutsche Aufruf.

Noch vor kurzer Zeit wurde von maßgebender Seite die Erwartung ausgesprochen, daß wir uns jene Zurückhaltung auferlegen, die im Interesse der Ruhe und Sicherheit inmitten der sowieso schon erregten Bevölkerung der „Ostmark“ nötig ist.

Wir haben daher auch auf Artikel und Nachrichten verzichtet, die die öffentliche Ordnung stören könnten.

Die polnische Bevölkerung hat seit so langer Zeit so viele Unterdrückungen, Schikanen und Verbote mit Ruhe ertragen, weil sie glaubt, daß der liebe Gott selbst in gerechter Weise die Handlungen beurteilen wird, die der modernen Kultur und des Christentums nicht würdig sind und zu den freiheitlichen Strömungen im demokratischen Deutschland nicht passen.

Das polnische Volk betrachtet mit Ruhe das Toben der Alldeutschen, die das Ende ihrer Herrschaft im Deutschen Reiche vor sich sehen. Selbst die flammendsten Proteste gegen uns, die nur die alldeutsche Ohnmacht bestätigen, werden nicht helfen. Der Vertreter

der neuen demokratischen Regierung Deutschlands, der Staatssekretär des Außern Dr. Solk, hat ausdrücklich gesagt, daß das demokratische Deutschland den aufrichtigen Wunsch habe, mit dem polnischen Volke in Frieden und Freundschaft zu leben, und daß die deutsche Regierung die polnische Frage nach den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit regeln werde.

Um die Pläne der Regierung zu durchkreuzen und die Bestrebungen der neuen Regierung zu vereiteln, haben die Alldeutschen einen Aufruf erlassen, der in der Sonntagsnummer der hiesigen deutschen Blätter veröffentlicht wurde. Der Aufruf richtet sich äußerlich gegen den Aufruf, den wir infolge Verbots des Generalkommandos nicht veröffentlichen durften. Tatsächlich wendet er sich aber gegen die Ausführungen Solks und gegen die deutsche Regierung, die von beiden Parteien verlangt, Ruhe zu halten.

Die Hakatisten möchten durch solche Aufrufe die polnische Bevölkerung aus dem Gleichgewicht bringen; aber dazu wird es nicht kommen.

Die polnische Bevölkerung weiß, daß ihr Schicksal in Gottes Hand ruht; die an den Haaren herbeigezogene Statistik ist aber vom Prälaten Herrn Sychel hinreichend kritisiert worden.

Wir fühlen uns jedoch verpflichtet, die maßgebenden Faktoren, die sonst so wachsam zu sein pflegen, auf diese aufwiegende und den Frieden störende Arbeit der Alldeutschen aufmerksam zu machen.

Waren denn diese maßgebenden Kreise in diesem Falle weniger wachsam, so daß sie nicht gemerkt haben, was vorgeht?

Wir unsrerseits sind sicher, daß die polnische Bevölkerung sich zu Gewalttaten nicht hinreißen läßt. Sie hat so viele Stürme ausgehalten und wird auch dieses Toben des Hakatismus aushalten, dem die Macht aus den Händen entgleitet.

Gottes Mühlen mahlen langsam, aber gerecht. In seine Hand legt das polnische Volk sein Schicksal und vertraut ganz allein auf ihn.

Aus Nr. 249 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Oktober 1918.

An den Aufruf des Ostmarkenvereins

knüpft das Blatt folgende Bemerkung:

„Es könnte scheinen, daß gerade die Hakatisten im gegenwärtigen Augenblick stillstehen und den Mund halten müßten; denn gerade der Hakatismus steht heute am Pranger der moralischen Meinung Deutschlands und der ganzen Welt. Aber den gegenwärtigen Bankrotteuren der polenfreßerischen Politik hat es niemals an Dreistigkeit gefehlt; kein Wunder also, daß sie auch jetzt noch die Kühnheit besitzen, das Publikum mit den Auslassungen ihres widerwärtigen, von der gesitteten Menschheit verurteilten Geistes des Hasses und der Rechtswidrigkeit zu befallen.“

Wir halten es für eine Herabsetzung unserer Würde, uns mit dem hakatistischen Geschreibsel zu befassen. Es reicht hin, auf die krasse Lüge hinzuweisen, daß das polnische Land nicht mittels des Schwertes, sondern mittels des Pfluges erobert worden sei. Die Geschichte lehrt, daß man mittels des Schwertes der Übermacht diesen Boden fortgenommen und daß man das Symbol der friedlichen Arbeit, den Pflug, zum Werkzeug der Gewalt umgewandelt hat. Mittels des Pfluges hat man dann fremden Besitz umgepflügt, hunderttausende von beeinträchtigten Kindern dieses Landes Tränen erpressend, und mittels des Pfluges, der von der feindlichen Hand der Ansiedlungskommission und der Enteignung geführt wurde, hat man das polnische Volk aus seinen uralten Wohnsitzen ausgerottet und es zu einem Wanderleben und zum Mißhandeltwerden in fremdem Dienst gezwungen.

Es schadet nichts, daß die Hafatisten in ihrer Verblendung gegenwärtig frech ihr Haupt erheben. Ihre Äußerung wird vor dem Urteil der Geschichte als klassisches Zeugnis der nationalistischen Entartung angesehen werden, die dem preussischen System ein so ausgeprägtes Brandmal aufgedrückt hat. Der Hafatismus will zwar noch heißen und zerren, er ist aber in diesem Augenblick für uns eine unschätzbare, weil lebendige Versinnbildlichung der Epoche der Bedrückung, die wir anklagen und der die Völker der Welt heute ein Ende zu machen entschlossen sind."

Aus Nr. 245 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 29. Oktober 1918.

Nach Wiedergabe der vom Ostmarkenverein in Posen gefaßten Beschlüsse und dessen Depesche an den Reichskanzler schreibt das Blatt:

Es ist nicht wahr, daß die polnischen Gebiete deutsches Land seien.

Alle Depeschen und Beschlüsse des „Ostmarkenvereins“ werden dies nicht ändern.

Die Friedenskonferenz wird derartiges nicht beachten. Die polnische Bevölkerung hat bereits ihren Willen geäußert — und wird ihn äußern, so oft dies nötig sein wird.

Achtung, polnisches Volk! Am 4. Dezember 1918 soll eine Volkszählung stattfinden.

Es ist darauf zu achten, daß man keinen von euch anders einträgt, als nur als Polen. Macht selbst die Eintragungen, indem ihr entschieden Aushändigung der Zählkarten fordert!

Aus Nr. 244 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 25. Oktober 1918.

Der Reichskanzler und der deutsche Reichstag versichern der Welt gegenüber, daß sie im Begriff sind, in Deutschland Ordnung zu schaffen und Frau Gerechtigkeit auf das Sofa im deutschen Salon zu setzen; die alte Herrschaft sei bereits hinter der Tür. Wir Polen haben diesen Wechsel noch nicht bemerkt. Vielleicht liegt es daran, daß es von Berlin bis zu uns sehr weit ist und die zärtlichen Worte von dem scharfen Winde, der bei uns gewöhnlich weht, gedämpft werden.

Es besteht noch eine Möglichkeit. Der Herr Reichskanzler weiß vielleicht gar nicht, daß in den Ostprovinzen Preußens Polen wohnen, die die Gerechtigkeit, von der man so viel spricht, gern sehen möchten. Es wird ihm so oft versichert, daß in den „Ostmarken“ nur Deutsche wohnen, daß er dies offenbar glaubt. Widrigenfalls müßte man ihn gewisser Lückenhaftigkeit in seinen Schlußfolgerungen zeihen. Aber er denkt augenscheinlich, daß man, wenn es in Preußen keine Polen gäbe, von ihnen auch nicht schreiben dürfe, wenn Wilson auch behauptet, daß sie da sind und daß ihnen gewisse Rechte gebühren. Deshalb bleibt das Verbot der Militärbehörden in Kraft, daß über die Polen in Verbindung mit dem Programm Wilsons nicht geschrieben werden darf. Darüber hat Herr Redakteur Bojzwiniski namens der polnischen Redakteure beim Reichskanzler Beschwerde geführt, und der Reichskanzler erwiderte ihm, daß er die Sache dem Herrn Kriegsminister übergeben habe; also wieder der Militärbehörde. Ein schöner Trost für uns!

Die Sache ist sehr wichtig. Es handelt sich weniger darum, welche Grenzen Herr Präsident Wilson Polen geben will, denn der Lauf der Ereignisse hängt heute nicht mehr von uns ab und niemand wird ihn aufhalten können, als vielmehr darum, unser neues Verhältnis zur deutschen Bevölkerung, mit der wir

zusammen leben müssen, zu regeln. Denn daran zweifelt doch wohl kein vernünftiger Mensch mehr, daß in diesem Verhältnis unbedingt eine Änderung eintreten muß. Unserer Meinung nach ist es über alle Maßen erwünscht, diese Sache beizeiten zu überlegen, denn der Tag der „Verbrüderung der Völker“ ist nicht mehr fern, und wie könnte man unter den bisherigen Verhältnissen an eine polnisch-deutsche Brüderlichkeit denken!

Unter diesen Umständen ist das Verbot politisch, unglücklich, und läßt sich mit den Grundsätzen, die, wie man sagt, von nun an in Deutschland bindende Kraft haben sollen, nicht vereinbaren.

Aus Nr. 244 der Prawda (Posen)
vom 27. Oktober 1918.

In diesen überaus ernsten Zeiten, wo alle unangenehmen Erinnerungen begraben werden müßten, bemühe sich der Posener Hafatist Ginschel geradezu Empörung, Ärger und Entrüstung hervorzurufen. Entsprechend der von maßgebender Stelle erfolgten Aufforderung, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, tue die „Prawda“, was in ihrer Macht liege, aber die ständigen Beleidigungen dieses Menschen erschöpfen auch eine Engelsgeduld. Während den Polen der Mund geschlossen werde, dürfe so ein Hafatist alles tun. Das Blatt müsse gegen diese Willkür des „Posener Tagblatts“ auf das feierlichste protestieren und fordere, daß in diesem Landesteil nicht mit zweierlei Maß gemessen werde. Die Geduld der Polen sei erschöpft, der Kelch zum Überlaufen voll, und jeder Tropfen könne Folgen hervorrufen, die Ginschel zu verantworten nicht imstande sein werde.

Aus Nr. 249 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Oktober 1918.

Warnung.

Wir erhalten das nachstehende Schreiben:

Das Eisenbahnamt in Dirschau, die Fabrik P. A. Muscate, die Fabrik Kriesel, die Dirschauer Mühlenwerke sowie verschiedene andere Firmen und Privatpersonen im Kreise Dirschau zwingen ihre Arbeiter, eine Liste zu unterschreiben, in der der „eigene freie Willen“ zum Ausdruck gebracht wird, daß man zu Preußen beziehungsweise zum Deutschen Reiche gehören und Polen nicht zugeteilt sein wolle.

Wer diese Liste nicht unterschreiben will, dem droht man mit Entlassung aus der Arbeit und mit dem Schießen in den Schützengraben.

Viele Personen haben in ihrer Unaufgeklärtheit diese Liste mehrere Male unterschrieben, ohne absolut zu wissen, um was es sich handelte. Eine solche Praxis von deutscher Seite her wundert uns eigentlich nicht, da wir es im Lande der „Gerechtigkeit“ nicht anders gewöhnt sind.

Unser Volk wird nur gewarnt, sich durch solche Spren der H.-N.-L.-Brüder fangen zu lassen, die dann vor der ganzen Welt sagen möchten: „Seht, so und so viele Deutsche gibt es in Westpreußen usw., die Deutsche bleiben wollen!“

Gegen solche Machinationen der preussischen Brotgeber protestieren wir auf das energischste, und wir fordern das polnische Volk auf, sich solchen und ähnlichen Gewalttätigkeiten entschieden zu widersetzen.

Wer auf derartige Weise gezwungen wurde, der möge sich sofort bei den Vertrauensmännern melden, damit man die schändliche Hinterlist solcher Brotgeber entsprechend brandmarken könnte.

Das Wahlkomitee für den Kreis Dirschau.

Aus Nr. 249 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Oktober 1918.

Zum Rücktritt Ludendorffs.

..... „Ludendorff, dieser Halbgott des preussischen Militarismus, der Held, der von den Alldeutschen bis in den Himmel erhoben wurde, der Liebling und Vertrauensmann der Hatzisten — tritt in dem Augenblick zurück, wo seine großen Siegerpläne zerschmettert niedersanken. In den vier Jahren des Krieges war General Ludendorff der tatsächliche Diktator Deutschlands. Er beschränkte sich keineswegs auf das Bereich der rein militärischen Angelegenheiten. Seine Gewalt reichte weit über die Tätigkeit des Generalstabes hinaus. Sie umfaßte mittel- oder unmittelbar die ganze innere Politik Deutschlands, die wirtschaftliche Organisation des Landes, die Verwaltung der besetzten Gebiete, die innerpolitischen Angelegenheiten, das Verhältnis Deutschlands zu den Bundesgenossen und zu den unterjochten Völkern. Ludendorff ging darauf aus, die Rolle Bismarcks in vergrößertem Format zu spielen. Nicht ohne Grund bezeichnete man ihn mehrfach als den künftigen Reichskanzler. Im Geiste Bismarcks ließ sich Ludendorff auch überall von den Grundsätzen der Macht und einer Eroberungssucht leiten, die danach strebte, die Welt zu beherrschen. Den Polen gegenüber zeigte der frühere Gehilfe Hindenburgs auf jedem Schritt eine geradezu feindliche Gesinnung; er gab hier vollständig den nichtswürdigen hatzistischen Einflüsterungen nach, da er selbst ein Mitglied der Bruderschaft von den drei Buchstaben war.

Neuerdings wurde gerade dank dem Abgeordneten Korsanty ein Telegramm Ludendorffs an den Staatssekretär von Hinzpfe an den Tag gezogen, das die annexionistischen Ansprüche dieses preussischen Erzmilitaristen hinsichtlich Polens von neuem beweist.

Heut stürzte der Mann, der vor kurzem noch auf dem Gipfel der Macht stand. Zweifellos mit militärischem Talent begabt und von ungezügelter Ehrgeiz getrieben, streckte der gewesene Generalquartiermeister die Hände nach einem immer weiteren Gebiet der Macht und Gewalt aus. Er meinte, durch die Vorführung dazu berufen zu sein, die Welt auf den Grundsätzen der Macht und des autokratischen-militärischen Wahrspruches umzugestalten. Zu wahrer Größe fehlte es Ludendorff an Gefühl für das Maß und an Urteil für die Grenzen der eigenen Fähigkeiten, vor allem aber an Achtung vor den Geboten der politischen Moral und Gerechtigkeit. Daher mußte die Nemesis früher oder später sein Werk vernichten, das nach außen hin glänzte, aber leer und gebrechlich war, da es sich nur auf die materielle Macht aufbaute.

Die Tatsache, daß Ludendorff gefallen ist, wird überall als Symbol des Falls und des Bankrotts der alldeutschen Weltanschauung und des preussischen Militarismus begrüßt werden.

Der Rücktritt Ludendorffs hängt unmittelbar mit den Verfassungsänderungen zusammen, die der Reichstag am Sonnabend beschlossen hat. Diese Änderungen enthalten die Unterordnung der ganzen militärischen Gewalt unter die verantwortliche parlamentarische Regierung.

Hindenburg hat sich damit abgefunden, und er blieb im Amte. Der unruhige, nach Herrschaft lüsterne Ludendorff mußte vom Schauplatz abtreten. Bis zum letzten Augenblick spielte das alldeutsch-konservative Lager mit dem Gedanken, diese ganze, ihr so verhasste demokratische Ordnung mit Hilfe einer militärischen Gegenrevolution zu stürzen. Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ stellt diese Gefahr als sehr ernst hin, und er verweist auf die geschickte demagogische Agitation der reaktionären Kreise, die nach diesem Ziele strebe. Aber die Energie und die Solidarität der am Steuer befindlichen demokratischen Elemente haben dieser

Propaganda das Genick gebrochen. Die Konservativen gaben ihre Sache verloren, und sie gaben sich während der Beratungen am Sonnabend über die Änderung der Verfassung bereits mit einem schwachen Protest zufrieden. Überhaupt hatte diese ganze Sitzung, in welcher das System des preussischen Militarismus begraben wurde, das seit 200 Jahren Europa bedrohte, einen so ruhigen und nüchternen Verlauf, daß der äußere Zuschauer nicht wahrgenommen haben würde, wie es sich hier um eine Entscheidung von größter Tragweite handelte....

.... „Ob die Koalition diese Änderungen als ausreichend erachtet, ob sie vor allem damit einverstanden sein wird, daß Kaiser Wilhelm II. auf dem Throne verbleibe, das ist eine andere Frage. In nächster Zeit werden wir erfahren, unter welchen Bedingungen die oberste Heeresleitung der Koalition bereit sein wird, die deutsche Bitte um Waffenstillstand anzunehmen. Wenn nicht alles trügt, so geht der Krieg mit Riesenschritten seinem Ende entgegen.

Dziennik Poznański vom gleichen Tage:

General Ludendorff war im Laufe des Krieges der tatsächliche Diktator Deutschlands. Was sein Wille bedeutete, davon konnten sich am besten alle die aktivistischen polnischen Politiker überzeugen, die bei Verhandlungen mit der deutschen Regierung Gelegenheit hatten, auf seinen Widerstand zu stoßen. Der ungewöhnlich interessante Telegrammaustausch mit dem Staatssekretär von Hinzpfe, den der Abgeordnete Korsanty vor einigen Tagen im Reichstage ans Licht gezogen hat, hat von neuem gezeigt, in welcher Weise General Ludendorff sich die Lösung Polens vorgestellt hat. Ebenso, wie er in dieser Sache der Vertreter eroberungslüchtiger alldeutscher Forderungen gewesen ist, so hat sich das auch überall in diesem Sinne bemerkbar gemacht, wo er Einfluß ausüben konnte. Im Lager der Nationalisten wurde er der gepriesene Götze.

Er ist in dem Augenblick zurückgetreten, in welchem die vom Reichstage angenommenen Verfassungsänderungen den diktatorischen Einfluß der militärischen Behörden definitiv brechen sollten. Ludendorffs Fall wird untrüglich auch im Auslande großen Eindruck machen. Ob der Präsident, der die Beilegung der bisherigen Herrscher Deutschlands gefordert hat, den Rücktritt nur dieses Mannes als ausreichend betrachten wird, das dürfte bereits eine nicht ferne Zukunft zeigen.

Gazeta Narodowa (Posen) Nr. 249
vom 29. Oktober 1918.

Ludendorff war unbestreitbar ein starker, aber zugleich rücksichtsloser Charakter, wofür man eine ganze Reihe von Beispielen anführen kann. Einen derselben hat der Abg. Korsanty in seiner neulichen Rede vorgetragen. Es handelte sich um die staatliche Zugehörigkeit Wilnas. Zwar war Wilna bereits Litauern zugesprochen worden, da sich aber die Umstände anders gestalteten, meinte General Ludendorff, man müsse einen Konflikt mit Litauern hervorrufen und dann das gegebene Versprechen zurückziehen. Im Vergleich mit den weiteren Tatsachen ist das nur eine geringfügige Episode, die nichtsdestoweniger beredt von der Rücksichtslosigkeit des Planenden zeugt. Der Friede in Brest-Litowsk sollte auf der Grundlage der Friedensentschließung des Reichstages geschlossen werden, und Staatssekretär Kühlmann wollte sich auch anfangs scheinbar danach richten; aber die Militärpartei mit General L. an der Spitze widersetzte sich dem entschieden und diktierte Rußland schwere Bedingungen, es schließlich zu deren Annahme zwingend. Ähnlich verhielt sich die Sache mit Rumänien. Verschiedene Leute behaupten jedoch entschieden, daß man im Jahre 1917 auf der Grund-

lage der Friedensentschließung des Reichstages hätte eine Verständigung zwischen Deutschland und der Koalition herbeiführen können, wenn die Militärpartei nicht gehezt hätte. Ebenso war L. ein entschiedener Anhänger des uneingeschränkten U-Bootskrieges, und er bestand im Gegensatz zu Bethmann Hollweg entschieden auf der Sicherung der belgischen Küste. Mit den deutschen Staatsmännern spielte L. wie mit Bällen; auf sein Betreiben trat der zu wenig annexionistische Bethmann Hollweg zurück, ferner Staatssekretär von Kühlmann, der nicht an den entscheidenden Sieg des Schwertes glaubte, ferner auch der Chef des Zivilkabinetts, von Valentini.

Zuletzt mußte auch Graf Hertling auf die Vorstellung des Generals Ludendorff hin gehen; aber in diesem Falle handelte es sich ihm um die Bildung einer neuen Regierung für Waffenstillstandsverhandlungen. General L. soll selbst erklärt haben, die Fortsetzung des Kampfes sei zwecklos, und man müsse durchaus nach Frieden streben. Dieser Forderung geschah genüge; als aber Verhandlungen angeknüpft wurden und die Demokratisierung Deutschlands immer weitere Kreise zu ziehen begann, da wandte sich die Militärpartei mit L. an der Spitze in den letzten Tagen wiederum der Propaganda für den Kampf bis aufs äußerste zu, dadurch das Mißtrauen Wilsons und der Koalition gegenüber den Friedensvorschlägen der Deutschen Regierung weckend. Letztere setzte sich angesichts dessen mit Ludendorff auseinander, und die Folge war dessen Rücktritt."

Wielkopolanin (Posen) vom gleichen Tag schreibt u. a.:

...„Der fast unbeschränkte Diktator, der Mann, der noch bis vor kurzem seines und Deutschlands Sieges sicher war, der Sieger über eine ganze Reihe hervorragender deutscher Politiker, der Anhänger der Annexionspolitik, der Liebling der Alldeutschen, der für den Krieg arbeitenden Großindustrie, der Annexionisten und Statisten aller Art tritt von seiner bisherigen Stellung zurück.

Lange frevelte an den Schafen der Wolf, bis er endlich selbst daran glauben mußte."

Aus Nr. 246 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 25. Oktober 1918.

Wir erhalten die Mitteilung, daß die
„Gazeta Gdanska“

auf Anordnung des Danziger Generalkommandos hin seit gestern der Zensur unterliegt.

Aus Nr. 241 der Prawda (Posen)
vom 24. Oktober 1918.

Der „Prawda“ zufolge laufen Gerüchte in der Stadt um, daß die Regierung die Bankdepotiten oder Reservefonds zu beschlagnahmen beabsichtige. Das Blatt meint, die deutschen Blätter bestritten zwar diese Absicht, doch seinerseits bemerke es, daß im Staate der „Gottesfurcht“ alles möglich sei.

Aus Nr. 248 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. Oktober 1918.

G n e s e n . Der Verein der Kriegsbeschädigten für Gnesen und Umgegend

veranstaltet am 27. d. Mts. 1 Uhr mittags im Hotel Europa eine außerordentliche Generalversammlung, zu welcher die Mitglieder und Gönner des Vereins er-

gebenst eingeladen werden. Der Verein der Kriegsbeschädigten bildete sich hier am 9. Dezember 1917. Die Gnesener Polizei hat uns im Auftrage des Stettiner Generalkommandos im Laufe von 10 Monaten keine einzige Versammlung gestattet. Der Verein zählt gegenwärtig über 70 Mitglieder und hatte bereits einen Prozeß vor dem Kriegsgericht in Bromberg, woselbst er von Schuld und Strafe freigesprochen wurde. Ungeachtet der Neuorientierung gestattete man nur die Erörterung unserer wirtschaftlichen Angelegenheiten und Forderungen unter Ausschluß politischer Fragen.

Aus Nr. 246 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25. Oktober 1918.

Eine verbotene Sokolversammlung in Gnesen.

Man schreibt uns:

„Die für Dienstag, den 22. d. Mts., 5 Uhr nachmittags angesagte Versammlung des Gnesener Sokolvereins hat die Polizei verboten, indem sie sich auf einen Auftrag des stellv. General-Kdos. II. A.-R. berief. Die zahlreich versammelte Kameradenschar des Gnesener Sokol, in welchem die Arbeit seit Beginn des Krieges eingestellt worden ist, mußte leider auseinandergehen, nachdem sie lediglich das Verbot der Militärbehörden zur Kenntnis genommen hatte, die ungeachtet aller politischen Umgestaltungen wie früher mit kräftiger Hand ihres Amtes walteten. Die Sokol-Kameradschaft und die Gäste verließen ruhig den Saal in der tiefen Überzeugung, daß bald der Augenblick der Freiheit für den Sokol eintreten werde. Anlässlich des Verbots wurde an den Kanzler und an den Verband der Sokols im deutschen Reiche ein Protest gerichtet.

Es ist das eine hübsche Illustration der demokratischen Freiheit im parlamentarischen System Deutschlands.

Nr. 349 des Głos (Warschau)
vom 24. Oktober 1918.

schreibt über die künftige Ordnung der Verhältnisse im Posenschen u. a. folgendes: „Man muß darüber Verhandlungen beginnen bezüglich der Verteilung der in Posen bestehenden Gymnasien unter Polen und Deutsche, wobei man unter anderem auch auf die historischen Traditionen Rücksicht nehmen muß. Das Mariengymnasium in Posen, das älteste, sollte sofort in ein polnisches umgewandelt werden... Unumgänglich notwendig ist auch die Eröffnung einer polnischen Universität in Posen... Die Organisation derselben sollte die jagiellonische Universität übernehmen... Das Posensche... überragt die anderen Teilungsanteile durch das hervorragende (ganz Deutschland gemeinsame) Versicherungswesen für die arbeitenden Klassen. Der Posensche Arbeiter solle in dieser Beziehung nichts verlieren, der Warschauer Lubliner und Petrikauer muß diese Vorteile erringen... Eine zweite kulturelle Errungenschaft des Posenschen ist die hervorragende Organisation des Volkskredits. Man müßte unsere Brüder aus dem Posenschen darum bitten, diese Organisation auf das ganze vereinigte Polen auszudehnen... Das dritte Merkmal der Überlegenheit des Posenschen ist die Landwirtschaft. Schon zur Zeit des unabhängigen Polens schritt Großpolen in dieser Beziehung an der Spitze, und die Unterschiede gegenüber den anderen Teilungsanteilen haben sich seit der Zeit bedeutend vergrößert, als der preußische Gebietsanteil auf Grund der Agrarzölle den Weg sehr intensiver Landwirtschaft beschritt im Gegensatz zum Kongreß-Königreich, das durch die billige

Produktion der russischen Landwirtschaft überschwemmt worden ist. Die Posenischen Landsleute müssen unsere Lehrer in der Landwirtschaft sein... Die Posenische Geistlichkeit, die beinahe ohne Konkurrenz die Führung bei der sozialen Tätigkeit in der Hand hat, besitzt mehr Erfahrung und bürgerlichen Sinn wie die unsere. Es wäre sehr erwünscht und würde auch unseren historischen Traditionen entsprechen, wenn die Primaswürde für die Gnesen-Posenschen Erzbischöfe erneuert würde. Das Posenische wird sich in vieler Beziehung durch seinen Konservatismus, vielleicht sogar Reaktivismus kennzeichnen. Reichtum an Gedanken, Ideen und Talenten wird es uns nicht geben. Dagegen wird es uns ein Beispiel sein für Ehrfurcht vor dem Gesetz, Ordnungssinn, Gewissenhaftigkeit und Disziplin. Es wird der beste Hemmschuh gegen die Anarchie sein."

(Aus Nr. 272 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Oktober 1918.)

Aus Nr. 122 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 19. Oktober 1918.

Die Zeiten haben sich in einer wunderbaren Weise geändert.

Man reibt sich heute die Augen und fragt: „Ist denn die Auferstehung Polens, die jetzt naht, nicht ein schöner Traum und ein Phantom?“

Unsere Leser werden wohl die Beobachtung gemacht haben, daß die „Gazeta Grudziadzka“ mit ihren Behauptungen während des ganzen Krieges sehr zurückhaltend war. Aber heute darf eure „Gazeta Grudziadzka“ schon mit Ruhe erklären, daß, soweit die menschliche Berechnung reicht, die Stunde der Auferstehung durch Gottes Fügung für ganz Polen gekommen ist. Wer daran etwa noch zweifeln möchte, der braucht sich nur das Lamento anzuhören, das jetzt die hakatistischen Blätter erheben. Diese Blätter beklagen sich nämlich jetzt schon u. a. darüber, daß die Polen so raubisch geworden seien.

So hat z. B. in den letzten Tagen das erz-hakatistische „Posener Tageblatt“ einen geradezu lächerlichen Artikel über Polen veröffentlicht, in dem es u. a. nachzuweisen sucht, daß die 14 Punkte, aus denen sich die Friedensbedingungen Wilsons zusammensetzten, sich gar nicht auf die polnischen Gebiete der preussischen Monarchie und ebenso wenig auf die Polen beziehen könnten, die in diesen Ländern wohnten. Das „Posener Tageblatt“ beschwert sich dabei über die Raubsucht der Polen, die dem polnischen Staate nicht nur Litauen, Weißrußland, die Ukraine und die Länder diesseits der Elbe usw., sondern auch Westpreußen, das Großherzogtum Posen und Schlesien einverleiben wollten.

Wir haben nicht die Absicht, mit dem „Posener Tageblatt“ über alle diese Fragen zu diskutieren. Eine solche Diskussion überlassen wir dem Reichszkanzler. Wir möchten aber dem „Posener Tageblatt“ hier nur die eine Frage vorlegen: Sind denn die polnischen Länder des preussischen Anteils nicht etwa die Wiege des Polentums gewesen? Waren denn Gnesen und Posen nicht Residenzen der ersten polnischen Könige? Sind also diese Länder nicht ur-polnisch? Ebenso haben auch unsere Brüder in Schlesien und in der Raskubei stets treu und mutig an ihrem Polentum festgehalten.

Die Zeiten haben sich jetzt wirklich in einer wunderbaren Weise geändert. Dieselben Hakatisten, die unlängst noch ihre gierige Hand nach neuen Gebieten Polens weit bis jenseits des Narew und der Warthe ausstreckten und die das Becken von Dombrowa sowie andere Teile Kujawiens annectieren

wollten, suchen heute nur noch die polnischen Länder des preussischen Anteils für sich zu retten.

Es geht in dieser Welt wahrlich recht wunderbar zu.

Wenn sich jedoch das „Posener Tageblatt“ über die Raubsucht der Polen beklagt, so kann es sich in dieser Beziehung beruhigen. Denn die Polen werden niemals die Hand nach etwas ausstrecken, was ihnen nicht rechtmäßig zusteht. Sie sind doch keine Hakatisten und keine Alldeutschen, die bis dahin stets behaupteten, daß da, wo auch nur ein einziger Deutscher wohne, deutsches Land sei und die das Königreich Polen wie einen Sklaven an Händen und Füßen binden wollten. Die Polen verlangten stets nur das, was ihnen rechtmäßig zukommt. Sie wollen also auch heute nur das haben, was ihnen bereits die deutsche Regierung zugestanden hat.

Das „Posener Tageblatt“ macht sich aber durch sein Geschreibsel geradezu lächerlich, wenn es weiter pathetisch ausruft, es werde sich jetzt herausstellen, ob die Polen Landesverräter seien oder nicht und ob die bisherige Unterdrückung der Polen durch Ausnahmegesetze und durch antipolnische Maßnahmen berechtigt gewesen sei. Ein solches Geschreibsel der hakatistischen Blätter wird auf die Polen keinen Eindruck machen. Denn die Polen im preussischen Teilgebiet sind doch wirklich Polen! — Sie wurden nur mit Gewalt dem preussischen Staate einverleibt. Sie haben aber dabei niemals aufgehört, Polen zu sein. In ähnlicher Weise bleibt auch ein edles Pferd immer noch ein Pferd, selbst wenn man es in einen Viehstall gebracht hätte.

Die Polen geben sich aber andererseits auch Rechenschaft davon, daß sie gegenwärtig noch dem preussischen Staate angehören und daß sie deswegen immer noch an die Gesetze dieses Staates gebunden sind. Sie haben ja während des ganzen Krieges nichts getan, wofür sie auf Grund dieser Gesetze von irgend jemandem abgeurteilt und bestraft werden könnten. Sie werden also auch jetzt noch alles vermeiden, was gegen die Gesetze verstoßen würde, die in diesem Staate bindend sind. Die Hakatisten und die Alldeutschen können somit in dieser Hinsicht vollständig beruhigt sein.

Die „Gazeta Grudziadzka“ hat Euch, liebe Leser, schon beim Beginn dieses Krieges gemahnt, das Gleichgewicht zu bewahren und jede Tat zu unterlassen, die Euch auf die Anklagebank, sei es der Kriegsgerichte oder der Gerichte überhaupt, bringen könnte. Ebenso erhebt die „Gazeta Grudziadzka“ auch heute ihre Stimme, und sie bittet Euch flehentlich, bis ans Ende ruhig und ohne Murren Eure Pflichten als preussische Staatsbürger zu erfüllen und alle Handlungen zu unterlassen, aus denen man einen Strick für Euch drehen könnte.

Vor allem mahnen wir Euch auch heute, fremde Personen zu meiden, die, Euch selbst unbekannt, als Aufwiegler zu Euch kommen sollten, um Euch ebenso wie am Anfange des Krieges in Versuchung zu führen und zu unüberlegten Handlungen zu verleiten. Es liegt nämlich die Befürchtung nahe, daß die Hakatisten Spitzel, Geheimagenten und Agents Provokateurs zu Euch schicken werden, um Euch in die Falle zu locken.

Wir warnen euch also noch einmal: Seid auf der Hut, bewahrt Eure Ruhe und seid vernünftig!

Wir wollen alle doch nur auf Gott vertrauen, der es jetzt in einer so deutlichen Weise geoffenbart hat, daß er das polnische Volk in seine Obhut genommen hat, und wir wollen dabei mit Ruhe das Ende abwarten.

Durch Gottes Fügung hat nämlich jetzt für Polen die Stunde der Erlösung geschlagen.

Aus Nr. 244 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 21. Oktober 1918.

Eintracht und aufrichtige Liebe tun uns not.

Die „Gazeta Grudziödzka“ schreibt:

„Endlich nach einem Kampfe, der länger als vier Jahre gedauert hat, der Friede. Er wird in allen Staaten zweifellos große Umwälzungen herbeiführen.

Für Polen hat jetzt die Stunde der Erlösung geschlagen. Denn unter den Friedensbedingungen Wilsons befindet sich auch die Forderung, daß ein freies, unabhängiges und vereinigtes Polen wiederhergestellt werden soll. Und die deutsche Regierung hat diese Forderung ebenfalls als die Grundlage der Friedensverhandlungen anerkannt.

Die Zukunft Polens wird also in einer Friedenskonferenz entschieden werden, an der sich ebenfalls die Vertreter Polens beteiligen werden.

Gottes Vorsehung hat somit unsere Wege geleitet. Und wir haben zu der Gerechtigkeit Gottes das Vertrauen, daß sie uns auch fernerhin beistehen wird.

Da wir aber von diesem Glauben befeelt sind, so können wir nicht umhin, die Polen jetzt daran zu mahnen, in Eintracht miteinander zu leben, alle Streitigkeiten zu vermeiden und etwaige gegenseitige Anklagen und Verdammungsurteile aus Anlaß der sogenannten politischen Orientierungen in Polen zu unterlassen. Denn diese Orientierung hat ja bei uns — bald zu unseren Gunsten und bald zu unserem Nachteil — stets gewechselt.

Wir sind aber alle Polen, und wir haben auch alle unser Polen von ganzem Herzen geliebt und lieben es ebenso auch heute noch, obwohl wir bemüht waren, es auf verschiedene Weise zu retten und zu verteidigen.

Jetzt naht endlich der Augenblick, wo wir diese Liebe, die wir alle in unserem Herzen tragen, durch Taten in der Weise bestätigen sollen, daß wir alle uns bemühen, unser seit einem ganzen Jahrhundert geknechtetes Vaterland aufzurichten.

Wir wollen deshalb nicht als Feinde gegeneinander auftreten. Denn wir sind doch alle Kinder unserer geliebten gemeinsamen Mutter, unseres polnischen Vaterlandes, für das wir bis zu unserem letzten Blutstropfen gelitten haben.

Möchten also in dieser geschichtlichen Stunde Eintracht und aufrichtige Liebe unter uns allen herrschen!

So weit die „Gazeta Grudziödzka“. Sie hat aber selbst noch bis in die letzte Zeit auf das Heftigste alle diejenigen angegriffen, welche ihre Politik bekämpften. Von Liebe war also in den Artikeln der „Gazeta Grudziödzka“ bis dahin keine Spur. Im Gegenteil, diese Artikel waren nur von Bosheit, Haß und Übermut diktiert. Die „Gazeta Grudziödzka“ schrieb auch in dem Bewußtsein, daß die gegnerische Partei durch Rücksichten auf das öffentliche Wohl und durch — die Zensur ihr gegenüber gebunden war. Denn die Zensur gestattete es ganz einfach nicht, daß gewisse Blätter bekämpft wurden. Jetzt hat aber die Politik der „Gazeta Grudziödzka“ und der ihr verwandten Blätter bankrott gemacht. Da ziemt es sich wohl allen Urhebern der inneren Zwietracht und des Bruderhasses am allerwenigsten, zur Eintracht und zur Liebe zu mahnen. Sie sollten sich jetzt vielmehr an die Brust schlagen und reumütig ihre Schuld bekennen. Sie sollten unsere Volksgemeinschaft demütig um Verzeihung bitten, oder ihr Haupt, wie die Juden, mit Asche bestreuen und dann abwarten, bis unsere Volksgemeinschaft ihnen ihre Sünden verziehen hat. Denn anders könnten in einer solchen Lage nur Verte verfahren, die ein dickes Fell haben.

Aus Nr. 247 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 29. Oktober 1918.

Keine Rücksichten, sondern der Charakter

muß darüber entscheiden, ob sich jemand für eine hervorragende Stellung eignet. Diesen Grundsatz hat man in letzter Zeit bei uns ziemlich genau und mit gutem Erfolg beachtet. Es sind auch Ausnahmen vorgekommen, aber zum Glück nur selten. Diesem Grundsatz verdanken wir es, daß unser öffentliches Leben auf gesunde Grundlagen gestützt war.

In den Verhältnissen, in denen wir leben, war es ein Prüfstein für den Charakter, ob sich jemand, nicht etwa durch schwülstige Redensarten im vertraulichen Kreise, sondern vor allem durch die Tat als Pole bekannte. Das war oft — wenn auch nicht immer — mit gewissen unangenehmen Folgen von deutscher Seite verknüpft, aber die Beobachtung dieses Grundsatzes war durchaus notwendig, denn sonst hätte das Polentum in den national gemischten Gebieten jede Stütze verloren. Ein Pole, der — obgleich unabhängig — nicht mit der Volksgesamtheit zusammen ging, hörte gleichsam auf, ein lebendiges Glied derselben zu sein.

Auf diese bis jetzt toten Glieder unserer Gesamtheit wird man gegenwärtig ein wachsameres Augenmerk richten müssen. Viele von ihnen werden bemüht sein, die Spuren der nicht allzufernen Vergangenheit zu verwischen und sich als eifrigste Patrioten aufzuspielen, denn sie sind der Meinung, daß es jetzt, während Polen das Glück lacht, vorteilhafter sein dürfte, ein polnischer Patriot zu sein. Im Unglück mieden sie jede öffentliche Berührung mit dem Polentum, ähnlich wie der Reiche den armen Verwandten nicht kennt.

Es wäre nicht gut, wenn solche Leute, deren nationaler Charakter sich lange Jahre hindurch nur in negativer Weise geäußert hat, auf einmal zu hohen Ämtern und Würden im neuen Polen zugelassen werden sollten; auch dann, wenn sie die nötigen Fähigkeiten besäßen.

Obige Betrachtungen drängen uns die Mitteilung, des „Dziennik Poznański“ auf, daß sich nämlich Herr Englisch, Direktor der Verbandsbank in Posen, endgültig entschlossen hätte, das Amt des Finanzministers, das ihm die polnische Regierung angeboten hat, anzunehmen. Herr Direktor Englisch hat während seines langjährigen Aufenthalts in Bromberg das polnische öffentliche Leben gemieden. Erst nachdem er die Stellung des Verbandsbank-Direktors — nicht durch Verdienste oder Fähigkeiten auf finanziellem Gebiete, sondern durch Beziehungen, über die zu schreiben heute nicht die rechte Zeit ist — erreicht hatte, fühlte er sich auf einmal als polnischer Patriot und fing an wacker zu arbeiten.

Es ist uns unangenehm, daß wir gegenwärtig diese Angelegenheit zur Sprache bringen müssen, aber wir betrachten es als unsere Pflicht gegenüber der Zukunft unseres Volkes; denn Polen wird nicht nur befähigte, sondern auch vor allem Leute mit Charakter gebrauchen.

Aus Nr. 125 der Gazeta Grudziödzka (Graudenz)
vom 26. Oktober 1918.

Fürst Xaver Druccki-Zubeccki ist gestorben.

Während dieses Krieges ist eine ganze Reihe von Söhnen Polens aus dieser Welt geschieden, die nicht auf dem Schlachtfelde, wo der Weltkrieg tobt, mit dem Schwert in der Hand, sondern mit der geistigen Waffe für die Rechte unseres Vaterlandes gekämpft haben. Ein solcher geistiger und unerschrockener Verfechter der Rechte des polnischen Volkes zurzeit dieses Krieges war der verstorbene Fürst Xaver Druccki-Zubeccki.

Er war ein Anwalt des polnischen Volkes im wahren Sinne dieses Wortes, wurde aber zu seinen Lebzeiten nicht nur von den Freunden, sondern leider auch gar oft von seinen eigenen Landsleuten in einer sehr unangenehmen Weise bekämpft.

Es hat während des Krieges nur wenig Männer bei uns gegeben, die mit einer solchen Anspannung aller ihrer Kräfte, mit einer derartigen Selbstverleugnung und mit einer solchen Ausdauer für die Sache des polnischen Volkes eingetreten sind, wie gerade der verstorbene Fürst Drucki-Lubecki. Es bedurfte wahrlich gar oft der ganzen Zähigkeit seiner litauisch-polnischen Seele, um angesichts der Unannehmlichkeiten und Verdächtigungen, die ihm seitens seiner eigenen Landsleute nicht erspart blieben, die Lust zur weiteren Tätigkeit, für die er keinen Dank erntete, nicht zu verlieren und sich statt dessen der Mühe, die doch viel angenehmer ist, hinzugeben. Die undankbare Arbeit, die große Opferwilligkeit erforderte, konnte dem Verstorbenen tatsächlich zum Ekel werden, denn es hat in unserer Volksgemeinschaft nur wenig Männer gegeben, die in einer so leidenschaftlichen Weise von den Ihrigen bekämpft wurden, wie gerade Fürst Drucki-Lubecki, und zwar hauptsächlich deswegen, weil man ihn nicht recht verstanden hatte und oft sogar nicht verstehen wollte.

Fürst Drucki-Lubecki mag ja gar manchen taktischen Fehler begangen haben, und er hat ihn wohl auch tatsächlich begangen. Denn von solchen Fehlern sind nur solche Leute frei, die überhaupt nichts tun. Wer aber zurzeit des Krieges in der Weise tätig war, wie der verstorbene Fürst, der kann auch solche Fehler ab und zu wirklich begangen haben. Das eine steht jedoch fest, daß die Absichten des Fürsten stets rein waren. Der Fürst war stets bemüht, der Sache seines Vaterlandes zu dienen. Das Endziel aller seiner Bestrebungen war wie bei jedem echten Polen ein großes, unabhängiges und geeinigtes Polen.

Diese Tatsache müssen wir, die wir sehr oft Gelegenheit hatten, die Tätigkeit des Fürsten aus unmittelbarer Nähe zu beobachten, heute, wo der Fürst nicht mehr unter den Lebenden weilt, ganz ausdrücklich unterstreichen, damit die Person des Fürsten in der Geschichte unseres Volkes nicht verdunkelt und entstellt dastehe, damit dem Verstorbenen wenigstens nach seinem Tode kein Unrecht mehr geschehe, und der Fürst, wie er es tatsächlich verdient hat, im Lichte eines echten Sohnes unseres Vaterlandes erscheine, der dieses Vaterland über alles geliebt hat.

Fürst Kaver Drucki-Lubecki war nicht nur ein eifriger Verfechter der Sache des ganzen polnischen Volkes und des ganzen polnischen Vaterlandes, für das er gegen alle diejenigen kämpfte, die Polen zum Sklaven des deutschen Volkes machen wollten, sondern er hat sich in Berlin auch für eine ganze Reihe von Personen aus allen Teilen Polens verwandt. Er suchte offen diesen Personen dadurch zu helfen, daß er persönlich für ihre Rechte eintrat und das ihnen zugefügte Unrecht, wo er nur konnte, abzuwenden bemüht war.

Um der Aufgabe, die er sich in dieser Richtung gestellt hat, zu genügen, arbeitete der Fürst täglich regelmäßig mehrere Stunden. Und er machte, wenn es galt, seinen Landsleuten zu helfen, keinen Unterschied zwischen armen und solchen Personen, die ihm in sozialer Hinsicht näher standen. Er erwies sich ebenso bereitwillig dem einfachen Mann wie einem ihm ebenbürtigen Fürsten gegenüber. Er war überhaupt nicht eingebildet auf seine fürstliche Abstammung, was ja sonst bei Aristokraten oft vorzukommen pflegt. Er stellte sich nicht auf den hohen Rothurn seiner fürstlichen Herkunft, sondern er zeigte sich allen gegenüber als Pole und als ein Bruder, der stets bereit war, allen zu helfen ohne Rücksicht auf den Stand, auf die Ab-

stammung und selbst auf die politische Überzeugung des Hilfesuchenden. Deswegen haben auch seine Hilfe viele, sehr viele Leute in Anspruch genommen, die dem politischen Lager angehörten, von dem er gar oft auf das heftigste bekämpft wurde.

Deswegen sind wir auch überzeugt, daß seine Gegner, wenn sie alle Einzelheiten seiner umfangreichen Tätigkeit gekannt hätten, ihn sicherlich nachsichtiger beurteilt hätten. Dieses Vertrauen haben wir zu dem Gerechtigkeitsinn der Gegner.

Am Grabe des vorzeitig dahingeshiedenen Fürsten trauern also heute nicht nur die nächsten Verwandten des Verstorbenen und vor allem seine hohe Gattin, die ihn bei seiner Tätigkeit stets eifrig unterstützt hat, sondern es wird an seiner Gruft gar manche Träne an Stellen vergossen, wo man es vielleicht gar nicht erwartet hätte. Vor allem trauert aber jetzt ganz Polen, dem er bis zum letzten Augenblick treu gedient hat, wenn er sich auch dabei gar oft vielleicht solcher Mittel bediente, die manchem unverständlich erscheinen mochten. Es ist recht bedauerlich, daß es diesem Verfechter der Sache Polens nicht vergönnt war, das Ergebnis der Bemühungen des polnischen Volkes zu schauen und daß er von dieser Welt gerade in dem Augenblick scheiden mußte, wo sich bereits ein geeinigtes Polen erhebt, das zu schauen sein sehnlichster Wunsch war.

Wir hielten es für unsere Pflicht, dem Verbliebenen diese Worte an seinem Grabe zu widmen.

Möge ihm der allmächtige Gott die ewige Ruhe verleihen, und möge ihm die polnische Erde, die er so geliebt hat, leicht sein!

Seiner hohen Familie aber, und vor allem seiner hohen Gattin, die ihm stets eine treue Lebensgefährtin war und die ihn bei seiner Tätigkeit immer eifrig unterstützt hat, drücken wir hiermit unser tiefempfundenes Beileid aus.

Aus Nr. 10 des Sokół (Posen)
vom Oktober 1918.

Zum 25 jährigen Stiftungsfest.

Fünfundzwanzig Jahre sind seit der Gründung des „Sokół“ vergangen.

Es waren dies Jahre der Mühe und Anstrengung, Jahre eines fast ununterbrochenen Kampfes und eines beständigen edlen Ringens um unsere nationalen Rechte und um die Erhaltung des polnischen Geistes.

Wir haben in diesen Jahren eine Hölle von Prozessen, von Strafen und Verfolgungen seitens der Verwaltungsbehörden durchgemacht. Wir haben in ihnen den Boykott von Übungsfälen und Verbote von öffentlichen Aufführungen und Versammlungen erlebt. Trotzdem haben wir aber das Banner des „Sokół“ nicht verlassen. Wir haben ihm im Gegenteil treu und mit Ausdauer gedient, weil wir uns dessen bewußt waren, daß der „Sokół“ als Vorposten unserer nationalen Wehr den schwersten Angriffen ausgesetzt ist.

Wir haben in diesen fünfundzwanzig Jahren zweifellos auch große und erhabene Tage gehabt. Aber wir haben sie mit Ausnahme unserer letzten Hauptversammlung nicht in Posen verlebt. Wir haben sie nämlich gefeiert, als wir zurzeit unserer Bedrängnis nach Lemberg und nach Krakau zu unseren lieben Brüdern flüchten mußten, denen die Vorsehung alles das erspart hat, das wir auf unserem eigenen Boden zu erdulden hatten. Außerdem haben wir solche Tage gefeiert, als wir bei unserem Brudervolke im goldenen Breg mit Vertretern der ganzen slawischen Welt zusammenkamen. Bei uns selbst durften wir nämlich weder unsere Landsleute von drüben, noch die Vertreter unseres Brudervolkes als Gäste begrüßen.

Man hat ja uns absichtlich von den übrigen Polen abgesperrt, um in uns den polnischen Geist zu ersticken.

Aber die Vorsehung hat es doch anders gewollt. Wir haben nämlich den polnischen Geist aus unseren Herzen nicht bannen lassen. Der „Sokol“ ist im Gegenteil der heiligste Hüter dieses Geistes geblieben. Wir haben ja selbst in den schwersten Zeiten das Lied gesungen:

„O saget es nicht und glaubet es nicht,
Daß unser Vaterland im Grabe ruht!
Wir tragen es lebendig und wir tragen es ganz,
Wir tragen es, Brüder, in unserer Brust!
In unserer Brust ruht Polens Geist und Polens
lebendiger Leib.“

Dieses Lied klang fünfundzwanzig Jahre hindurch nicht nur in unserem Munde, sondern auch in unseren Taten, — es klang in allen Werken des „Sokol“. Wir sangen es auf unseren Marktplätzen, auf unseren Märkten und in unseren polnischen Unterrichtsstunden. Wir haben es ebenso uns selbst, wir unserer Jugend vorgesungen. Wir sangen es als eine Organisation, in der am deutlichsten alles das kristallisiert war, was in der Seele unserer ganzen Volksgemeinschaft ruht, jener Volksgemeinschaft, die im Feuer der schwersten nationalen Heimtuchungen und Erlebnisse gestählt war.

Unser Glaube ist stets unerschütterlich geblieben. Wir trugen ihn immer in unseren Herzen und wir hielten, von ihm beseelt, auch durch — getreu der Weissung, die wir aus dem Munde unseres patriotischen Bischofs in der Burg am Wawel vernommen haben.

Weil wir aber so tapfer gekämpft haben, weil wir den Mut haben niemals sinken lassen, sondern für unsere heilige Sache stets unverzagt eingetreten waren, brauchen wir heute den verhängnisvollen Ruf „Wehe den Besiegten!“ nicht mehr zu hören. Im Gegenteil, wir vernehmen jetzt schon die heilige Losung vom Recht, von der Gerechtigkeit und von der Genugtuung. Diese Losung ertönt heute schon in der ganzen Welt, und sie gilt ebenfalls für Polen, in dessen Dienst wir die ersten Kadres gestellt haben.

In die Tiefen der dunklen Nacht, aus der sie hervorgegangen sind, versinken also heute schon jene fumpfigen Gifte, die uns zu ersticken drohten. Und vor uns erglänzt hell leuchtend die Morgenröte, nach der wir uns so sehr gesehnt, von der wir so oft geträumt haben, und die uns von unseren Sängern schon lange verheißen war. Es ist dies die Morgenröte der Freiheit und der Selbständigkeit Polens.

Das ist also der Lohn für unseren treuen Dienst, für unseren unerschütterlichen Glauben, für ein williges Ertragen aller Verfolgungen und Strafen, sowie für unsere opferwillige Arbeit an der Zukunft Polens. Und dieser Lohn ist wirklich eine heilige Entgeltung. Er ist der größte, den wir uns denken können. Es schwinden nämlich jetzt, wie ein böser Traum, alle unsere Leiden. In Vergessenheit geraten alle unsere schweren Heimtuchungen. Vor uns steht schon lebendig und ganz unser über alles geliebte Polen.

Last uns deshalb jetzt ein Festkleid anlegen! Last uns freudigen Herzens ein Lied anstimmen, das wie ein mächtiges Triumphlied von den Ufern der Ostsee bis an den grauen Ramm der Karpathen erschallen wird. Dieses Lied möge jetzt auch überall an der Warthe, an der Weichsel, am Dniepr und am Niemen die Botschaft verkünden: „Unser Polen ist auferstanden!“

Im gegenwärtigen Augenblick, wo der „Sokol“ sein fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest feiert, stehen wir also an der Schwelle einer neuen Ära nicht nur unserer eigenen Geschichte, sondern auch der Geschichte der ganzen Menschheit. Da müssen wir uns aber auch die Frage vorlegen, ob der „Sokol“ damit seine Auf-

gaben bereits erfüllt hat und ob er jetzt ebenso, wie die Westarmeen, demobilisieren darf?

Es gibt jedoch sicherlich niemanden unter uns, der auch nur einen Augenblick im Zweifel wäre, wie diese Frage zu beantworten sei. Wir sind nämlich alle der Ansicht, daß der „Sokol“ auch weiter noch existieren muß, und daß er als eine Quelle der nationalen, physischen und geistigen Kraft im freien Polen, das auf einer freiheitlichen Grundlage aufgebaut sein wird, sich noch unentbehrlicher erweisen wird, als bis dahin.

Die Arbeit des „Sokol“ ist also noch keineswegs beendet. Es harren seiner noch ganz wichtige Aufgaben. Sie werden sich aber auch auf denselben Pflichtenkreis und auf dieselben Losungen stützen, die uns bis dahin vorangeleuchtet haben. Wir wollen somit an die Erfüllung dieser Aufgaben mit einem Eifer herantreten, der durch die Freiheit, die wir jetzt erlangt haben, hundertfach vermehrt sein wird.

Aus Nr. 246 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 24. Oktober 1918.

Zehn Gebote,

die dem Polen die Pflichten gegenüber dem polnischen Gewerbe und Handel weisen.

1. Du sollst kein fremdes Gewerbe und keinen fremden Handel haben!
2. Setze den Wert des polnischen Handels und Gewerbes nicht herab, sondern baue darauf die bessere Zukunft des Landes!
3. Wenn Du einen Tag des Ausruhens außerhalb der Landesgrenzen verbringst, dann denke an Deine Pflichten gegenüber dem polnischen Handel und Gewerbe!
4. Ehre den polnischen Handel und das polnische Gewerbe!
5. Ertöte den schöpferischen Geist in der Nation nicht durch Deine Gleichgültigkeit!
6. Lege kein Geld in der Entwicklung des fremden Handels und Gewerbes an!
7. Bestiehl Dein Vaterland nicht durch das Kaufen fremder Waren!
8. Du sollst kein falsches Zeugnis über das polnische Gewerbe ablegen, wenn Du es nicht vorher kennen gelernt hast!
9. Liebe alles, was polnisch ist, — begehre nichts Fremdes!
10. Begehre weder Kleider für Dich noch irgend eine andere Sache, die fremder Herkunft ist! Liebe Dein Vaterland aus allen Kräften! Dann wirst Du unter den freien Völkern stehen!

Aus Nr. 245 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. Oktober 1918.

Um die Freiheit des polnischen Arbeiters.

Die polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage haben folgende Entschließung zur Beschlußfassung eingebracht:

„Reichstag wolle beschließen, den Kanzler aufzufordern, daß er den Personen aus dem besetzten Gebiet im Osten die volle Freiheit wiedergebe, die auf Grund des Kriegszustandes als Zivilgefangene oder Arbeiter zurückgehalten worden sind und denen man die Rückkehr in das Vaterland nicht gestattet hat.“

Aus Nr. 246 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 23. Oktober 1918.

„Wiarus Polski“ vertritt die Ansicht, daß zur Bekämpfung der **Bolschewistengefahr in Polen**

die Organisierung des ganzen polnischen Volkes auf nationaler und katholischer Grundlage genüge. Die **polnischen Arbeiter in Westfalen und Rheinland** würden, obwohl sie in der Heimat soziale Verbesserungen forderten, gegebenenfalls auch bereit sein, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, sowie zur Bekämpfung der bolschewistischen Abgesandten eine Wacht zu organisieren.

Aus dem besetzten Gebiet.

Nr. 296 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 26. Oktober 1918

erwidert auf die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Solf im Reichstage: „Das polnische Volk kann es doch nicht vergessen, daß in vielen Gebieten die ethnographischen Verhältnisse durch lange Jahre hindurch zu unseren Ungunsten künstlich geschaffen wurden und daß dies ein Prozeß (wir bedienen uns des Ausdruckes von Dr. Solf) der Vergewaltigung war, den kein unparteiisches internationales Tribunal als mit den Begriffen der Gerechtigkeit und der Billigkeit vereinbar anerkennen kann und der früher oder später durch das neue demokratische Deutschland verurteilt werden muß, wenn das letztere auch für sich den Grundsatz der „Lebensnotwendigkeiten“ retten wollte.... Eben deshalb, weil wir redliche, nachbarliche Beziehungen wünschen, müssen wir jetzt unentwegt danach streben, daß bei der bevorstehenden Weltabrechnung unsere Lebensinteressen nicht verlegt werden, daß der Zustand, der ein gegen die wesentlichste Bedingung unseres nationalen Lebens gerichteter böser Hieb war, keine Sanktion erhalte, daß diejenige territoriale Grundlage, die überall anderweitig als natürlich anerkannt wird, uns nicht entzogen, daß uns die Möglichkeit eines ungehinderten Verkehrs mit der Welt, mit dem von Herrn Solf selbst erwähnten Westen nicht genommen werde. Eine ruhige leidenschaftslose Aufklärung dieser Frage würde gewiß den Beweis erbringen, daß die „polnischen Ansprüche“ entgegen den Vorwürfen des Herrn Solf tatsächlich mit dem Grundsatz in Einklang stehen, daß „nicht neue Elemente von Zwist und Gegnerschaft erzeugt werden dürfen, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt bald wieder stören würden.“ „Indessen trägt eine in der Art von Herrn Roske geführte Diskussion fürwahr zu keiner versöhnlichen Erledigung der Frage bei. Es bleibt somit nur übrig, das Urteil des internationalen Gerichts abzuwarten.“

(Aus Nr. 273 des Warschauer Tagesberichts vom 27. Oktober 1918.)

Nr. 289 der Godzina Polski (Warschau)
vom 22. Oktober 1918

tritt den Ausführungen der „B. Z. am Mittag“ zu den polnischen Forderungen entgegen: „... Eben deshalb, weil es sehr erwünscht ist, daß zwischen dem auferstandenen unabhängigen Polen und dem deutschen Nachbarstaat die besten dauerhaften nachbarlichen Beziehungen herrschen, muß die Frage des auferstandenen polnischen Staats in der Weise erledigt werden, daß die Lösung für lange Jahre hinaus keinen Anlaß zu Störung der guten nachbarlichen Beziehungen gibt.... Und gerade deshalb muß die Möglichkeit einer Irredenta ausgeschlossen werden, indem man das Postulat befriedigt, das heute als das Recht jedes Volkes auf eigene Staatlichkeit innerhalb des eigenen ethnographischen Gebietes formuliert wird.... Das deutsche Volk, indem es den Punkt 13 der friedlichen Postulate des

Präsidenten Wilson billigte, kapitulierte nicht dem Schwert gegenüber. Das deutsche Volk kapitulierte samt der ganzen durch die höllische Krisis erschöpften Welt gegenüber einem gerechten und billigen Grundsatz. Eine derartige Kapitulation kann schmächtig nicht genannt werden.“

(Aus Nr. 269 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Nr. 262 der Gazeta Poranna (Lemberg)
vom 26. Oktober 1918

erwägt, ob die Ententemächte an dem Wiederaufbau Polens ein Interesse haben und ob somit eine dauerhafte Unterlage für die Beziehungen zwischen Polen und der Entente gegeben ist: „.... Solange ein starkes Rußland existierte, hatte die Entente kein Interesse an dem Wiederaufbau eines unabhängigen Polens. In Anbetracht jedoch des Zusammenbruches Rußlands.... erfuhr das Verhältnis der Entente zur polnischen Frage eine Änderung.... Unter den gegebenen Verhältnissen muß für Frankreich die Schaffung eines polnischen Staates anstelle Rußlands (als einer Versicherung im Osten) erwünscht sein.... Ebenfalls hat auch England an der Entstehung eines polnischen Staates lebhaftes Interesse.... Ein wiederhergestelltes gegen die Entente gerichtetes Zartum könnte jene Brücke nach dem Osten bilden, die die asiatischen Interessen Großbritanniens bedrohen würde. Polen wird für England den erwünschten Keil bilden und der Zutritt Englands zu Polen auf dem Wasserwege würde ihm den unabhängigen Abzug für seine Industrie und dabei einen entsprechenden wirtschaftlich-politischen Einfluß gewähren.... Auch Amerika hat ein Interesse an der Schaffung Polens als eines großen Absatzgebietes für seine riesige Industrie, sowie als einer Stelle für die Anlage seiner Kapitalien.... Aber zu diesem Polen muß Amerika einen Zutritt haben.... Auf diese mit unseren eigenen Interessen übereinstimmenden Interessen der Entente dürfen wir rechnen, wenn wir auch den ideellen Lösungen der Freiheit der Völker nicht trauen sollten.“

(Aus Nr. 273 des Warschauer Tagesberichts vom 27. Oktober 1918.)

Nr. 299 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 29. Oktober 1918

u. a. Blätter bringen Äußerungen des Ministers des Innern, Ehrzanowski, gegenüber den Vertretern der Presse und sozialer Organisationen: „.... Die Tatsachen, daß wir keine Volksvertretung besitzen, stellt unsere Regierung in eine ungewöhnlich schwierige Lage.... Deshalb ist es auch unerlässlich, sich mit denjenigen sozialen Institutionen, die ihre Tätigkeit über das ganze Land ausbreiten, wie der Hauptfürsorgetrat, die Zentrale landwirtschaftliche Gesellschaft usw. sowie mit den Vertretern der Presse zu verständigen.... Die Landtagsfrage bildet unsere größte Sorge in diesem Augenblick. Es ist mir schwer, heute auf Einzelheiten der Wahlordnung einzugehen. Ich versichere den Herren, daß sie den wohlbegründeten demokratischen Bestrebungen der Gesellschaft durchaus entsprechen wird, indem sie das allgemeine, gleiche, direkte, geheime und proportionelle Wahlrecht vorsieht.“ Unbestimmt sei, ob auch den Frauen das Wahlrecht zugestanden werden solle. „Ich wünschte, daß die Herren nach der heutigen Konferenz die boshaften Gerüchte widerlegen, daß das neue Kabinett den Standpunkt der Notwendigkeit der Aufschiebung der Einberufung des Landtages vertrete und sich somit

zu einer obligatorischen Regierung in Polen vorbereitet." Nachdem dann der Minister auf einige Einzelheiten der Selbstverwaltung eingegangen war, bzw. dieselben von dem Sektionschef Sienkiewicz hatte vortragen lassen, fuhr er fort: "Ich muß nur hinzufügen, daß, obwohl ich sehr wünsche, unsere Tätigkeit nicht nur über Kongreßpolen, sondern auch über sämtliche vereinigten polnischen Gebiete zu erstrecken, die gegenwärtigen äußeren Verhältnisse eine derartige Erweiterung unserer laufenden Tätigkeit nicht zulassen. Um unsere Verfassung mit anderen Gebieten Polens zu verknüpfen, die im Verhältnis zum Königreich Polen, in einer unterschiedlichen rechtlich politischen Lage verbleiben, beabsichtigen wir ein besonderes Organ ins Leben zu rufen, das die Vereinheitlichung unserer Einrichtungen anstreben wird. Auf der Grundlage der Kreistage wurden die Wahlen im österreichischen Okkupationsgebiet bereits im vorigen Jahre mit einem nach meiner Meinung hinreichenden Erfolg durchgeführt, weshalb wir nicht beabsichtigen, dort neue Wahlen vorzunehmen, obwohl ich von vornherein die Herren darauf aufmerksam machen muß, daß das für das deutsche Okkupationsgebiet gültige Gesetz von demjenigen für das österreichische Okkupationsgebiet verschieden sein wird." Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß die Einberufung des ersten gesetzgebenden Landtages Ende dieses Jahres zu erwarten sei." Ich betone, daß das Kabinett mit Recht den Standpunkt vertritt, daß der erste gesetzgebende Landtag sämtliche Gebiete Polens umfassen muß. Vorläufig ist noch nicht vorgesehen, in welches Wahlsystem die übrigen Gebiete gesetzt werden. Sie können jedoch, meine Herren, überzeugt sein, daß auch in dieser Beziehung Arbeiten in Angriff genommen wurden, die dazu führen werden, daß dieser erste Landtag tatsächlich das ganze Volk vertritt...." (Aus Nr. 275 des Warschauer Tagesberichts vom 29. Oktober 1918.)

Nr. 180 des Monitor Polski (Warschau)
vom 19. Oktober 1918

schreibt anlässlich der Anwesenheit der galizischen Politiker in Warschau: "... Kein Kompromiß hatte jemals bei uns den Charakter einer Resignation, die die Ideale des Volkes beschränkte und seine tiefsten lebhaftesten Träumen und den berechtigten Postulaten ein Ende bereitere. Niemals verschloß der politische Possibilismus, der seine Methoden auf die augenblicklichen Möglichkeiten stützte und das Maximum der nationalen Vorteile aus jeder Lage zu ziehen bestrebt war, diejenigen Wege, die das Volk auf die breiten Bahnen der gänzlichen Erlösung führen." Nachdem dann das Blatt seine Ausführungen vom 11. Juli zitiert hat, schließt es: "Heute traten wir bereits in eine neue Periode unserer Geschichte ein, indem die Harmonisierung der Bemühungen des ganzen Volkes das vornehmste Postulat des Augenblicks bildet."

(Aus Nr. 268 des Warschauer Tagesberichts vom 22. Oktober 1918.)

Aus Nr. 292 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 22. Oktober 1918.

Der galizische Abgeordnete Witos hat sich bei seiner Anwesenheit in Warschau u. a. folgendermaßen geäußert:

.... Meiner Meinung nach bereitet heute die Einberufung des ersten Landtages selbst in rein technischer Beziehung recht bedeutende Schwierigkeiten. Indem man die Sache von der praktischen Seite betrachtet, muß man feststellen, daß die Wahlen eigentlich nur in Kongreßpolen durchführbar sind; denn in Ga-

lizien und besonders unter preußischer Herrschaft, wo fast die gesamte männliche Bevölkerung, die zum politischen Leben berufen wäre, zum Heeresdienst eingezogen ist, würde die Durchführung der Wahlen sowohl aus diesem Grunde, wie auch auf Grund der politischen Verhältnisse, die dort, zumal unter preußischer Herrschaft noch bestehen, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Die Angelegenheit ließe sich in der Weise regeln, daß die heutige parlamentarische Vertreterschaft beider Landesteile, abgesehen von Kongreßpolen, dem Landtag in corpore angehören würden, umso mehr als die Abgeordneten, die zu ihr zählen, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind. Allerdings müßte man für die Gebiete unter preußischer Herrschaft eine höhere Zahl von Mandaten bestimmen, denn wir wissen, daß dort eine ganze Reihe von Mandaten die Deutschen auf Kosten der Polen im Besitz haben. Die Entscheidung bezüglich dieser Zusatz-Abgeordneten müßte man allerdings der polnischen Volksgesamtheit dieser Gebiete überlassen.

Was sollten nach der Meinung des Herrn Abgeordneten die wichtigsten Aufgaben der Konstituante sein?

Vor allem muß die Konstituante die Regierungsform festsetzen. Breite Bevölkerungsschichten verlangen, daß der polnische Staat eine Republik sein soll, an deren Spitze ein auf mehrere Jahre wählbarer Präsident stehen würde und die einen Landtag mit nur einem Hause hätte, der auf weitester demokratischer Grundlage wählbar wäre. Von dem Grundsatz ausgehend, daß Polen ein ausgeprägt Ackerbau treibendes Land ist, wo die Landbevölkerung ein riesiges Übergewicht besitzt, stehen wir auf dem Standpunkt, daß Polen ein Volksstaat werden muß, der auf breiter demokratischer Grundlage begründet wäre. Ausgedehnte soziale Reformen, u. a. die Agrar-, die Schulreform und andere müssen die Grundlage für alles Beginnen der Regierung bilden.

Jeder, der heute in Polen regieren will — schloß der Abgeordnete Witos — muß sich damit abfinden, daß die frühere Regierungsmethode schon zu Ende ist. Das Polen des Adels ist zu Ende, und ein Polen des Volkes beginnt, das in dem demokratischen Völkerbunde, der nach dem Kriege entstehen wird, eine würdige Stelle als ein durch und durch demokratischer Staat, gestützt auf aufgeklärte demokratische Volksmassen, einnehmen wird.

Nr. 42 der Jedność Robotnicza (Warschau)
vom 20. Oktober 1918

schreibt: "Die veränderten Verhältnisse des gegenwärtigen Augenblickes lassen die verschiedenen aktivistischen Parteien und Gruppierungen verschwinden. Die Machthaber von Gnaden der Okkupanten von gestern sind machtlos... Drei Faktoren treten nunmehr in den Vordergrund: Die Nationaldemokratie, die Volksparteiler und die Sozialisten. Alles was abseits von ihnen steht, ist ohne Bedeutung, ist ein politischer Nebel, mit dem als mit einer politischen Macht niemand rechnet. In diesem Augenblick kann die erste Rolle die Nationaldemokratie spielen. Dieselbe Nationaldemokratie, die jedem polnischen Arbeiter so verhaßt ist, die ehemalige Stütze des Zartums... Die Nationaldemokratie ist der typische Vertreter der besitzenden Klasse, und trotz ihrer Gegnerschaft gegenüber den Okkupanten ist der preussische Junker ihr Vorbild. Im Verlaufe von vier blutigen Kriegsjahren hat sich die Nationaldemokratie in unerhörter Weise kompromittiert. Das Manifest Nikolaus Nikolajewitsch hat sie für ihr Programm anerkannt. Die Vereinigung der polnischen Gebiete unter dem Zepher der Romanows mit dem blutigen Nikolaus auf dem Thron war ihr Ideal... Die durch die Regierung der Volkskommissare veröffentlichten geheimen

Verträge zeigten, welche Absichten man uns gegenüber hatte. Rußland hat es seinen Verbündeten abgerungen, daß man die polnische Angelegenheit als ihre innere Angelegenheit behandelte. Das heißt, daß im Falle des Sieges des zarischen Rußlands und seiner Verbündeten zu den neuen Gouvernements des Königreichs noch einige andere hinzukommen würden, z. B. das Gouvernement Krakau, Posen usw. Das war die Vereinigung und Befreiung Polens im Sinne der Nationaldemokratie. In jedem anderen Gemeinwesen wäre eine solche Taktik ein Todesurteil für eine politische Partei, aber wir sind ein Volk von politischen Analphabeten... Die Einnahme eines gegen die Okkupanten gerichteten Standpunktes seitens der Nationaldemokratie genügt, um ihren Petersburger Contredance mit Goremtin, Nikolaj Nikolajewitsch und so vielen anderen Bedrückern der Vergessenheit anheim fallen zu lassen...

In den Vordergrund tritt gegenwärtig die Polnische Volkspartei, die sich auf die reichen und mittelreichen Bauern stützt... Heute hat diese Partei große Aussichten auf Erweiterung ihres Einflusses. Vielleicht wird sie die mächtigste Partei der Konstituante sein. Das ist die Partei der nächsten Zukunft.

Die dritte Macht der Gegenwart sind die Sozialisten. Augenblicklich sind sie durch den Ruin der Industrie, durch die Emigration nach Rußland und Deutschland geschwächt. Aber von Tag zu Tag wird ihr Einfluß steigen. Die Sozialisten sind die Partei der baldigen Zukunft. Sie beeilen sich nicht zur Übernahme der Regierung. Ihre Stunde ist noch nicht gekommen, aber sie wird kommen.

(Aus Nr. 268 des Warschauer Tagesberichts vom 22. Oktober 1918.)

Nr. 76 des Głos Robotniczy (Warschau)
vom 27. Oktober 1918

schreibt: „Politische Lüge ist es, die die Nationaldemokratie wie ein standhafter Eid ihren Fahnen treu geblieben sei. Nach der völligen Besiegung Rußlands durch die Zentralmächte war die Nationaldemokratie auf dem besten Wege, den schlammigen Grund des Aktivismus zu betreten. Die panische Furcht vor der russischen Revolution und der Revolution im eigenen Lande drängte die Nationaldemokratie mit fataler Kraft zu den Füßen der Zentralmächte. Sogar der heutige, durch die N. D.'sche Presse mit solchem Triumph bekanntgegebene Sieg ist ein Kompromiß. ... Im ersten Augenblicke forderte die Nationaldemokratie den Rücktritt des Regentschaftsrates und die Durchstreichung alles dessen, was die Okkupanten hier aufgebaut haben oder aufbauen wollten. Diese Forderung mußte jedoch der nüchternen Überlegung unterzogen werden. Die N. D. schloß noch einmal ein Kompromiß. Ohne zu bedenken, daß den Regentschaftsrat die Zentralmächte eingesetzt haben, hat die N. D. diesen Rat als das Oberhaupt des polnischen „Staates“ anerkannt. Das nationaldemokratische Amtsblatt fordert für die „nationale Regierung“ des Herrn Świeżyński „rückhaltlose Übergabe aller Hände, aller Gehirne und aller Herzen.“ Rückhaltlos! Rückhaltlos sollte seinerzeit auf Dmowski's Befehl das polnische Gemeinwesen den schimpflichen Weg einer Verständigung mit dem Zartum beschreiten. Das organisierte unter der roten Fahne versammelte Proletariat erklärt den gegenrevolutionären Absichten der triumphierenden N. D. den Kampf — gleichfalls rückhaltlos, den Kampf bis zum äußersten, den Kampf bis zum Siege.“

(Aus Nr. 275 des Warschauer Tagesberichts vom 29. Oktober 1918.)

Nr. 314 des Goniec Warszawski (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

bringt einen Artikel unter der Überschrift „Den Nationaldemokraten“ in dem es u. a. heißt: „Für die Partei der Passivität und Ruhe nähert sich die Zeit der Tat, naht der Moment der Probe. ... Die Partei, die im Volke die erste Geige spielte, hat Gelegenheit, ihr Programm zu realisieren. ... Wehe, wenn Polen ein Raub des bolschewistischen Schwarmes, eine Beute der östlichen Barbarei wird! Es mögen diejenigen, die dies versuchten, nicht versuchen, die Hände rein zu waschen. Jetzt — ist die Reihe an Euch! Auf dem internationalen Kongreß, der zwecks Liquidierung des Krieges und Gestaltung des künftigen europäischen Friedens zusammenkommt, müßt ihr ein großes Polen, das alle Gebiete des Volkes vereint, unabhängig und mächtig ist, erzielen! Die Rollen werden vertauscht: jetzt werdet ihr Aktivisten. Es wartet Euer eine zweifache Aufgabe: außer der Schaffung eines vereinigten und unabhängigen Polens, müßt ihr ihm einen Schutz vor dem Ansturm des Bolschewismus geben. ... Auf dem Friedenskongreß erwartet Polen von euch die Erfüllung der Pflicht: Realisierung des Aufrufes, mit dem ihr den Willen des Volkes zur staatschöpferischen Tat und Arbeit bis zum gegenwärtigen Augenblick gelähmt, für den ihr das Volk entwaffnet habt. Bei dem Kongreß ist eure Legitimation der Glaube an die Entente, der Boykott des polnischen Staates, als eines „gefälschten Polens“, und eine ganze Reihe polnischer Armeen, gebildet „in partibus“ in der ganzen Welt. ...

(Aus Nr. 270 des Warschauer Tagesberichts vom 24. Oktober 1918.)

Aus Nr. 460 des Czas (Krakau)
vom 16. Oktober 1918.

Dem „Czas“ wird aus Warschau u. a. folgendes geschrieben:

Die Bildung der Regierung durch den zwischenparteilichen Klub begegnet ungeheuren Schwierigkeiten. Der Klub empfängt Weisungen vom nationalen Komitee in Paris und will diesen Standpunkt nicht verlassen, denn er ist auf die Autorität der Entente gestützt. Bei der gegenwärtigen Lage kann das nationale Komitee, das von der Entente anerkannt ist, weder in Warschau Aufenthalt nehmen, noch vermöchte es, auch wenn es sich hier aufhalten würde, zu regieren, da es mit den Okkupanten nicht unterhandeln könnte. Daher kann der Klub in diesem Augenblick aus seiner Mitte keine Regierung bilden, die die Verwaltung organisieren, das Heer bilden, die vorbereitenden Arbeiten, die für die neue Gesetzgebung erforderlich sind, erledigen und vor allem Ordnung erhalten würde. Eine Handvoll Heißsporne aus der f. g. Marylski-Gruppe beabsichtigte zwar irgendeinen neuen Regentschaftsrat auszurufen — nachdem der gegenwärtige zum Rücktritt gezwungen worden wäre — der, wie man sagt, gleichfalls durch ein Triumvirat (die Herren Bądzynski aus Kongreßpolen, Seyda aus Großpolen, Witos aus Galizien) gebildet werden sollte. Aber dieser unreife und unsinnige Einfall ist ohne Wissen der Leiter des zwischenparteilichen Klubs entstanden, der sich unter den heutigen Verhältnissen nicht stark genug fühlt und keine Verantwortlichkeit übernehmen will. Die Ermahnungen des „Kurj. Warsz.“ sind vergeblich, solange nicht Herr Dmowski aus Warschau kommt, oder hier nicht seinen Stellvertreter einsetzt.

Auch noch eine andere Eventualität wäre möglich, nämlich ein Einvernehmen der „intelligenten“ Gruppen der Linken mit den Parteien der Aktivisten und Schaffung einer Regierung auf dieser Grundlage. In dieser Angelegenheit teilt der „Dziennik Porodowy“ mit: „Wenn

man den Gerüchten Glauben schenken darf, so sind wir einem aus gewissen radikalen Gruppen und einigen Vertretern der Aktivisten gebildeten Kabinett näher, als einem Kabinett mit überwiegend zwischenparteilichen Elementen."

Nr. 293 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt: "... Das neue Kabinett weist zwei charakteristische Merkmale auf: Erstens hat es eine deutliche außenpolitische Physiognomie, zweitens verfügt es über die Fähigkeit zur sachlichen Arbeit. ... Darum handelt es sich vor allen Dingen. Von Beginn der gegenwärtigen Krisis an wiesen wir darauf hin, daß nur diejenige Regierung die polnische öffentliche Meinung befriedigen kann, die die absolute Garantie für die Übereinstimmung mit dem nationalen Willen hinsichtlich der grundsätzlichen, von einer günstigen Erledigung leider noch weit entfernten polnischen Bestrebungen leisten wird... Uns steht in erster Linie die gewaltige Aufgabe der Erlangung eines wirklichen und ohne territoriale Vorbehalte vereinigten Polens bevor... Wir bemerken ferner, daß das Kabinett keine Parteimerkmale aufweist. Die Mehrheit der zum Interparteilichen Klub gehörigen Parteien besitzt in dem Kabinett ihre Vertreter nicht... Das Kabinett ist kein Koalitionskabinett und hat, unter dem innenpolitischen Gesichtswinkel betrachtet, keine deutliche Farbe..."

(Aus Nr. 269 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Nr. 259 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt: "Seit gestern besitzt die polnische Gesellschaft eine Regierung, die wirklich ihre eigene nationale Regierung ist, da die letztere mit ihr durch die Gemeinschaft der grundsätzlichen Überzeugungen und durch einen unerschütterlichen nicht erst seit zwei Wochen bestehenden Glauben an die Vereinigung der Gebiete des unabhängigen Vaterlandes verbunden ist... Die Physiognomie der neuen Regierung ist klar und deutlich..." Zum Schluß fordert das Blatt die Polen zu einer einigten Arbeit bei der Lösung der bevorstehenden Aufgaben auf: der Vorbereitung der staatlichen Organisation für das große vereinigte Vaterland, der Liquidierung der Folgen der Okkupation und der Teilungen Polens, der Bildung einer Armee und der Hebung des äußeren Wertes Polens auf ein dem bevorstehenden großen politischen Ringen entsprechendes Niveau.

(Aus Nr. 269 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Aus Nr. 293 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt: "Die gestern gebildete Regierung des Königreichs wird wohl bald mit einer Deklaration hervortreten, die die Ziele, denen sie zustreben wird, genauer umschreibt... Schon von vornherein wird man jedoch voraussehen können, daß wir etwas besonders Neues nicht erfahren werden... Die Aufgaben der Regierung sind außerordentlich groß... Man muß von den Okkupationsbehörden ganze Zweige der staatlichen Verwaltung übernehmen... Zu der Verwaltung wird man Tausende neuer Leute berufen müssen, man muß auch die materielle Grundlage der staatlichen Existenz bekommen, nämlich: Geld, man muß ein Heer bilden, daß heißt die Landesverteidigung... Die gerechte und herrliche Formel Wilsons muß erst durch einen realen

Inhalt ausgefüllt werden. Es sind noch bedeutende Kräfte in der Welt vorhanden, die sie falsch kommentieren, und zwar sowohl im Westen, wie im Osten... Die Regierung, die heute an die Spitze unseres Volkes getreten ist, ist keine Parteiregierung... Sie wünscht und will demokratisch sein und all die breitesten Schichten der Bevölkerung zur Mitarbeit berufen... Möge das Gemeinwesen ihr jetzt volles Vertrauen schenken, denn nur in dieser Weise erschließt sich für die Regierung die vollste Quelle der Kraft."

(Aus Nr. 270 des Warschauer Tagesberichts vom 24. Oktober 1918.)

Nr. 259 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt: "... In das Kabinett traten beinaheaus schließlich Vertreter des Interparteilichen Klubs und vor allen Dingen der Nationaldemokratie oder deren Anhänger ein... Bezeichnend ist auch das Fehlen der Realisten... Ob der Brigadier Pilsudski unter diesen Umständen das für ihn reservierte Portefeuille des Kriegsministers annehmen wird, scheint sehr zweifelhaft zu sein, insbesondere in Anbetracht der Stellung, die die Volksparteien gegenüber der neuen Regierung bereits eingenommen haben und die wahrscheinlich auch mit der Stellung der Linken identisch sein wird."

(Aus Nr. 269 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Nr. 260 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

tritt dem neuen Kabinett kritisch entgegen: "... Man darf sich nicht täuschen, daß die vollständige Wiedergeburt Polens durch äußere Kräfte ohne unsere Mitwirkung, ohne einen von uns ausgetragenen, heißen und energischen Kampf vollzogen werden könnte... Untätigkeit und Erwartung können uns Unheil bringen. Denn es handelt sich nicht nur um unsere westlichen Grenzen, sondern auch um östliche Kreise... Wir wollen weder die Absichten noch die Fähigkeiten derjenigen, die zur Regierung berufen wurden, in Zweifel stellen... Uns handelt es sich jedoch um das Verhältnis, welches in unserer Gesellschaft zu der Nationaldemokratie besteht, um die allgemeine Abneigung und das Mißtrauen, das ihr zuteil wird. Die Nationaldemokratie vermochte nicht, sämtliche Kräfte der Gesellschaft um sich zu scharen, mögen ihre Absichten auch ganz und gar lautere und billige sein. Über ihr schwebt ihre ganze Vergangenheit, der Begriff einer Clique ist mit ihr untrennbar verwachsen. Es kann selbstverständlich niemand dadurch irreführt werden, daß die Ministerliste den Namen Josef Pilsudski enthält, solange der letztere hier nicht zugegen ist, solange man ihn nach seinem Entschluß nicht gefragt hat, solange er auf die Richtung des Kabinetts keinen Einfluß haben kann... Man darf hoffen, daß, wenn die Regierung ihr Mitglied nicht freibekommen wird, sie daraus die Konsequenzen ziehen wird, die ihr ihre Würde gebietet. Sonst würde die öffentliche Meinung mit Recht in der Berufung des abwesenden Pilsudski nur eine Demagogie, nur einen Schachzug in der inneren Politik erblicken... Die gegenwärtige Regierung muß darauf bedacht sein, daß diese Unterschiede (in den Ansichten des Interparteilichen Klubs und der Linken) nicht die Form eines offenen Kampfes annehmen. Dieses läßt sich nur durch die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Konstituante unter Festsetzung der Frist ihrer Einberufung vermeiden... Es ist zu hoffen, daß die Regierung dies begreifen und ihre oberste Aufgabe erfüllen wird. Sollte sie wanken und zögern, so muß sie gestürzt werden."

(Aus Nr. 269. des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Nr. 259 des Przeglad Wieczorny (Warschau)
vom 23. Oktober 1918.

schreibt: „Das Kabinett, das jetzt zur Regierung kommt, muß die Angelegenheit der Nebenregierung regeln, die in dem neuentstehenden polnischen Staate sich breit gemacht hat. . . . Seit dem ersten Augenblicke der Einsetzung des Regimentsrates streckte eigenmächtig und usurpatorisch neben der Regierung — hinter den Kulissen und ohne jede Kontrolle — noch ein vierter Faktor seine Hand nach der Regierungsgewalt aus, nämlich der Herr Generalsekretär des Regimentsrates, Geistlicher Zygmunt Chelmiczki. . . . Unter Ausnutzung einer gewissen Weichheit aller drei Mitglieder des Regimentsrates hat er sofort die ganze wirkliche Gewalt in seine Hände genommen. . . . Er trägt die Schuld, daß sowohl im Frühjahr nach dem Breslauer Frieden, wie auch jetzt jenes Provisorium sich so lange ausgedehnt hatte, er hat es nämlich verstanden, der Bildung einer festen Regierung Hindernisse in den Weg zu stellen. Wir glauben, daß das neue Kabinett sich um den polnischen Staat sehr verdient machen würde, wenn es dem Geistlichen Chelmiczki eine Beschränkung auf die eigentlichen Pflichten eines Generalsekretärs empfehlen würde oder wenn derselbe von seiner einflußreichen Stellung zurücktreten würde. Das Letzte wäre sogar mehr angezeigt.“

(Aus Nr. 270 des Warschauer Tagesberichts vom 24. Oktober 1918.)

Nr. 290 B der Godzina Polski (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt über die neue Regierung: „Der Regimentsratsrat hat es für seine wichtigste Aufgabe angesehen, ein Kabinett zu bilden, das aus den Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und der politischen Richtungen zusammengesetzt wäre. Wenn wir die Liste der neuen Regierung lesen, müssen wir uns sagen, daß dieses Postulat nicht erfüllt worden ist. Denn die Regierung repräsentiert ausschließlich eine politische Richtung, . . . und zwar nicht etwa den Interparteilichen Klub, sondern nur die Nationaldemokratie. Man kann auch nicht genug darüber staunen, daß dem Kabinett die Person Pilsudskis hinzugefügt worden ist. . . . Aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen hätte man schließen können, daß die Linke an der Kabinettsbildung nicht teilnehmen wird. . . . Wir hoffen, daß diese Überraschung bald aufgeklärt wird. . . . Die bisherigen Passivisten haben ihre Rolle aufgegeben und sind Aktivisten geworden. Sie werden die Erbschaft der bisherigen Aktivisten übernehmen, die unter schweren, bedeutend schwereren Bedingungen die Grundlagen zu dem Staat gelegt haben. . . . Das Volk muß endlich erfahren, wie das positive Programm der Nationaldemokratie aussieht, denn das negative — kennen wir alle genau.“

(Aus Nr. 270 des Warschauer Tagesberichts vom 24. Oktober 1918.)

Nr. 315 des Goniec Warszawski (Warschau)
vom 24. Oktober 1918

schreibt über das Kabinett Smiezynski: „Die Ansichten über die Zusammensetzung des Kabinetts sind einmütig. Mit Ausnahme des Kriegs- und Kultusministeriums sind in dem Kabinett Männer von gleichen politischen Überzeugungen. Diese Ansicht wird sowohl von den

Vertretern des Verbandes für den Aufbau des polnischen Staates, von der Vereinigten Volkspartei, wie auch von den Vertretern der Demokratischen Linken geteilt.“ Die Ernennung Pilsudskis sei für die linken Parteien eine Überraschung. Die Zusammensetzung des Kabinetts würde dem Kommandanten mit Rücksicht auf seine politischen und sozialen Ansichten keineswegs an ihm teilzunehmen erlauben. „Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung besteht in der Verteidigung der Integrität des polnischen Gebietes, also in der Verhinderung der Abtrennung Ostgaliziens durch die Ukrainer und die Verteidigung der Ostmarken und vor allen Dingen des Cholmer Landes gegen eine ukrainische Invasion. Selbstverständlich muß das gegenwärtige Kabinett sich auch mit der Frage der tatsächlichen Übernahme der Regierungsgewalt in Galizien und Posen beassen, worauf die zwei Ministerien ohne Portefeuilles zu deuten scheinen. . . . Was die Volksparteien betrifft, so erfahren die mit dem Kabinett Smiezynski im Widerspruch stehenden Beschlüsse dieser Parteien, soweit es uns bekannt ist, bis jetzt keine Änderung.“

(Aus Nr. 270 des Warschauer Tagesberichts vom 24. Oktober 1918.)

Nr. 348 des Glos (Warschau)
vom 23. Oktober 1918

schreibt über die Kabinettsbildung u. a.: „Alle Parteien, außer dem Interparteilichen Klub, wurden gering geschätzt, sie wurden übergangen, man rechnete nicht mit ihrem Willen, nicht mit ihren verschiedenen Protesten. Der Interparteiliche Klub war in seinem Bestreben konsequent. Er verlangte für sich den Vorsitz des Kabinetts und Übernahme der wichtigsten Portefeuilles; verlangte also ein entschiedenes Übergewicht, das mit den Grundzügen der Koalition nichts gemein hatte. Charakteristisch ist, daß von den Realisten keiner in die Regierung gelangte. Der Passivismus, der in die Regierung hineinkommt, hört auf, Passivismus zu sein. Er geht vorüber, weil er zum aktiven Standpunkt übergehen muß. . . . Welchen Vorbehalt wir der neuen Regierung gegenüber und der Richtung, die sie repräsentiert, auch haben könnten, wir können gegen sie nur als gegen den Vertreter einer Richtung auftreten, falls sie von unserer abweichen sollte, jedoch nicht — als Vertreter der Regierungsgewalt. Der Regierung, in dessen Händen sie auch sein wird, werden wir gehorsam sein, denn eine Regierung ist angesichts der uns drohenden inneren und äußeren Gefahren dringend notwendig. In dem neuentstehenden polnischen Staate sind Gehorsam und Hochachtung der Regierung eine Notwendigkeit, die diejenigen am besten verstehen werden, die unter den schwierigsten Verhältnissen diese Regierung unterstützten und an ihrer Bildung mitwirkten. . . . Der Zustand ohne Regierung war nicht zu ertragen, und deswegen begrüßen wir die Regierung als erwünscht, wie und wessen sie sei. . . .“

(Aus Nr. 271 des Warschauer Tagesberichts vom 25. Oktober 1918.)

Nr. 220 des Polak Katolik (Warschau)
vom 24. Oktober 1918

schreibt: „In der ganzen Welt kommen die Liberalen zur nationalen Herrschaft, auch in Polen scheint es so zu sein. Indessen saate einer von den letzten unserer Philosophen, Polen müsse entweder katholisch sein oder es werde überhaupt nicht existieren. . . . Das gegenwärtige Kabinett Smiezynskis hat vor der Geschichte eine große Verantwortung auf sich genommen. . . . Die Nationaldemokratie wollte die Macht erlangen; jetzt hat sie dieselbe, aber um den Preis der Einführung von Volks- und Arbeiterkräften aus der Linken in das Kabinett. Sind

dies Kräfte? ... Die gestrigen Zeitungen brachten die Nachricht, daß Minister ohne Portefeuille Bojko sein soll. Ganz Galizien kennt ihn als Volksparteiler, als den Verbreiter der geistigen Pest unter den Bauern. ... In unserem Lande werden die Bojkos und Witos nicht viel Gelegenheit haben, sich im Kampfe mit der Kirche um deren Güter hervorzutun, denn die Russen haben diese sich schon angeeignet. Sie werden die Begehrlichkeit des Volkes hauptsächlich durch Versprechen der Herrngüter entfachen. ... Kriegsminister wird Pilsudski. Die Kraft der Linken in der Regierung ist also außerordentlich und überraschend stark."

(Aus Nr. 271 des Warschauer Tagesberichts vom 25. Oktober 1918.)

Nr. 75 (190) des Glos Robotniczy (Warschau)
vom 24. Oktober 1918

schreibt über die neue Regierung: "Nach einem über zwei Wochen dauernden Schacher in der Angelegenheit der Bildung eines „Kabinetts der polnischen Minister“ siegt der Interparteiliche Klub, oder kurz gesagt — die Nat.-Dem. Die revolutionäre Fraktion der P. P. S. und ihre „Urlauber“ werden es als ihren Sieg ausrufen, daß das Portefeuille des (Bürger-)Kriegsministers — Pilsudski, dem neuen Vertrauensmann der Nationaldemokratie, übertragen worden ist. Die demagogische Vorschlebung des Lodzer christlichen Demokraten Herrn Wolczynski auf den Posten des Arbeitsministers ist eine Provokation gegenüber der kämpfenden Arbeiterklasse. Die Aktivisten sind in dem schwarzen Kabinett der Reaktion durch die am meisten Gemäßigten vertreten. Von den Galiziern ist ein früherer Zarophil, der Nationaldemokrat Glombinski, ins Kabinett eingetreten. Vom Posenischen „einstweilen“ niemand. Wir wollen sehen, wie lange dies „einstweilen“ dauern wird."

(Aus Nr. 271 des Warschauer Tagesberichts vom 25. Oktober 1918.)

Nr. 350 des Glos (Warschau)
vom 25. Oktober 1918

schreibt: "Auf der Liste des neuen Kabinetts figuriert der Name Pilsudskis als eventuellen Kriegsministers. Man hat sich nicht darauf beschränkt, diesen Posten vakant zu lassen. Man gab bekannt, daß dieser Posten für Pilsudski bestimmt sei, mit dem man natürlich in dieser Hinsicht sich gar nicht verständigt hat, noch sich hat verständigen können. Es entsteht die Frage: ob Pilsudski wirklich damit einverstanden sein könnte, einem nationaldemokratischen Kabinett beizutreten, ... wo doch die Linke eine Teilnahme an der Regierung abgelehnt hatte? ... Der Name Pilsudskis ist der Öffentlichkeit bekanntgegeben, nicht weil man angenommen hatte, daß er im Kabinett des Herrn Swiezynski wirklich das Kriegsministerium übernehmen werde... Man hat nur ein demagogisches Mittel benutzt, um auf die Massen einzuwirken. Dies muß man besonders unterstreichen und betonen. Es liegt darin allerdings viel politische Geschicklichkeit, an der es den Schöpfern des gegenwärtigen Kabinetts nicht fehlt."

Auf einem anderen Gebiete haben sie sich jedoch euttäuscht. Um die Popularität unter den Massen zu gewinnen, beschloß man eine „demokratische“ Kandidatur vorzuschleichen und ernannte einen Arbeiter, den Herrn Wolczynski, zum Arbeitsminister. ... Nun zeigt sich aber, daß Herr Wolczynski in den Kreisen der Arbeiter einen schlechten Ruf hat. ... Seine Ernennung wurde dort als Provokation aufgefaßt. ...

Das neue Kabinett kann nur und ausschließlich durch reale sachliche Arbeit Anerkennung erringen. ... Dagegen, um das Vertrauen der ganzen Volksgemeinschaft

zu gewinnen, hätte man loyal den Weg der Bildung einer Koalitionsregierung beschreiten sollen. Sobald man den Fehler begangen hatte, daß das Steuer der Regierung einer Partei übergeben worden ist, läßt sich diese Tatsache durch nichts bemänteln."

(Aus Nr. 273 des Warschauer Tagesberichts vom 27. Oktober 1918.)

Nr. 352 des Glos (Warschau)
vom 27. Oktober 1918

schreibt: "Der Interparteiliche Klub suchte den Regentenschaftsrat zu stürzen; das Kabinett hat sich jedoch mit ihm vollkommen vertragen. Der Klub wollte die Gewalt nicht übernehmen, solange die Okkupation und das Zusammenleben mit den Zentralmächten andauert. Dennoch hat der Klub gerade unter diesen Verhältnissen die Macht übernommen. Er wollte mit den Okkupanten nicht verhandeln, hat aber dennoch in einer solchen Zeit die Zügel ergriffen, wo mit Rücksicht auf die Übernahme der Verwaltung diesbezügliche Verhandlungen direkt unerlässlich sind. ... Der Klub mußte so die gleiche Stellung übernehmen, die vorher der Aktivismus eingenommen hatte, er muß mit den gleichen Schwierigkeiten kämpfen, auf jeden Schritt und Tritt die Abhängigkeit von fremden Faktoren fühlen. ... Der 13. Punkt Wilsons bezüglich der westlichen Grenzen ist heute eine Sache, die nicht von der polnischen Regierung abhängt, sondern von den Resultaten der Politik Wilsons und der allgemeinen politischen Konjunktur. Dagegen ist in der Angelegenheit der östlichen Grenzen, der Angelegenheit Ostgaliziens, noch alles zu tun. Hier arbeitet keine Kraft für uns, alles — gegen uns. Hier ist ein Feld für die polnische Politik — aber gerade auf diesem Felde ist das Kabinett Swiezynskis am wenigsten zur Tätigkeit berufen. Die Vergangenheit, aus der Zeit des russophilen Kurses in dem jetzt herrschenden Lager, lastet auf ihm fatal. Man verteidigte damals die polnischen diesbezüglichen Forderungen nicht — mit Rücksicht auf Rußland. Man verteidigte sie später nach dem Fall des Zarentums nicht, mit Rücksicht auf die Entente. ... Es gab und es gibt im innerpolitischen Lager keinen klaren Standpunkt in der östlichen Angelegenheit. ... Das Regime des Herrn Swiezynski kann Polen teuer zu stehen kommen, wenn das Kabinett nur die Frucht, die selbst zu Füßen fällt, aufheben will, und schwierigen Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen anfängt. ... Die Vergangenheit des Lagers, aus welchem das Kabinett entstanden ist, prophezeit nichts Erfreuliches. Wir müssen eine klare, unzweideutige Feststellung des Standpunktes der Angelegenheit der östlichen Grenzen fordern."

(Aus Nr. 275 des Warschauer Tagesberichts vom 29. Oktober 1918.)

Nr. 264 des Przegląd Poranny (Warschau)
vom 27. Oktober 1918

schreibt über die letzten Unterhandlungen der Rechten mit der Linken: "... Trotz der Bildung des Kabinetts Swiezynski wurden zwischen den hervorragenden Persönlichkeiten des Interparteilichen Klubs und der gegenwärtigen Regierung und den Vertretern der Verständigungskommission der linken Parteien Unterhandlungen geführt. Die Linke trat an sie unter dem Druck von seiten der Militärkreise heran. Es wird doch lärm. geschlagen, daß der Regentenschaftsrat sehr bedeutsame Entschlüsse fassen kann über einige aus polnischen Soldaten zusammengesetzte Abteilungen, Beschlüsse, die für Polen wichtig und vorteilhaft sein können, daß er jedoch dies hinauschiebt und un-

entschlossen ist.... Als außerdem aus dem österreichischen Okkupationsgebiet Nachrichten über eine militärische Bewegung hierher gelangten, konnte die Linke diese Stimmen nicht außer Acht lassen. Die Feststellung der Tatsache, daß der polnische Soldat der gegenwärtigen Regierung gegenüber tiefes Mißtrauen hegt, da diese nach den Grundsätzen der vorigen Kabinette gebildete Regierung keine nationale, sondern eine hervorragend parteiliche Regierung ist, ... veranlaßte die Linke, die Sachlage zu prüfen und noch einmal zu bedenken, ob man trotz der Bedingungen, die immer noch keine grundsätzliche Änderung erfuhren, an der Regierung nicht teilnehmen sollte. Es zeigte sich, daß die gegenwärtig in der Regierung herrschenden politischen Tendenzen mit den Absichten der Mitglieder derselben zurzeit, als sie im Kabinett noch nicht saßen, nicht ganz übereinstimmen. Der Vorschlag der Linken, die Regierung möge die Freiheit der Versammlungen, des Wortes und der Presse nach der Bekanntmachung eines provisorischen Gesetzes proklamieren, begegnete keinem Widerstand. Als jedoch die Linke behauptete, daß die Regierung ebenso entscheidend die Frage der Requisitionen erledigen müsse, verriet die Gegenpartei in dieser Beziehung ziemlich weitgehenden Opportunismus. Auch hielten es die Mitglieder der Verständigungskommission nicht für angezeigt, daß den Posten des Ministers des Außern zurzeit einer der Bannerträger des engen Nationalismus inne habe. Von noch größerer Bedeutung war das zur Sprache gebrachte Postulat der Konstituante. Man erhielt den Eindruck, daß einige Mitglieder des Kabinetts ... die letztere nicht als ihre oberste Aufgabe behandeln. Es zeigte sich auch, daß die Mitglieder des Kabinetts ... aus dem dem Regentschaftsrat abgegebenen Versprechen in ihrer Politik gegenüber dem Regentschaftsrat Konsequenzen ziehen werden. Alle die Eindrücke und Wahrnehmungen führten dazu, daß die Linke den Vorschlag stark betonen mußte, daß ihr bei einer eventuellen Rekonstruktion des Kabinetts beträchtliche Einflüsse gesichert würden. Dieser Vorschlag begegnete am allerwenigsten einer wohlwollenden Aufnahme. ... Deshalb entschloß sich die Linke, die Unterhandlungen abubrechen."

(Aus Nr. 274 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Oktober 1918.)

Aus Nr. 246 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. Oktober 1918.

Zur Bildung des Warschauer Kabinetts
sagt das Blatt:

„Endlich! Mit dem Gefühl der Erleichterung ohne Rücksicht auf die Parteistellung wird die polnische Allgemeinheit die Mitteilung aufnehmen, daß nach zweiwöchentlichem Feilschen und Zanken das neue Kabinett in Warschau gebildet worden ist. Beendet ist das niederdrückende Schauspiel, das das wiedergeborene Polen der Welt bot, indem es sich in dem für seine Zukunft entscheidenden Augenblicke nicht dazu aufschwingen konnte, eine Regierung zu bilden, die fähig gewesen wäre, die Geschicke der Nation zu leiten. Seit gestern besteht eine solche Regierung; es ist jemand da, der die polnische Staatsgewalt nach außen und nach innen hin repräsentiert, und das ist im gegenwärtigen Moment sehr wichtig.

Hingegen ist die Zusammensetzung des neuen Kabinetts schließlich in vieler Hinsicht anders ausgefallen, als nach den letzten Warschauer Nachrichten zu erwarten war. Nachdem sich die Verhandlungen mit der Linken zerschlagen hatten, betrachtete man es schon fast als feststehend, daß das neue Kabinett auf Grund einer Verständigung zwischen dem interparteilichen Klub

und den bisher aktivistischen Parteien zustande kommen werde, die sich in dem Bunde zum Aufbau des polnischen Staates gruppiert hatten.

Es kam jedoch anders. Die Liste der Mitglieder des von Herrn Swiezynski gebildeten Kabinetts zeigt absolut keinen Koalitionscharakter. Außer einigen Fachministern gehören alle hervorragenden Mitglieder entweder direkt der nationaldemokratischen Partei an, oder sie stehen ihr, soweit die Zugehörigkeit keine formelle ist, doch sehr nahe. Das erste, unter der Ägide des interparteilichen Klubs gebildete Kabinett hat somit einen ausgesprochenen Parteicharakter. Das hat seine guten und seine üblen Seiten.

Nach außen hin wird die Physiognomie der neuen Regierung jetzt eine völlig gleichmäßige und entschiedene sein. Sie ist auch untrüglich den Bedürfnissen des Augenblicks angepasst und entspricht dem, was heut in allen zu der Einflußsphäre Mitteleuropas gehörenden Ländern vorgeht. Von jetzt an kann niemand mehr Zweifel bezüglich dessen hegen, welche Wege die weitere staatliche polnische Politik gehen wird. Die Männer, die das Steuerruder dieser Politik seit gestern in ihre Hände genommen haben, wissen, daß sie in dieser Hinsicht die Unterstützung seitens der erdrückenden Mehrheit der ganzen polnischen Allgemeinheit hinter sich haben. Für die innere polnische Politik können wir jedoch aus einer so einseitigen Wahl der Mitglieder der neuen Regierung Ersprießliches nicht ersehen. Auf der Liste figuriert zwar der Name des von der Linken vergötterten Pilsudski, aber dieser sitzt immerhin noch in Magdeburg, und wenngleich der Ministerpräsident Swiezynski sich sofort nach Übernahme der Regierung persönlich an den Generalgouverneur von Besseler mit der Forderung gewendet hat, daß Pilsudski freigelassen werden solle, so darf man doch hinsichtlich des Ergebnisses dieser Bemühungen kein Optimist sein.

Indessen verwickelt die Abwesenheit Pilsudskis die Lage im Lande in verhängnisvoller Weise. Sich darauf berufend, hat die Linke ihre Beteiligung an der Regierung abgelehnt, was als eine im höchsten Grade unersprießliche Erscheinung zu betrachten ist angesichts der unablässig drohenden Gefahr ernster sozialer Erschütterungen. Außer Herrn Wolczynski, der die nationalen Arbeiterkreise repräsentiert, hat das Kabinett Swiezynski, wenngleich es sich zweifellos aus aufrichtigen Demokraten zusammensetzt, immerhin einen im Hinblick auf die breiten Massen allzu exklusiven Bourgeois-Charakter. Im gegenwärtigen Augenblick ist das nicht gut, und man hält sich, wie das Beispiel sogar des Deutschen Reiches beweist, in anderen Ländern an andere Grundsätze. Es wäre daher zu wünschen, daß die Nachricht sich als wahr erwiese, daß die galizischen Volksparteiler sich bereit erklärt hätten, in die Regierung des Herrn Swiezynski zwei neue Führer zu entsenden. Mit diesen unabweisbaren Vorbehalten muß festgestellt werden, daß die neue Regierung in ihrem Schoß Leute mit erprobter Heimatliebe, hervorragendem Fachwissen und großer Autorität in der Volksgemeinschaft besitzt. Es sind das zweifellos sehr schätzbare Eigenschaften, die es der Regierung erleichtern werden, den ungeheuren Aufgaben der äußeren und inneren Politik gerecht zu werden, die sich im gegenwärtigen Augenblick vor ihr aufstürmen.

Beachtung verdient außerdem noch die Art und Weise, in welcher die neue Regierung zustande gekommen ist, da in dieser Beziehung wesentliche Unterschiede obwalten im Vergleich mit der Form, in welcher die bisherigen Regierungen des Königreichs Polen berufen worden sind.

Das Kabinett Swiezynski übernimmt die Regierung aus den Händen des Regentschaftsrates und stellt sich damit auf den im gegenwärtigen Augenblick einzig richtigen Standpunkt, daß das Nichtanerkennen

dieser bisher obersten Staatsgewalt das allgemeine Chaos im Lande noch verschlimmern würde.

Darüber hinaus hat die neue Regierung sich in nichts an die Bestimmungen des Patents vom 12. September 1917 gehalten, wie dies ihre Vorgänger getan hatten. Herr Smiezynski hat sein Amt ohne eine besondere Bestätigung von Seiten der Mittelmächte übernommen, da der Regentschaftsrat auf seinen Wunsch diese Bestätigung überhaupt nicht nachgesucht, die österreichisch-ungarische Regierung sogar auf dieses Privileg gegenüber der polnischen Regierung verzichtet hat.

Schließlich muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß im neuen Kabinett alle zu einer selbstständigen und normal funktionierenden Regierung gehörenden Portefeuilles verteilt sind. Es gibt somit einen Minister des Äußeren — nicht mehr bloß einen Departementsdirektor — und einen Kriegsminister — nicht mehr bloß einen Direktor der Heereskommission — sowie vor allem Minister ohne Portefeuilles für Galizien und Großpolen."

In der gleichen Angelegenheit schreibt der Posener Kurjer vom 25. Oktober 1918:

"Endlich haben wir ein polnisches Kabinett, und zwar das erste, nicht von Gnaden der Zustimmung seitens der Mittelmächte, sondern ein ausschließlich auf das Vertrauen der Volksgemeinschaft gestütztes.

Durch seine persönliche Zusammenziehung bildet das neue polnische Kabinett die Bürgschaft dafür, daß es die riesige seiner wartende Aufgabe energisch und sachverständig anpacken wird. Wir sehen nämlich in dem Kabinett Leute, die auf einer breiteren oder engeren Arena der öffentlichen Tätigkeit den Beweis für ihre Sachkunde und für ihren Arbeitsfleiß erbracht haben."

Aus Nr. 246 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 21. Oktober 1918.

"Dziennik Kujawski" entnimmt dem "Kurjer Warszawski", daß die **österreichisch-ungarische** Regierung auf ihr Recht, den polnischen Ministerpräsidenten zu bestätigen, verzichtet habe. Zweifellos werde auch von der Berliner Regierung ein ähnlicher Verzicht eingehen. Übrigens habe der Regentschaftsrat nicht mehr die Pflicht, den Ministerpräsidenten-Kandidaten den Okkupationsbehörden zur Bestätigung zu präsentieren, weil das Königreich Polen im Sinne des Aufrufs vom 27. Oktober ein völlig unabhängiger Staat sei. Daher sei es auch verständlich, daß Graf Rostworowski als Vertreter der polnischen Regierung in Bern vom Bundespräsidenten, dem er den Aufruf des Regentschaftsrats vom 9. Oktober notifiziert habe, empfangen worden sei und er diesen Aufruf auch dem französischen, englischen, amerikanischen, italienischen, sowie holländischen Gesandten notifiziert habe.

Aus Nr. 245 des Kurjer Poznański (Posen) vom 24. Oktober 1918.

Aus privater Quelle erfährt das Blatt, daß in das neue

Warschauer Kabinett Smiezynski

der Posener Rechtsanwalt Witold Celiński als Unterstaatssekretär des Innern und der Direktor der Posener polnischen Verbandsbank, Dr. Englisch, als Finanzminister eintreten sollen.

Aus Nr. 248 des Dziennik Poznański (Posen) vom 27. Oktober 1918.

Aus Warschau

berichtet man: "Erwartet wird hier in diesen Tagen das Eintreffen des Herrn B. Kulerski, Redakteurs der "Gazeta Grudziadzka", des Herrn Nowicki, Führers der Nationalen Arbeiterpartei, sowie möglicherweise des Abg. von Trompezyński, denen bezüglich des Reisens nach Warschau keine Schwierigkeiten gemacht worden sind. Dagegen ist von dem Eintreffen des Abg. Seyda und Korjanty unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Rede."

Aus Nr. 248 des Dziennik Poznański (Posen) vom 28. Oktober 1918.

Zur Übernahme des Amtes des polnischen Finanzministers hat sich der Direktor Dr. Englisch von der Posener Verbandsbank der polnischen Erwerbsgenossenschaften bereit erklärt.

Aus Nr. 241 des Kraj (Lissa i. P.) vom 24. Oktober 1918.

"Kraj" meint, daß die lakonische Mitteilung des Preßbüros beim Generalgouvernement Warschau, daß Pilsudski nicht so schnell zu erwarten sei, auf die gespannten polnisch-deutschen Verhältnisse erbitternd wirken müsse.

Nr. 201 der Wiadomości Polskie (Petritau) vom 20. Oktober 1918

bringt nach der italienischen "Idea Nazionale" eine Zuschrift anlässlich der Ankunft des Generals Haller in Paris: Pilsudski habe es zu allererst begriffen, daß Polen an dem Kriege teilnehmen müsse, wenn es seine Unabhängigkeit erlangen wolle. In dieser Beziehung sei er mit Garibaldi zu vergleichen. Er habe aber nicht eingeesehen, daß Österreich wirtschaftlich und militärisch von Deutschland zu sehr abhängig sei, um die polnischen Pläne zu unterstützen, daß andererseits zwischen Polen und Preußen kein Kompromiß möglich sei. Zu dieser Einsicht sei noch vor dem Kriege Roman Dmowski gekommen, der deswegen auch für eine Verständigung mit Rußland und gegen ein autro-polnisches Programm eingetreten sei. In diesem tragischen Konflikt, wo nicht nur polnische Soldaten, sondern auch freiwillige polnische Truppen sich als Feinde gegenüberstehen mußten, seien die Wege von Dmowski und Pilsudski ebenso auseinandergegangen, wie einst beim italienischen "Risorgimento" die Wege Garibaldis und Cavour's. Die Entwicklung der Tatsachen habe Dmowski recht gegeben.

(Aus Nr. 271 des Warschauer Tagesberichts vom 25. Oktober 1918.)

Nr. 205 des Dziennik Kijowski (Kiew) vom 18. Oktober 1918

bringt einen Artikel über eine am 17. Oktober in Kiew stattgefundene Versammlung des polnischen Exekutiv-Komitees, der als Vertreter des Regentschaftsrates Stanislaw Wankowicz beigewohnt hatte. Der Vorsitzende des Exekutiv-Komitees begrüßte Wankowicz und bat ihn zum Präsidialtisch. Herr Wankowicz antwortete dem Vorsitzenden des Komitees, daß er auf der Versammlung anwesend sei, um das Exekutiv-Komitee im Namen der polnischen Regierung zu begrüßen, und führte in einer Rede u. a. folgendes aus: "Ich fühle mich verpflichtet, die falschen Nachrichten

die über den Regentschaftsrat und die polnische Regierung verbreitet worden sind, zu berichtigen. Es ist un wahr, daß der Regentschaftsrat und die Regierung nicht sehr patriotisch sind, im Gegenteil, sie nahmen stets eine rein nationale Haltung ein, verzichteten auf keine dem Volke so überaus teuren Ideale, entsagten keinen einer wesentlichsten Aspirationen. Der Regentschaftsrat und die Regierung taten das, was ihnen der Verstand und das Gewissen befohlen. Als aber die erwartete Stunde schlug, warfen sie die drückenden Bande von sich." Zum Schluß sagte der Redner dem Exekutiv-Komitee im Namen der polnischen Regierung Dank für die bisher geleistete Arbeit in der Ukraine und wünschte ihm auch weiterhin den größten Erfolg. (Aus Nr. 272 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Oktober 1918.)

Nr. 207 des Dziennik Kijowski (Kiew)
vom 20. Oktober 1918

bringt nachstehende „Deklaration der polnischen Organisation in der Ukraine“: In dem feierlichen Augenblick, in dem die Unabhängigkeit des vereinigten Polens durch alle Völker der Welt anerkannt wird, was durch die Botschaft des Aller durchlauchtsten Regentschaftsrates vom 7. Oktober 1918 festgestellt worden ist, vereinen sich die Polen der Ukraine mit dem ganzen Volke im Gefühl der Sohnesliebe zum Vaterland und der Bereitwilligkeit zu grenzenloser Aufopferung. Die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen polnischen Gebieten mit einem Zugang zum Meere ist nicht nur eine Genugtuung gegenüber Forderungen des Rechtes und der Gerechtigkeit hinsichtlich Polens, sondern bildet gleichzeitig den Grundstein zum einträchtigen Zusammenleben der Völker, die im östlichen Teile Mitteleuropas ansässig sind und eine Bürgschaft für die fruchtbare kulturelle Arbeit im Namen des Fortschrittes und des Wohles der ganzen Menschheit.

Wir glauben, daß insbesondere das polnische und das ukrainische Volk das außergewöhnlich schwierige Problem der gegenseitigen Beziehungen zum gemeinsamen Wohle beider Völker in Einklang bringen werden. Aber da die zerrissenen Teile der früheren Republik zum gemeinsamen Leben zurückkehren werden, da wir verlangen, daß der polnische Staat ein eigenes Meeresufer besitze, sowie die urenigen polnischen Gebiete umfasse, wo die Mehrheit des fremden Elements künstlich geschaffen wurde, — müssen wir der Welt erklären, daß wir von dem Bestreben, über die benachbarten Völker Polens zu herrschen, weit entfernt sind, und im Sinne der Grundsätze, die durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündet worden sind, das Bestreben aller Völker nach gänzlicher Unabhängigkeit unterstützen. Wir glauben, daß in aller nächster Zeit in Warschau ein Landtag der vereinigten polnischen Gebiete zusammentreten wird, gestützt auf die breitesten demokratischen Grundsätze. Wir glauben, daß bevor der Landtag einberufen wird, der allein berechtigt sein wird, über das Schicksal Polens und seinen Aufbau zu beschließen, der Regentschaftsrat unverzüglich aus den Vertretern aller Teilungsgebiete eine vorläufige Regierung einberuft, die die Verwaltung des Landes in ihre Hände nimmt, — die Frage der sofortigen Bildung einer polnischen Armee, sowie die Verteidigung der Interessen des polnischen Staates auf dem internationalen Kongreß. In diesem großen Augenblick rufen wir daher alle Polen auf, durch erspriessliche Arbeit und Aufopferung zum Aufbau des mächtigen und freien polnischen Staates beizutragen.“ (Es folgen die Unterschrif-

ten von 77 politischen, kulturellen, beruflichen, wissenschaftlichen u. a. polnischen Organisatoren der Ukraine mit dem polnischen Exekutivkomitee für Ruthenien an der Spitze).

(Aus Nr. 272 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Oktober 1918.)

Nr. 298 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 28. Oktober 1918

berichtet, daß am 27. 10. auf Antrieb „einer Gruppe von Vertretern der demokratischen Parteien“ eine Versammlung in der Angelegenheit der polnischen Ostmarken stattfand. In der gefaßten Resolution verlangten die Versammelten, daß „die Gebiete des ehemaligen Großherzogtums Litauens gänzliche politische Unabhängigkeit auf der Grundlage der Grundlage der Gleichberechtigung des polnischen und litauischen Volkes erlangen.“ Die politischen und volkswirtschaftlichen Interessen erheischen nach Ansicht der Versammelten, daß „Polen mit Litauen in einem Bündnis verbleibe, das auf eine freiwillige, durch den polnischen Landtag in Warschau und durch den polnisch-weißrussischen Landtag in Wilna, als der Hauptstadt des litauischen Staates, sanktionierte Vereinbarung gestützt sein würde“; die Versammelten fordern die polnische Regierung auf, „unverzüglich Schritte zu unternehmen, um sich mit den polnischen Faktoren des litauischen Volkes zwecks Vorbereitung der Grundlage zu dem erwünschten Bündnis zu verständigen.“

(Aus Nr. 274 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Oktober 1918.)

Nr. 297 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 27. Oktober 1918

bringt einen Artikel von Graf Tyjskiewicz, früheren Warschauer Dumaabgeordneten, der gegenwärtig in Litauen weilt. In dem Artikel heißt es u. a.: „Die Freude des großen Polens ist durch nichts getrübt, aber hier in Litauen herrscht noch große Verwirrung in den Gemütern. Die Herzen aller pochen, denn man fühlt, daß auch für Litauen das neue Morgenrot aufgeht. Die Lösung des litauischen Problems ist das schwierigste Thema der gegenwärtigen Stunde... Man darf nicht länger zögern, denn vom gegenwärtigen Augenblicke hängt vielleicht die Einheit oder Trennung beider Länder ab. Das vereinigte Polen sollte ein feierliches Wort aussprechen, ein so großes und heiliges, daß es durch die Erhabenheit des Gedankens und des Geistes alle Einflüsterungen der Feinde Polens überwinden könnte... Polen wird die Litauer nicht in solche einteilen, die polnisch oder litauisch sprechen, denn Polen versteht es, daß es eine geschichtliche Mission erfüllt, wenn es sich mit Litauen durch eine Union eint, die beiden Ländern Glück und Zufriedenheit bringt — unter Gleichberechtigung für die litauische und polnische Sprache in den litauischen Ämtern.“

(Aus Nr. 275 des Warschauer Tagesberichts vom 29. Oktober 1918.)

Aus Nr. 244 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 23. Oktober 1918.

Erklärungen der polnischen Parteien in Litauen.

Der Nationale Klub. Der Nationale Klub befolge bei der Neuordnung der nationalen Verhältnisse den Grundsatz, daß jeder das Recht habe, seine Nationalität selbst zu bestimmen und daß auch jedes Volk die Freiheit haben müsse, ein eigenes Staatswesen zu gründen. Deswegen erkenne der Nationale Klub den litauischen Nationalstaat als solchen an, sofern dieser

Staat sich auf die ethnographisch-litauischen Gebiete erstreckt, d. h. auf die Gebiete des geschichtlichen Litauens, wo die absolute Mehrheit der Bevölkerung litauisch sei.

Das Recht der Selbstbestimmung nehme der Nationale Klub aber auch für die Polen in ihrem Verhältnis zu den Litauern in Anspruch. Deswegen werde er sich mit aller Macht allen Versuchen widersetzen, die darauf hinausgingen, dem litauischen Staate diejenigen Gebiete einzuverleiben, wo die absolute Mehrheit der Bevölkerung polnisch sei.

Bei der Feststellung der Grenzen des litauischen Staates könne deshalb nur der durch nichts beeinflusste Wille derjenigen Bevölkerung entscheidend sein, die an dieser Feststellung beteiligt sei.

Der Nationale Klub trete, eingedenk des jahrhundertelangen Zusammenlebens der beiden Brudervölker, des polnischen und des litauischen, für die Bildung eines Bundes aller freien Völker ein. Er begreife im besonderen die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen dem polnischen und dem litauischen Staate auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Deswegen werde er mit aller Macht die Idee der Vereinigung Polens mit Litauen unterstützen, die auf Grund einer Verständigung zwischen den beiden Völkern auf einer Grundlage aufgebaut werde, der beide Parteien einmütig zustimmen würden.

Die Nationaldemokratie. Die polnische nationaldemokratische Partei in Litauen sei der Ansicht, daß die Frage der Unabhängigkeit Litauens von der Frage der Unabhängigkeit des polnischen Staates nicht zu trennen sei, dem die litauisch-ruthenischen Länder Jahrhunderte hindurch angehört hätten. Kein Akt der Teilungsmächte, sei es aus früheren Zeiten oder aus der gegenwärtigen Ära, sei deshalb imstande, das Band zu zerreißen, das zwischen Polen und Litauen bestanden habe und das sich auch heute noch nicht nur auf die geschichtliche Überlieferung, sondern auch auf den nationalen und wirtschaftlichen Besitzstand der Polen in Litauen stütze.

Aus diesem Grunde könne die nationaldemokratische Partei jene Akte nicht anerkennen, die sich auf Litauen bezögen, aber den oben erwähnten Grundätzen widersprächen. Sie erkenne somit die von Deutschland proklamierte und von der litauischen „Taryba“ angenommene angebliche Unabhängigkeit Litauens nicht an. Ebenjowenig könne sie einem von auswärts her kommenden Akte zustimmen, der die Tendenz verriete, das Band zu zerreißen, durch welches die litauischen Gebiete mit Polen vereinigt waren. Das Problem der Selbständigkeit oder einer vollständigen Unabhängigkeit Litauens könne nur im Einverständnis mit dem polnischen Volk und speziell im Einverständnis mit demjenigen Teil des polnischen Volkes gelöst werden, der in Litauen selbst lebe. Die nationaldemokratische Partei halte diejenige Lösung dieser Frage für die beste, durch die unter Aufrechterhaltung der Union Polens mit Litauen der Gesamtheit der okkupierten katholischen Länder in Litauen eine selbständige staatliche Verwaltung und die vollständige Freiheit im Inneren sowie die Möglichkeit der nationalen und kulturellen Entwicklung aller nationalen Eigenheiten zugestanden würde.

Eine solche Lösung könnte entweder in der Form einer weitgehenden Autonomie mit einem Landtage in Wilna oder in der Form einer Föderation erfolgen.

Die nationaldemokratische Partei spreche den Litauern das Recht nicht ab, über die Art ihres Staatswesens selbst zu entscheiden. Ebenjowenig spreche sie ihnen das Recht ab, einen unabhängigen litauischen Staat aufzubauen. Ein solcher Staat dürfe aber nur in den streng ethnographischen Grenzen Litauens aufgebaut werden. Auf Grund eines solchen Problems müßten also die Gebiete Litauens, in denen die polnische Bevölkerung überwiege und die deswegen nach

Polen und nach der polnischen Kultur gravitierten, dem polnischen Staate einverleibt werden.

Was insbesondere die gegenwärtige Lage anbelange, so erkenne die nationaldemokratische Partei die litauische „Taryba“ als die Vertreterin Litauens nicht an. Aus diesem Grunde erkenne sie auch die Akte der „Taryba“ und die von ihr übernommenen Verpflichtungen nicht als solche an, durch die das Land und um so mehr die polnische Volksgemeinschaft irgendwie gebunden wären. Sie sei außerdem der Ansicht, daß alle Beziehungen zu der „Taryba“ sowie alle Verhandlungen mit ihr, durch die der „Taryba“ und ihren Akten irgendeine bindende Kraft zuerkannt werde, schädlich seien und daß sie den Interessen des Landes sowie der ganzen Menschheit widersprächen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 464 des Czas (Kraukau)
vom 18. Oktober 1918.

Der Zugang zum Meere.

Gleich nach Annahme der Wilsonschen Bedingungen durch die deutsche Regierung konnte man voraussehen, daß in Angelegenheit der polnischen Provinzen, die gegenwärtig zu Preußen gehören, der Versuch unternommen werden wird, mit Hilfe sophistischer Auslegung ihre Abtretung an den polnischen Staat zu verhindern. Tatsächlich tritt die ganze deutsche Presse, von der radikal fortschrittlichen an bis zur alldeutschen, mit einer Menge von Argumenten hervor, um nachzuweisen, daß Wilson weder Polen, noch Westpreußen, noch Oberschlesien im Sinne hatte. Als Beweis dient natürlich vor allem eine gefälschte oder entsprechend präparierte Statistik. Herr Erich Dombrowski greift z. B. im „Berliner Tageblatt“ nach dem Kunststück, daß er den Prozentsatz der Polen im Regierungsbezirk Oppeln mit 40 angibt. Nur fügt er nicht hinzu, daß mit Ausnahme von einigen germanisierten Kreisen im Norden, auf die die Polen keinen Anspruch machen, die Zahl der Polen in Oberschlesien 80% beträgt und auf dem Lande 99% übersteigt. Auf solche morschen Grundlagen suchen die Deutschen ihren Anspruch auf die betreffenden Gebiete zu stützen.

Nur bezüglich Danzigs steht die Statistik auf Seiten der Deutschen, und niemand denkt daran, zu bestreiten, daß dies eine deutsche oder eigentlich germanisierte Stadt ist. Hier ist jedoch der Abschnitt der Forderungen Wilsons maßgebend, der davon spricht, daß Polen einen freien und unmittelbaren Zugang zum Meere haben solle. Das gilt natürlich nur, wenn es sich um die Auslegung von Gegenwartsdokumenten handelt. Wenn nämlich historische Rechte entscheiden sollten, dann würde es gar keinen Streit geben.

Polen hat den Zugang zum Meere durchaus nötig, und zwar aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Ohne dieses offene Fenster, durch das es die Verbindung mit dem übrigen Europa erhält, würde es der wichtigsten Daseinsgrundlage entbehren und seine Unabhängigkeit nicht verteidigen können.

Es gibt ganze Werke, die alle Völker gemeinsame Sehnsucht nach dem Meere feststellen und rechtfertigen. Kein Volk, das irgend eine wichtigere Rolle in der Weltgeschichte gespielt hat, war von der Meeresküste abgeschnitten. Rußland ist in die Reihe der Mächte erst dann eingetreten, als ihm der Zar Peter den Zutritt zum freien Meere eroberte. Von den näheren Beispielen sehen wir Rumänien, dessen ganzes Streben darauf gerichtet ist, seinen bescheidenen Stützpunkt am Meere zu erhalten. So lange es Konstanza nicht besaß, war es — trotz der Donau — eng von Österreich und Rußland abhängig, welche Staaten jeden Augenblick imstande waren, sein wirtschaftliches Leben zu untergraben. Erst der Besitz von Konstanza hat Rumänien

die Möglichkeit gegeben, die Preise für seine Erzeugnisse nach seinem eignen Willen festzusetzen. Und was hat die politische und wirtschaftliche Entwicklung Serbiens dauernd gehindert? Vor allem der Mangel eines Zugangs zum Meere. Was hat so kleinen Völkern, wie den Holländern und Norwegern, ermöglicht, lange Jahre hindurch eine große Rolle in Europa zu spielen, und was sichert diesen Völkern bis jetzt noch ihre Unabhängigkeit? Nur ihre geographische Lage am offenen Meere. Der schlimmste Fehler unsrer Vergangenheit war die Ungeschicklichkeit in der Ausnutzung des schmalen Streifens an der Ostsee, der uns als Erinnerung an unsere Herrschaft über ganz Pommern zu beiden Seiten der Odermündung übrig geblieben ist.

Und noch eine Rücksicht, die nicht minder wichtig ist, spricht für die Notwendigkeit der Wiedererlangung der früheren pommerschen Wohnerschaft. Polen hat nämlich nur einen großen Fluß, der mit allen seinen Nebenflüssen von der Quelle bis zur Mündung Gebiete durchfließt, die fast ausschließlich von Polen bewohnt werden. Durch den Gewaltakt der Teilung hat es den wichtigsten Teil dieser Arterie, die mit der Zeit den wichtigsten Verkehrsweg Polens bilden könnte und mußte, verloren. Die Mündung der Weichsel mußte daher wieder zu Polen kommen, damit dieses über den ganzen Flußlauf frei verfügen kann.

Wenn es sich übrigens um das unmittelbare Interesse Danzigs handelt, so weist die Vergangenheit dieser Stadt darauf hin, daß sie so lange blühte und sich entwickelte, als sie zu Polen gehörte. Dann begann die Zeit des Verfalls, die teilweise noch jetzt andauert. Der Danziger Hafen ist vernachlässigt und schlecht gehalten und kann sich nach keiner Richtung hin mit Hamburg oder Bremen messen. Die Bewohner Danzigs müssen daran denken, daß eine Hafenstadt nur dann die notwendigen Vorbedingungen für ihre Entwicklung hat, wenn sie ein sogenanntes Hinterland besitzt. Dieses Hinterland Danzigs ist aber Polen und nicht das kleine Gebiet Westpreußens, das ihm höchstens bescheiden zu vegetieren gestattet.

In der deutschen Presse ist mit Recht hervorgehoben worden, daß die Polen und die Deutschen, die durch die Natur zum Nebeneinanderleben bestimmt sind, schließlich im beiderseitigen Interesse zu einer Verständigung gelangen müssen. Es ist also nicht die beste Politik, die so schroff in einer Angelegenheit auftritt, in der die geographische Lage und das unabweisliche Gebot der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung ein Kompromiß nicht gestattet, das vielleicht an einer andern Stelle zulässig wäre. Offenbar ist der Standpunkt der deutschen Presse zu der Frage des polnischen Zugangs zum Meere ein Überbleibsel des alldeutschen Geistes, der noch immer das Wort des Friedens zu trüben sucht.

Aus Nr. 474 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 13. Oktober 1918.

Ein unwahrer Vorwand.

Angeichts der Annahme der Friedensbedingungen Wilsons durch Deutschland wird es notwendig und durch die polnische öffentliche Meinung betont, daß die deutschen Heere aus dem Königreich zurückgezogen werden.

Die deutsche Presse verwahrt sich, anscheinend auf irgendeinen Wink von oben, gegen diese Notwendigkeit und beruft sich hierbei wahrscheinlich in läugerischer Weise, auf eine angebliche Verständigung mit der polnischen Regierung....

Mann muß an dieser Stelle konstatieren, daß die polnische Regierung unbedingt imstande ist, jegliche Bürgschaft, für die Sicherheit im Lande zu übernehmen, wenn überhaupt eine solche Bürgschaft jemanden außerhalb Polens gegeben werden muß.

Was die Miliz als Sicherheitsdienst anbelangt, deren Grundstock bereits in Warschau besteht, unterliegt

es keinem Zweifel, daß sich eine solche im ganzen Königreiche sehr leicht sofort nach Zurückziehung der fremden Heere aufstellen läßt.

Was die polnische Wehrmacht anbelangt, so sind doch vor allem die Legionen vorhanden. Die Institution als solche ist zwar aufgelöst, aber die Leute sind doch, wenn auch zerstreut, vorhanden. Wenn man es ihnen nur gestattet, dann werden sie die Aufgabe, zu der sie in Polen berufen sind, erfüllen. Es gibt außerdem im Königreich zahlreiche Offiziere und Soldaten der Heeresabteilungen Musnickis. Wenn es sich um die Kennung polnischer militärischer Kräfte handelt, die bereits mobilisiert sind, so wollen wir daran erinnern, daß polnische Heere in Frankreich, am Don und an der Murmanküste vorhanden sind.

Was die Munition anbelangt, so würde es sich gehören, daß die Deutschen das ungeheure Kriegsmaterial herausgeben, daß sie den Polen bei der Entwaffnung der Heeresabteilung Musnickis abgenommen haben. Das würde vorläufig genügen.

Der oben genannte Vorwand ist daher nicht nur unwahr, sondern entbehrt auch jeder Grundlage.

Aus Nr. 232 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 16. Oktober 1918.

Ein verständiges Wort.

Der österreichisch-ungarische Staat beabsichtigt, seine Truppen und seine Okkupationsverwaltung aus dem Teil des Königreichs zurückzuziehen, den er bis jetzt besetzt hielt. Die Übergabe der Verwaltung an die Warschauer Regierung soll in kürzester Zeit stattfinden. Diese halbamtliche Ankündigung erscheint zugleich mit einer Art Kommentar, der Licht auf die Art und Weise wirft, in der sich der österreichisch-ungarische Staat sein zukünftiges Verhältnis zum polnischen Staate denkt. Die Monarchie zeigt die löbliche Absicht, der polnischen Regierung bei dem Aufbau des Verwaltungsorganismus zu helfen, bietet ihr von vornherein die Mittel und die Einrichtung an, an denen es heute noch in Polen fehlt, und wünscht für diese Hilfe nur, daß Polen Österreich-Ungarn seinen Überschuß an Lebensmitteln und gewissen Rohstoffen, natürlich gegen entsprechende Bezahlung, nicht verweigern.

Diesen Schritt, der beweist, daß der österreichisch-ungarische Staat sich die Zuneigung Polens sichern will, muß man um so freudiger verzeichnen, als die Wiener Diplomatie sich bis jetzt nicht durch besondere Geschicklichkeit und politischen Weitblick ausgezeichnet hat, hingegen in großem Umfange die Kunst ausübte, diejenigen vor den Kopf zu stoßen, deren Gewinnung in ihrem offenkundigen Interesse lag....

Daß die Hilfe Österreich-Ungarns beim Aufbau der Verwaltung willkommen ist — daran ist nicht zu zweifeln. Der schnelle Verlauf der Ereignisse hat den entstehenden polnischen Staat unvorbereitet angetroffen, sich von neuem in seinem Hause einzurichten, das seit anderthalb Jahrhunderten von ungebeten Gästen bewohnt wurde. In der verhältnismäßig leichtesten Lage befindet sich Galizien, wo der polnische Beamtenkörper und die langjährige Selbstverwaltung den Grundstock der zukünftigen Staatseinrichtungen bilden. Der polnische Staat erhält in Galizien wenigstens einen fertigen Verwaltungsapparat. Es genügt, daß der Ort gewechselt wird, von dem aus die Befehle gegeben werden, d. h., daß diese Befugnis der Regierung in Warschau übertragen wird....

Die Warschauer Regierung steht also vor einer riesigen Aufgabe, da Verhandlungen wegen Übernahme der Verwaltung im deutschen Besetzungsgebiete ebenfalls stattfinden und wahrscheinlich bald zu positiven Ergebnissen führen werden. Die Schwere dieser realen

Aufgabe besteht darin, daß eine Verwaltungsmaschinerie bis zum kleinsten Nädchen geschaffen werden muß. Angesichts der Größe dieser Aufgabe fällt um so unangenehmer das politische Chaos auf, das gegenwärtig in Warschau herrscht und die Bildung der Regierung unmöglich macht, obwohl seit der Kundgebung des Regentenschaftsrats bereits eine Woche vergangen ist. Wir verstehen, daß der Kampf um die Macht eine natürliche Funktion des Parteiorganismus ist. Trotzdem müssen wir mit Sorge die Verwunderung aussprechen, daß der dortige Streit Formen annimmt, die heute durchaus unangebracht und schädlich sind, da dadurch die wichtigste Sache, nämlich die Bildung des Kabinetts auf neuen Grundlagen, die der Änderung der politischen Verhältnisse in der letzten Zeit entsprechen, verzögert wird. Wie soll die Übernahme der Verwaltung vom Offizianten erfolgen, wenn sich das Kabinett im Zustande der Demission befindet? Und wie unvorteilhaft muß andererseits auf die Stimmung der Allgemeinheit der Anblick von Parteistreitigkeiten und Parteihader wirken, durch die die Lösung der wichtigsten realen Fragen unmöglich gemacht wird!

Wir haben es heute mit der Tatsache zu tun, daß das Königreich nicht imstande ist, eine Regierung aufzustellen, und zwar infolge von Kämpfen um die Macht. Vielleicht wird die Ankunft galizischer Politiker in Warschau eine Wendung zum Bessern bringen. Es wäre wünschenswert, daß die politische Erfahrung unseres Landesteiles dem in Entstehen begriffenen Staate die Dienste leistet, die sie ihm während der 4 Kriegsjahre leider nicht geleistet hat. Es wäre heute schwierig und überflüssig, auf die Gründe dieser Erscheinung einzugehen, da man an so manche politische Kurzsichtigkeit und so manchen logischen Fehler erinnern müßte. Heute jedoch, da die verschiedenen Orientierungen aufgehört haben zu existieren, tritt gewissermaßen die technische Hilfe in den Vordergrund, die Galizien durch seine Parlamentarier in Warschau leisten könnte. Durch diese Hilfe würde es vielleicht möglich sein, den Knoten zu entwirren, zu dem sich die innere Lage im Königreich verschlungen hat. Die politische Technik unserer langjährigen Abgeordneten wird jetzt, da sie nicht mehr der amtlichen galizischen „Orientierung“, sondern der von Anfang an einzig richtigen und verständigen und heute durch die Ereignisse gerechtfertigten, nämlich der polnischen Orientierung dient, vielleicht zu etwas zu gebrauchen sein. Möchten wir doch so bald als möglich die Nachricht erhalten, daß in Warschau eine starke Regierung entstanden ist, die als Vorläufer der endgültigen Regierung für alle drei Teilgebiete zu betrachten wäre.

Aus Nr. 233 des Glos Narodd (Krakau)
vom 1. Oktober 1918.

Liquidation.

Die polnischen Mitglieder der österreichischen Delegationen haben die staatsrechtliche Erklärung abgegeben, daß sie sich von diesem Augenblick ab nur als Bürger des vereinigten und unabhängigen Polens betrachten. Diese Erklärung wird den Rest des Zweifels zerstreuen, der außerhalb Polens unter Faktoren bestehen könnte, die die polnische Frage oberflächlich betrachten oder in überlebten Begriffen über sie denken. In die inneren Verhältnisse zwischen den beiden Landesteilen wird dadurch nichts Neues hineingetragen. Die polnischen Abgeordneten haben nur die formelle Schlussfolgerung aus den Voraussetzungen gezogen, die seit der Teilung unverändert in jeder polnischen Seele vorhanden waren, und zugleich die Summe der Rechnung gezogen, die den Teilungsmächten durch die geschichtliche Nemesis vorgelegt wird. Daher hat die Erklärung der galizischen Polen gewiß die maßgebenden Stellen

in Wien nicht überrascht, die sich mit der Vereinigung Polens seit langem abfinden mußten und deren verständigen Bemühungen sich lediglich in der Richtung bewegen, zu unserm Staate in Zukunft die besten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Unsere Vertretung hat nur festgestellt, daß durch Annahme des 13. Punktes der Wilsonschen Forderung die Frage der staatlichen Zugehörigkeit unseres Landesteils entschieden wurde. Die Zukunft Galiziens ist festgelegt. Es handelt sich nunmehr um die Übergangszeit zwischen dem gegenwärtigen Augenblick und der formellen Einverleibung unseres Landesteils in das vereinigte und unabhängige Polen.

Diese Zeit müßte infolge des Umstandes, daß sich die Verwaltung Galiziens in den Händen der Polen befindet, ruhig und ohne Erschütterungen vorübergehen. Es ist nicht notwendig, die fremden Beamten zu beseitigen und sie durch eigene zu ersetzen, wie dies das Königreich in beiden Okkupationsgebieten tun muß. Das, was ein halbes Jahrhundert lang im Interesse Österreichs lag, erleichtert jetzt die ruhige Liquidation des Verhältnisses zu Polen in politischer Beziehung. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen werden später erfolgen. Heute handelt es sich um die Ausübung von Verwaltungsfunktionen zu Gunsten Polens durch dieselben Faktoren, die sie bis jetzt zu Gunsten Österreichs ausgeübt haben. Wir sind dessen sicher, daß unsere Beamten sich ihrer Pflichten bewußt sind. (Zensurücke.)

Wir wünschen, daß man uns richtig verstehe. Es handelt sich um das innere Gefühl für die staatliche Zugehörigkeit, von dem von nun an alle Funktionäre der galizischen Verwaltung in all ihren Zweigen ebenso durchdrungen sein müssen, wie jeder Bürger unseres Landesteils davon durchdrungen ist. Die Erklärung, die von unsern Vertretern abgegeben worden ist, drückt unsern Standpunkt aus und ist für uns alle verbindlich, da sie in unser aller Namen erfolgt ist. Die öffentliche Meinung wird daher alle Äußerungen der öffentlichen Tätigkeit unter diesem Gesichtspunkte verfolgen und muß sich alle Abweichungen von dieser grundsätzlichen Richtung merken, falls sie — was wir auch nicht einen Augenblick annehmen — tatsächlich vorkommen sollten.

(Zensurücke.)

Die polnische Erklärung begrüßen wir als einen notwendigen und nützlichen Schritt. Jeder Lichtstrahl ist bei dem heutigen Chaos sowohl für Polen als auch für Österreich erwünscht, da sich die nachbarlichen Verhältnisse für beide Teile um so günstiger gestalten werden, je klarer sie im gegenwärtigen Augenblick zum Ausdruck kommen.

Clara pacta claros faciunt amicos. Von dieser Voraussetzung ausgehend, sind wir überzeugt, daß die Liquidation des Verhältnisses zwischen Österreich und Galizien sich auf Grund vernünftiger Verständigung und ohne Hindernisse vollziehen wird, durch die die künftigen Beziehungen zwischen Polen und der Monarchie getrübt werden könnten. In Wien versteht man gewiß die weittragende Bedeutung der Ereignisse, die wir hier ohne Verwunderung als natürlichen Verlauf der geschichtlichen Gerechtigkeit betrachten und aus dem wir nur die praktischen Konsequenzen ziehen.

Aus Nr. 464 des Czas (Krakau)
vom 18. Oktober 1918.

Die Umgestaltung Österreichs.

Das Manifest Kaiser Karls, das gestern veröffentlicht worden ist, ist ein Schritt, durch das der Antwort des Präsidenten Wilson, die unzweifelhaft gewisse Forderungen bezüglich der Regelung oder nationalen Angelegenheiten der Monarchie aufstellen wird, vorgegriffen wird. Die Bedeutung des Manifestes

hängt im hohen Grade auch davon ab, ob es nach Verständigung mit dem Beherrscher der Welt, oder ohne sein Wissen abgefaßt worden ist. Die Lage hat sich so gestaltet, daß die in dem Manifeste aufgestellten Grundsätze nur im ersteren Falle ins Leben treten und zur Grundlage der neuen Gestaltung Österreich-Ungarns in der Zukunft werden können.

Der Text des Manifestes ist so allgemein gehalten, daß die Ausarbeitung einer konkreten Verfassung auf dieser Grundlage noch Gegenstand langer Kämpfe und Schwierigkeiten sein wird. Nur das eine wird ausdrücklich gesagt, daß in der Übergangszeit die bisherigen Abgeordneten zum Parlament die Pflicht haben, die „Nationalstaaten“ zu vertreten. Ausgeschlossen ist daher die Schaffung von nationalen Konstituanten oder von Nationalräten, die von der Bevölkerung besonders gewählt werden. Es steckt darin der Wunsch, Österreich vor der Revolution zu bewahren und seine bisherige Gestaltung während des Krieges beizubehalten.

In der polnischen Frage drückt sich das Manifest in vorsichtiger und nicht ganz klarer Weise aus. Es konstatiert die Möglichkeit der Vereinigung der polnischen Gebiete mit dem unabhängigen polnischen Staate, bezeichnet aber diese Gebiete nicht genauer. Die Polen werden daraus unzweifelhaft die Schlußfolgerungen ziehen, daß damit auch die Abtretung Österreich-Schlesiens an die Polen gemeint ist, da doch dieser Landesteil ethnographisch „polnisches“ Gebiet ist. Aber auch die Ruthenen werden daraus über das Schicksal Ostgaliziens oder wenigstens der 43 Kreise, in denen die ruthenische Sprache überwiegt, analoge Schlußfolgerungen ziehen. Im Sinne des Manifestes werden sie die Bildung eines Bundesstaates fordern, in dem das polnische Element in Zukunft nur eine untergeordnete Rolle spielen würde. Die allgemein gehaltene Ausdrucksweise des Manifestes bringt keine nähere Erläuterung des Begriffes „polnisches Gebiet“. Aber man wird gewiß nicht irren, wenn man annimmt, daß die Entscheidung dieser Frage Wilson überlassen wird. Wilson oder die Entente werden endgültig über das Schicksal des polnischen Elements an beiden Ufern des Dnjestr entscheiden.

In unserem Volke herrschen nach dieser Richtung hin die lebendigsten Hoffnungen. Wir hören aus dem Auslande Versicherungen, daß die Entente einen starken, volkreichen, lebensfähigen und auf geschichtliche Grenzen sich stützenden polnischen Staates mit Thorn, Danzig, Oppeln, Lemberg, Arzemeniec, Brest-Litowsk, Nowogrodek und Wilna errichten wird. Einen solchen Staat müßten wir natürlich mit höchster Begeisterung annehmen, weil er, aus Meer angelehnt, das Flußgebiet der Weichsel und der Memel umfassen und uns wirtschaftlich und politisch von Deutschland und Rußland unabhängig machen wird. Wenn diese Zusicherungen sich bewahrheiten, wenn das Programm Wilsons bezüglich des polnischen Staates tatsächlich die Vereinigung des ethnographischen Polens mit Westpreußen, Litauen, Wolhynien und Weißrußland umfaßt, dann stellt sich unsere Zukunft in rosigen Farben dar. Außer den nichtamtlichen Zusicherungen — und zwar nur von polnischer Seite — fehlt es jedoch bis jetzt an bestimmten Angaben, namentlich auch bezüglich Rotrußlands. Man darf erwarten, daß der Diktator der Welt in den nächsten Tagen aus Anlaß der Antwort auf die österreichische Note Gelegenheit nehmen wird, seinen Standpunkt in der Angelegenheit der Grenzen Polens zu präzisieren. Dieser Standpunkt wird einen Maßstab der Absichten Wilsons und der Entente in der polnischen Frage bilden. So wie die Sache heute liegt, ist die Sache Rotrußlands noch nicht entschieden. Deswegen ist aber auch der allzu große Optimismus in dieser für die Zukunft Polens so wichtigen Frage nicht am Platze. Dem polnischen Element in Ostgalizien und mit ihm dem ganzen Volke lastet in

diesem Augenblicke eine schwere Sorge auf dem Herzen.

Aus Nr. 234 des Glos Narodu (Krajan)
vom 18. Oktober 1918.

Verspätung.

Unter dieser Überschrift schreibt „Glos Narodu“ anlässlich des Manifestes Kaiser Karls u. a.

Was die polnische Frage anbetrifft, so wird, wenn es wahr ist, daß in dem Manifest nur von vier Staaten der österreichischen Föderation, d. h. dem tschechischen, deutschen, südslawischen und ruthenischen die Rede sein wird, ein Teil Galiziens — ein Teil! — gleichsam stillschweigend als zum polnischen Staate gehörig anerkannt.

Nun, die polnische öffentliche Meinung wird höchstwahrscheinlich übereinstimmend die Erklärung abgeben, daß sie eine solche „Lösung“ nicht anerkennt und sie niemals akzeptieren wird. Vor allem müssen wir dagegen Verwahrung einlegen, daß uns galizischen Polen die Form, in der diesmal die ostgalizische Frage „gelöst“ werden soll, aufgedrängt wird. Galizien, das durch die Teilungen Polens entrissen wurde, muß auf dem Wege der Restitution zum polnischen Staate und in den Rahmen der Verwaltung der polnischen Regierung zurückkehren. Wir sprechen keiner nationalen Gruppe, auch nicht der kleinsten, das Selbstbestimmungsrecht bezüglich ihres staatlichen Daseins ab, denn auch unsere Bestrebungen sind auf denselben Grundsatz gestützt, und aus ihm leiten wir unsere eigenen Forderungen her. Die Frage des ruthenischen Kleinstaates aus Stücken Ostgaliziens muß jedoch zwischen dem ruthenischen und polnischen Volke, in dessen Namen die Warschauer Regierung sprechen wird, entschieden werden. Diese gerade muß sich zunächst grundsätzlich, dann im einzelnen, d. h. hinsichtlich der Trennung des einen Teil Polens bildenden Galiziens von dem etwa entstehenden winzigen ruthenischen Organismus, trifft. Diese Unterhandlungen müssen auf dem Friedenskongress und von der Welt gebilligt werden, ebenso wie die geführt Sache Polens und andere nationale Angelegenheiten, die bei Kriegsschluß gelöst und erledigt werden sollen.

Diese Reihenfolge im Verfahren ist unwiderruflich, und keine Bemühungen, sie über die Köpfe der Polen hinweg umzugestalten, werden sie ändern. Und ebensovienig wird es gelingen, das ruthenische Volk in einen Kampf mit den Polen hineinzutreiben; selbst wenn dies die „ehrlichen Makler“ noch so heiß ersehnen würden. Die ostgalizische Frage ist infolge der gemeinsamen Besiedelung durch rein polnische und ruthenische Bevölkerung zweifellos sehr verwickelt. Sie läßt sich jedoch bei beiderseitigem guten Willen lösen, wenn sich nur nicht unberufene Faktoren in dieselbe einmischen würden. Die Methode, Ruthenen gegen Polen auszuspielen, ist heute schon veraltet, davon gar nicht zu reden, in wie hohem Grade sie die innigsten Lebensinteressen des zukünftigen Österreichs gefährdet, weil sie das gute nachbarliche Zusammenleben desselben mit dem polnischen Staate bedroht. Wir müssen auch jeden, den es angeht, nachdrücklichst davor warnen, Zwietracht zu säen, die den Hebern keine Vorteile bringen wird und in den Augen der Welt die Meinung von der Ehrlichkeit der Wiener Politik, die heute so sehr ein gutes Leumundzeugnis braucht, ungünstig beeinflussen müßte.

Jedenfalls können wir heute schon grundsätzlich erklären, daß wir, wie sich die Sache in Zukunft auch gestalten möge, bereit sind, den ruthenischen Minderheiten innerhalb der Grenzen des vereinigten und unabhängigen Polens alle kulturellen und wirtschaftlichen Rechte auf der Basis der Gleichberechtigung einzuräumen, die umgekehrt auch überall auf polnische Minderheiten wird Anwendung finden müssen.

Nicht dazu wurden wir anderthalb Jahrhundert lang unterdrückt, um jetzt dieselbe Methode anderen gegenüber anzuwenden. Aber wo es sich um staatliche Abgrenzung handelt, werden wir unsere durch Blut und jahrhundertlange Mühsahl erworbenen Rechte sorgsam wahren. Es muß sich ein solcher modus vivendi finden lassen, der unsere Rechte mit den Bestrebungen anderer in unserer Mitte ansässigen Völker in Einklang bringen würde, aber, wir selbst werden ihm auf Grund der Selbstbestimmung der Völker über ihr Schicksal, auf Grund der Aussprache Freier mit Freien, Gleichen mit Gleichen die Fassung geben. Dagegen werden wir alle eigenmächtigen Entscheidungen, alle Versuche eines Oktrois in aller Ruhe zur Kenntnis nehmen im Vertrauen darauf, daß sie als Beweise politischer Kleinlichkeit in das Archiv der Geschichte wandern werden.

Aus Nr. 236 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 20. Oktober 1918.

Zur österreichischen Krisis.

.... Wenn sich die Ruthenen gegenwärtig mit der Linie der Bug als der Grenze der zukünftigen förderativen österreichischen Ukraine gnädigst einverstanden erklären — wenigstens tut es ein Teil ihrer Presse —, dann müssen die Polen um so fester an den Grundsatz festhalten, daß nur der Friedenskongreß dazu berufen ist, die endgültigen Grenzen des dem polnischen Staate einzuverleibenden Galiziens festzusetzen. Unsere Rechte auf Ostgalizien sind mindestens ebenso begründet, wie die Rechte der Ukrainer. Die Abgrenzung kann aber nicht durch irgend jemanden einseitig aufgezwungen werden und sich nicht in einer die Welt nicht verpflichtenden Weise vollziehen, was der Fall wäre, wenn man diese Angelegenheit vor dem Kongresse „erledigen“ würde. Erst dort wird es sich entscheiden, ob die Ruthenen die nationale Autonomie innerhalb des polnischen Staates oder einen selbständigen Staat erhalten werden, umso mehr als es noch nicht feststeht, was aus der benachbarten Ukraine, der Schöpfung Skoropadskis und der deutschen Generale, werden wird. Die Verhältnisse Galiziens sind gegenwärtig im Zustande der Bewegung, und es wäre naiv, schon heute über ihre endgültige Gestaltung ein Urteil zu fällen. Es ist hier keine Rede von ruthenischen Rechten, die so klar sind, wie die Rechte Polens auf den preussischen Landesteil. Man kann nur einerseits unsere Rechte und andererseits die Ansprüche der Ruthenen konstatieren und feststellen, daß die Polen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkennen, sich aber vorbehalten, ihre Forderungen und Rechte dem Weltfriedenskongreß zu unterbreiten.

Nr. 292 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 22. Oktober 1918

schreibt in einem Artikel über den Zerfall Österreich-Ungarns: „Es ist gut, daß der Präsident Wilson bereit ist, diese durchaus natürliche Entwicklung der Dinge bis zu ihren letzten Konsequenzen zu unterstützen, sogar ohne Rücksicht darauf, daß diese dem Deutschen Reiche einen gewissen Territorial- und Bevölkerungszuwachs als Ausgleich für andere Abmachungen verspricht. Die Nationale Vereinigung ist nämlich die erste und fundamentale Bedingung eines dauernden europäischen Friedens. Die kleineren Völker, die infolgedessen eine allzu starke Entwicklung in den benachbarten großen rein nationalen Staaten zu befürchten hätten, habe nur eines zu tun: Mit aller Kraft die Organisation des internationalen Völkerbundes zu unterstützen.“

(Aus Nr. 269 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Oktober 1918.)

Nr. 309 des Goniec Warszawski (Warschau)
vom 21. Oktober 1918

bringt einen Artikel unter der Überschrift „Der Verlust Ostgaliziens“ und schreibt darin u. a.:

„Die Gefahr des Verlustes Ostgaliziens schwebte bereits längere Zeit über uns; gegenwärtig verändert das Manifest des Kaisers Karl diese Gefahr in eine konkrete Tatsache... Wir betrachteten Ostgalizien stets als einen Teil Polens und hatten volles Recht dazu. Zwar bilden die Mehrzahl der Bevölkerung die Ruthenen, aber auch die Polen zählen eine bedeutenden Prozentsatz und haben in manchen Gegenden sichtlich das Übergewicht. Die Hauptstadt Lemberg ist eine rein polnische Stadt, in der nur eine kleine Menge Ruthenen wohnt... Wenn wir die geschichtliche Vergangenheit einiger Jahrhunderte berücksichtigen, die dieses Land mit Polen eng verband, so können wir sein gutes Recht auf dieses Land nicht anzweifeln... Das Manifest des Kaisers Karl, das auf dem Gebiete Ostgaliziens einen abgesonderten neuen ukrainischen Staat bestimmt, kommt gewissermaßen einer möglichen Verständigung der polnischen Regierung mit den Ruthenen zuvor... Wir betrachten den Verlust Ostgaliziens jedoch nicht als eine unwiderrufliche Tatsache... Es handelt sich darum, nach der Richtung hin bemüht zu sein, Ostgalizien noch für Polen zu retten. Das Schlimmste wäre die Entgleisung der polnischen Ansicht selbst, die man durch schädliche und tendenziöse Agitation von der Frage unserer Ostgebiete ablenkte, die man in den letzten Jahren mit der Lösung des ethnographischen Polens verwirrte...“

(Aus Nr. 268 des Warschauer Tagesberichts vom 22. Oktober 1918.)

Nr. 199 des Ilustrowany Kurjer Codzienny (Kraſau)
vom 23. Oktober 1918

greift in einem Berichte über die Tagung polnischer Frauen in Kraſau vom 22. Oktober den sozialistischen Abgeordneten Moraczewski an: Dieser habe erklärt, daß die Polen der Entente und dem Präsidenten Wilson nicht trauen sollten, andererseits aber, daß die bolschewistische Gefahr illusorisch sei, weil auch die polnischen Sozialisten denselben Zielen zustreben und sich nur einer anderen Taktik bedienten. Auch Politiker wie Tertul, Tetmajer und Olombinski hätten sich für ein Veranstaatlichung des Kapitals und den Aufkauf aller Landgüter erklärt. „Il. Kur. Codz.“ schreibt: Die sozialistische Taktik sei recht schlüpfrig und dehnbar. Wenn Moraczewski die endgültigen Ziele des Sozialismus und des Bolschewismus für identisch ansehe, so heiße das soviel, daß der polnische Sozialismus sich heute stark genug fühle, um Polen in ein Land der kommunistischen Glückseligkeit umzuwandeln, ähnlich wie es die Bolschewisten mit Rußland täten. Den Ausführungen Moraczewskis sei der offene Brief von Wacław Sierozjewski in der „Nowa Gazeta“ entgegenzustellen. Die polnische Intelligenz müßte aus den Ausführungen von Moraczewski ihre Schlüsse ziehen.

(Aus Nr. 274 des Warschauer Tagesberichts vom 28. Oktober 1918.)

Aus Nr. 243 des Postep (Posen)
vom 22. Oktober 1918.

Die Tschechen verlangen die Lausitz.

Aus Prag berichtet man: Die beabsichtigte Durchführung der neuen Verfassung halten die slawischen Abgeordneten für eine Fehlgeburt. Der künftige Friede müsse alles wiedergeben, was jemals fortgenommen worden sei. Vor allem müsse man an die Lausitz und

an Oberschlesien denken. Leider forderten die Tschechen wenig. Mit schmerzdem Herzen siehe man am Grabe der baltischen und Elblawen. Man wisse, daß die in diesen Gegenden zugefügte Unbill und die angetane Gewalt nicht mehr bestraft werden könnten; dagegen könne man noch die Lausitzer Serben retten und auch das im XVIII. Jahrhundert Schlesien zugefügte Unrecht wieder gut machen.

Nr. 295 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 25. Oktober 1918

bringt folgenden Telegrammwechsel zwischen Dmowski und General Foch. „Das polnische Nationalkomitee beauftragte mich, Ihnen seine tiefe Huldigung und die wärmsten Wünsche aus Anlaß der Emporhebung des großen Führers, der dem alten französischen Ruhm neue Lorbeeren hinzufügte, zur Würde des Marschalls Frankreichs darzubringen. Wir sind stolz darauf, daß die Abteilung unserer jungen polnischen Armee mit ihrem Blut die Bande der Solidarität besiegeln durfte, die in dieser Weltkrise uns mit dem großen und felsenhaften Frankreich verbinden.“

Darauf hat Marschall Foch erwidert: „Die mir von dem polnischen Nationalkomitee übersandten Glückwünsche sind mir besonders angenehm; ich danke herzlichst für dieselben. Ich bin glücklich, daß ich die junge polnische Armee begrüßen kann, deren auf der französischen Front bereits organisierte und an anderen Fronten entstehenden Einheiten um die Unabhängigkeit Polens und somit um die Sache der Entente kämpfen. Die tüchtige polnische Abteilung vergoß bereits ihr Blut in den letzten Schlachten und besiegelte auf diese Weise die ruhmreichen Bande der Solidarität, die uns in dem großen Kampf um die Freiheit verbinden.“

(Aus Nr. 272 des Warschauer Tagesberichts vom 26. Oktober 1918.)

Aus Nr. 244 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 27. Oktober 1918.

Wichtig für unsere Volksgesamtheit.

Zeit und Umstände drängen. Die polnische Volksgesamtheit muß auch ihre Handelsangelegenheiten, also auch die Zufuhr der Waren aus überseeischen Ländern in die Hand nehmen.

Die vorbereitenden Arbeiten in dieser Richtung haben gewissermaßen die außer Landes wohnenden Polen übernommen. So wurde in Dänemark die „Polnische Aktien-Gesellschaft für Ein- und Ausfuhr“ (Polsk Import og Export Kompagni A. S.) mit dem Sitz in Kopenhagen organisiert. Ihr Hauptzweck ist die Zufuhr der Waren aus überseeischen Ländern nach Polen und Organisation einer zum Transport dieser Waren nötigen Handelsflotte.

Die Gesellschaft wünscht den Erwerb der Aktien jedem Polen zu ermöglichen. Deshalb hat sie Ein-hundert-Kronen-Aktien eingeführt. Jede Aktie kostet mit Verraltungszuschlag 104 Kronen. Jeder kann eine beliebige Anzahl von Aktien erwerben. Den Lands-leuten in Deutschland bietet sich gerade gegenwärtig eine günstige Gelegenheit, Aktien zu erwerben, die sich vielleicht nie mehr bieten wird; denn augenblicklich ist der Kurs der Mark gestiegen, weshalb der Kurs der dänischen Krone dort gefallen ist. Diese günstige Gelegenheit sollte jeder ergreifen und uns mittels einer gewöhnlichen Postanweisung 104 Kronen über-senden bzw. auch einen entsprechend höheren Betrag, wenn er mehr Aktien nehmen will, oder auch uns mitteilen, wie viel Aktien er bestellt, damit wir von

ihm die nötige Summe durch Postauftrag (rem-boursement) einziehen können.

Unsere Gesellschaft ist bereits mit der polnischen Volksgesamtheit in Amerika in Verbindung getreten, die auf dem Kongreß in Detroit, Staat Michigan, am 27. August (siehe Nr. 209 des „Dziennik Zwiazkowy“ in Chicago vom 7. September) eine Resolution gefaßt hat, die unter anderem lautet:

„Bei dem Polnischen Nationalausschuß in Amerika sollte unverzüglich eine industrielle Handelskommission ins Leben gerufen werden, die die in den Referaten der Herren A. Znamiecki, J. Sawicki, J. Mierzynski, sowie J. Kowalczyk und H. Setmajer enthaltenen Pläne in Einzelnen auszuarbeiten und ins Leben zu rufen hätten; diese Pläne sind folgendermaßen zusammen-gefaßt:

5. Enge Beziehungen mit der amerikanischen Handelswelt und nicht weniger mit den betreffenden Kreisen in Polen zu knüpfen;

6. Die Organisation einer großen und gewaltigen finanziellen Institution zwecks Führung eines Handels-ausschusses zwischen Amerika und Polen anzuspornen und zu unterstützen. So viel aus der Resolution der vier Millionen amerikanischen Polen, die auf dem Kongreß in Detroit durch annähernd 1000 Delegierte vertreten waren.

Aus dem sechsten Punkt der Resolution geht hervor, daß sich die amerikanischen Polen die seit einigen Jahren in der polnisch-amerikanischen Presse verkündete Lösung des Herrn J. Kowalczyk, Vorsitzenden unserer Gesellschaft, zu eigen gemacht haben, daß man eine große und gewaltige „finanzielle Institution für Handels-zwecke“ ins Leben rufen müsse; eine Lösung, die auch unserer Gesellschaft voranleuchtet, und die den ameri-kanischen Polen schon ganz gut bekannt ist, denn die betreffende Mitteilung über ihre Gründung und Ziele würde in der polnisch-amerikanischen Presse kurz vor dem Kongreß veröffentlicht. Und weil der Vorstand unserer Gesellschaft bereits Schritte unternommen hat, daß hervorragende nationale Agitatoren in Amerika ihre Filiale organisieren, wird man dort bald mit dem Auktuf unserer Aktien und Ansammlung von Kapitalien zum Warenankauf beginnen. Waren, die nicht dem Verderben unterliegen, sollen gleich angekauft und in Hafenstädten auf Lager genommen werden, damit sie gleich im ersten entsprechenden Augenblick auf Schiffe verladen und nach Polen versandt werden können.

Um Schiffe braucht man keine Sorge haben, denn hervorragende polnische Agitatoren in Amerika haben bereits mit dem Präsidenten Wilson nach der Richtung hin unterhandelt, daß er nach dem Kriege eine gewisse Anzahl Schiffe zum Warentransport von Amerika nach Polen bestimmen möchte. Außerdem hat sich in der Hafenstadt Wilmington eine polnische „Gesellschaft zur Begründung der polnischen Seeschifffahrt“ mit einem Anlagekapital von 3 Millionen Dollar gebildet, die sich mit dem Bau und Erwerb von Schiffen befassen wird.

Die Angelegenheit, Grundlagen für unseren zu-künftigen unabhängigen Handel und die polnische Schifffahrt zu schaffen, nimmt deshalb eine in jeder Beziehung günstige Wendung.

Hier in Dänemark können wir obendrein einen Export der wenigen Warengattungen, deren Ausfuhr die skandinavischen Staaten zulassen werden, nach Polen vorbereiten.

Wir bitten also die bedeutenderen polnischen finanziellen und Handelsinstitutionen in der Heimat, uns Zu-sammenstellungen der Waren, die gleich nach dem Kriege in Polen am nötigsten sein werden, einzusenden und uns mitzuteilen, in welchen Mengen sie erforderlich sind, damit nach Möglichkeit alles vorbereitet ist, wenn der Augenblick des Handels gekommen sein wird.

Um das für die Unabhängigkeit unseres Handels so wichtige Werk zu einem günstigen Abschluß zu bringen, sind bedeutende Kapitalien erforderlich. Und unser fünfundzwanzig Millionen zählendes Volk ist ein Riese, wenn sich alle seine Glieder die Hände reichen und vereint nach einem Ziele streben wollten. Wenn schon die Polen in Amerika ans Werk gehen, dürfen die Polen in der Heimat nicht hinter ihnen zurückstehen, sondern im Gegenteil mit allen Kräften das begonnene Werk unterstützen. Das in Aktien unserer Gesellschaft angelegte Geld wird reichliche Zinsen tragen, und ein Risiko besteht hierbei nicht, denn wenn die Zeit des

Handels kommt, wird der Vorstand der Gesellschaft, nachdem er sich mit unseren bedeutendsten finanziellen und Handelsinstitutionen in der Heimat ins Einvernehmen gesetzt haben wird, nur die gewandtesten und erprobte Berufskräfte als Leiter der einzelnen Handelszweige anstellen.

Wer unsere Gesellschaft noch nicht kennt, der verlange unser Prospekt und unsere Satzung.

Polks Import og Export Kompagni A. S.

Kobenhavn K. — Kopenhagen

Hovedvagtsgade 2.



